

# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*Ich heiße Peter Christof und danke recht herzlich für Ihr Kommen*

*Harald W. hat den heutigen Tag mit den nachfolgenden Themen angekündigt:*

*BRD-die Wahrheit - die Gegenwart - die Perspektive im LICHT*

*Die Menschwerdung - von der verwalteten PERSON zum lebend beseelten eigenverantwortlich handelnden Menschen*

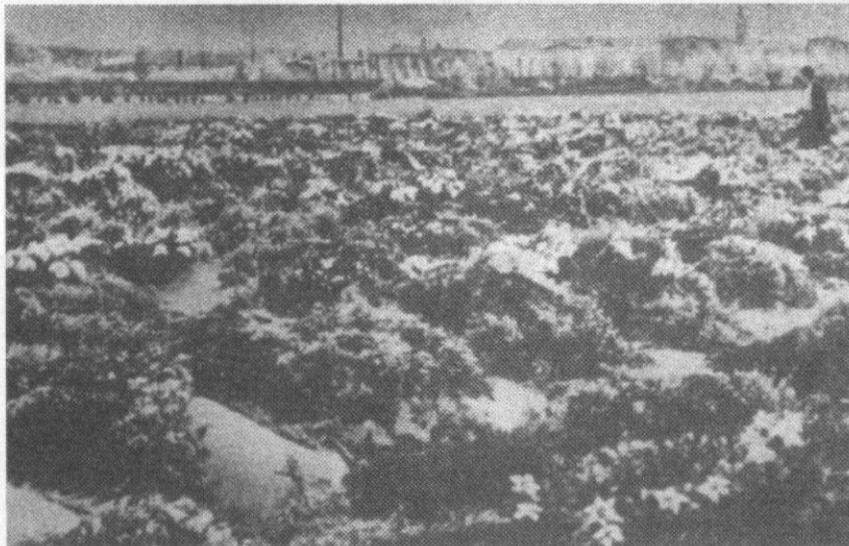
*Ich möchte im Vorfeld / vor dem eigentlichen Vortrag einige Hinweise bringen, um die nach meiner Meinung gegebene Notwendigkeit einer umfassenden (Ver)Änderung aufzuzeigen.*

*> Dichtung und Wahrheit <*

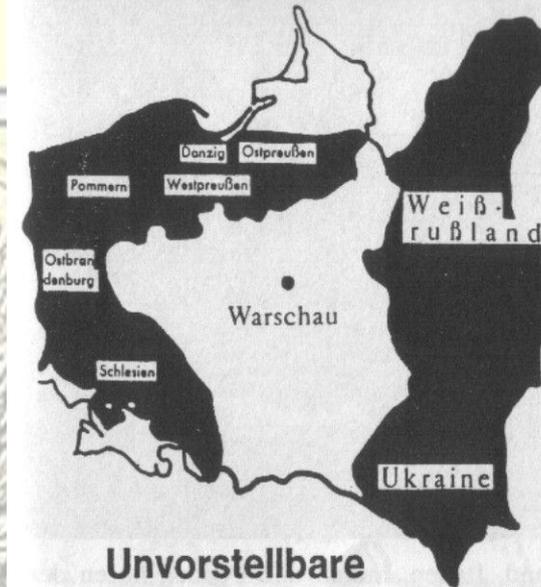
*Als Referenz websites möchte ich benennen: [www.tingg.eu](http://www.tingg.eu)  
und <http://www.freiheitistselbstbestimmtesleben.de>*



3 200 000 (2,2 Millionen) Vertreibungstote



Gräber von Deutschen die am 3. September 1939 (Bromberger Blutsonntag) von Polen ermordet wurden.



### Unvorstellbare Grausamkeiten

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war ich Leiterin eines Kinderheimes der Stadt Danzig. Eines Tages wurden 26 Kinder bei uns eingeliefert, deren Eltern von Polen bestialisch ermordet worden waren. Die Kinder erzählten grauenhafte Einzelheiten. Bei meiner Tätigkeit als Krankenschwester erlebte ich dann 1945 während der Vertreibung der Ostdeutschen weitere unvorstellbare Grausamkeiten. Warum spricht hierüber kein Mensch?

E. KIPP, Frankfurt-Griesheim

Ostdeutschland liegt östlich von Oder und Neiße! Weniger als 1% der Bevölkerung war polnisch!

Polens Eroberungen unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes

im Westen  
**1919-1945**  
zurück: noch fraglich

im Osten  
**1921**  
zurück: 1939

»dtv-Atlas zur Weltgeschichte«:  
18. 3. 1921 Frieden von Riga: Die poln. Grenze liegt ca. 250 km östl. der Volkstums-grenze.

← (Deutscher Anzeiger, 2. 7. 1976).

Die von den Siegern eingesetzten Massenmedien verschweigen, daß schrecklicher **polnischer Terror 1939 den Krieg erzwang.**



Massenhaft ermordete Deutsche bei Warschau im Jahre 1939.

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

KAT: erzeugt H<sub>2</sub>S

Dieselpartikel: Nachverbrennung der kanzerogenen Rußpartikel

- sie sind dann ebenso wie die Nanopartikel im Lasertoner klein genug, unmittelbar die Blut-Hirn-Schranke zu durchlaufen

Harnstoff kondensiert unter Abspaltung von Ammoniak (NH<sub>3</sub>) zu Biuret. Bei der Zersetzung von Biuret entstehen neben Cyanursäure und Ammoniak auch noch Stickstoffoxide sowie Kohlenstoffmonoxid und Kohlenstoffdioxid.

Auf Pflanzen wirkt Biuret toxisch. Ammoniak wirkt giftig auf Zellen.

Zigarettenhersteller mischen Harnstoff dem Tabak bei, damit das Nikotin durch Erhöhung des pH-Wertes in der Lunge besser aufgenommen wird. Harnstoff wird Lebensmitteln als Stabilisator zugesetzt.

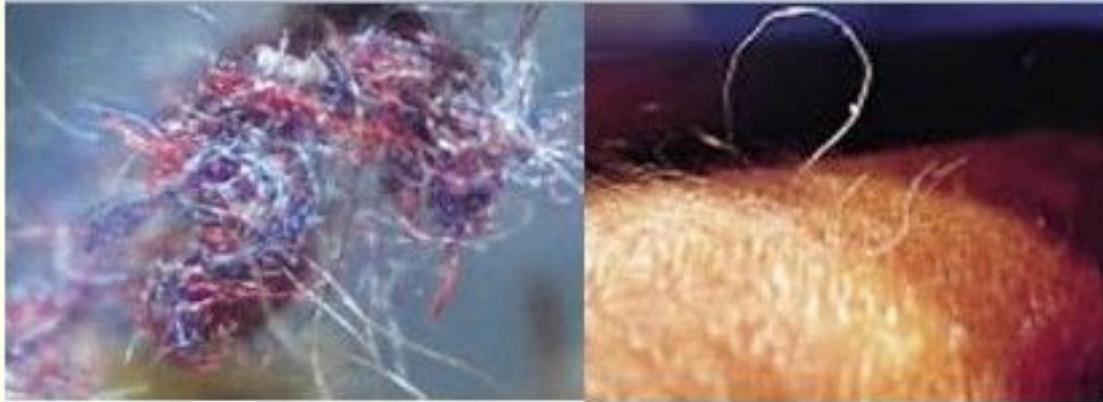
Für 1 Brot, das wir essen, wird eines weggeworfen ! Solch eine Verschwendung ist Mord.



The screenshot shows the Mercedes-Benz website interface. At the top, there is a navigation bar with the Mercedes-Benz logo and the text "Mercedes-Benz". Below this, there are several menu items: "Personenwagen", "Mercedes-Benz Deutschland", "Anmelden", "Neufahrzeuge", "Gebrauchtfahrzeuge", "Service und Zubehör", "Finanzdienste", "Großkunden", and "Mercede". The main content area features a silver Mercedes-Benz C-Class sedan. To the left of the car, there is a text prompt: "Bitte wählen Sie Ihr BlueEFFICIENCY Modell." Below this prompt, there are four buttons: "Modellübersicht", "Modellvergleich", "BlueEFFICIENCY Modellübersicht", and "BlueEFFICIENCY Webspecial". At the bottom of the page, there is a grid of navigation links for different car classes: A-KLASSE (Limousine), B-KLASSE (Sports Tourer), C-KLASSE (Limousine, T-Modell, Coupé), CL-KLASSE (Coupé), CLS-KLASSE (Coupé), E-KLASSE (Limousine, T-Modell, Coupé, Cabriolet), and GL-KLASSE (Offroader).

[http://www.zeitenschrift.com/magazin/59\\_morgellons.ihtml](http://www.zeitenschrift.com/magazin/59_morgellons.ihtml)

[www.zeitenschrift.com/magazin/59\\_morgellons.ihtml](http://www.zeitenschrift.com/magazin/59_morgellons.ihtml)



Morgellons-Fasern wachsen aus der Haut (rechts)

Die farbigen Fasern (oben) konnte nicht einmal das FBI analysieren. Molekularbiologe Prof. Randy Wymore (Bild) ist alarmiert.

Aspartam - Nervengift als Süßungsmittel anstelle Stevia

2011 Maximierung der Bankenabh. der Bauer wegen „gesundbedenklichem Gemüse“

Kein Land mit Chemtrails kann **frei** sein

Gestaltwandlung ( Harry P. & Draco Malfoy )

Alien specs



board.gulli.com/thread/1098969-morgellonsche-krankheit-nanotechnik-wuermer-in-der-haut

Die Zunahme von Fällen, in denen Betroffenen plastikartige Würmer, die sich unter der Haut befinden und sich bewegen, feststellen.



Diese "Würmer" scheinen eine Kreuzform von Lebewesen und Maschine (Nanotechnik) zu sein. Betroffene berichten von stechenden Schmerzen, dem Gefühl als ob Würmer unter der Haut kriechen und plastikartige Fäden die aus diesen Würmern rauswachsen.

<http://info.kopp-verlag.de/aktuelles...ash=e7af3265c7>

"...die Fasern, die bei einem Morgellon-Patienten entnommen wurden, enthielten dieselben Substanzen, die »kommerziell zur Herstellung von genmanipulierten Pflanzen benutzt werden..."

- gentechnisch verursachte Pilzmutation

-- Agrobacterium

--- "...Theorie, dass der regelmäßige Verzehr genveränderter Nahrungsmittel diese schwächende neue Krankheit hervorrufen könnte." ( die Betroffenen fühlen sich oft ermattet und haben Gedächtnisverluste)



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

*Verantwortung*

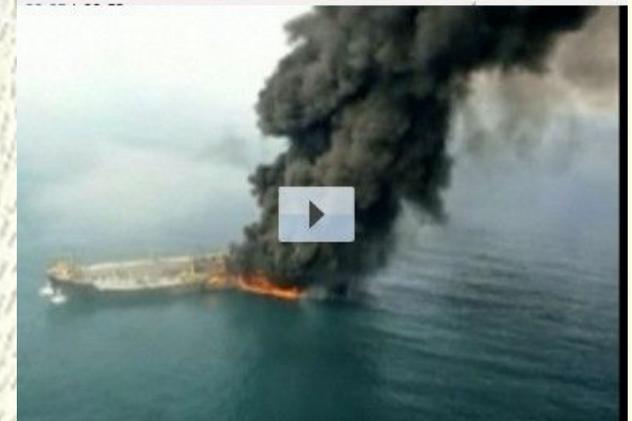
Mahatma Gandhi

Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.

außerhalb der 3 Meilenzone ist keine Kontrolle für die Maximierung des Gewinns

- Entsorgung von hochgiftigem Abfall der Chemie
- Versenken der Fässer
- Spülen der Rohöltanks der Öltanker

video 



# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

## *Verantwortung*

Diesel KAT verbrennt den kanzerogenen Ruß nach, so daß er als Kleinststoff sofort die Blut - Hirnschranke durchbricht ( siehe Nanopartikel im Lasertoner )

Das nach unten schlagen der Windräder erzeugt einen Ton, der die Meereslebewesen und ihr Sonarsystem durcheinander bringt. Der Plastikteppich im Meer tötet grausam alles Leben



Grund: Profit  
mit Rohöl, Strom.  
Vermeidung  
freier Energie

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

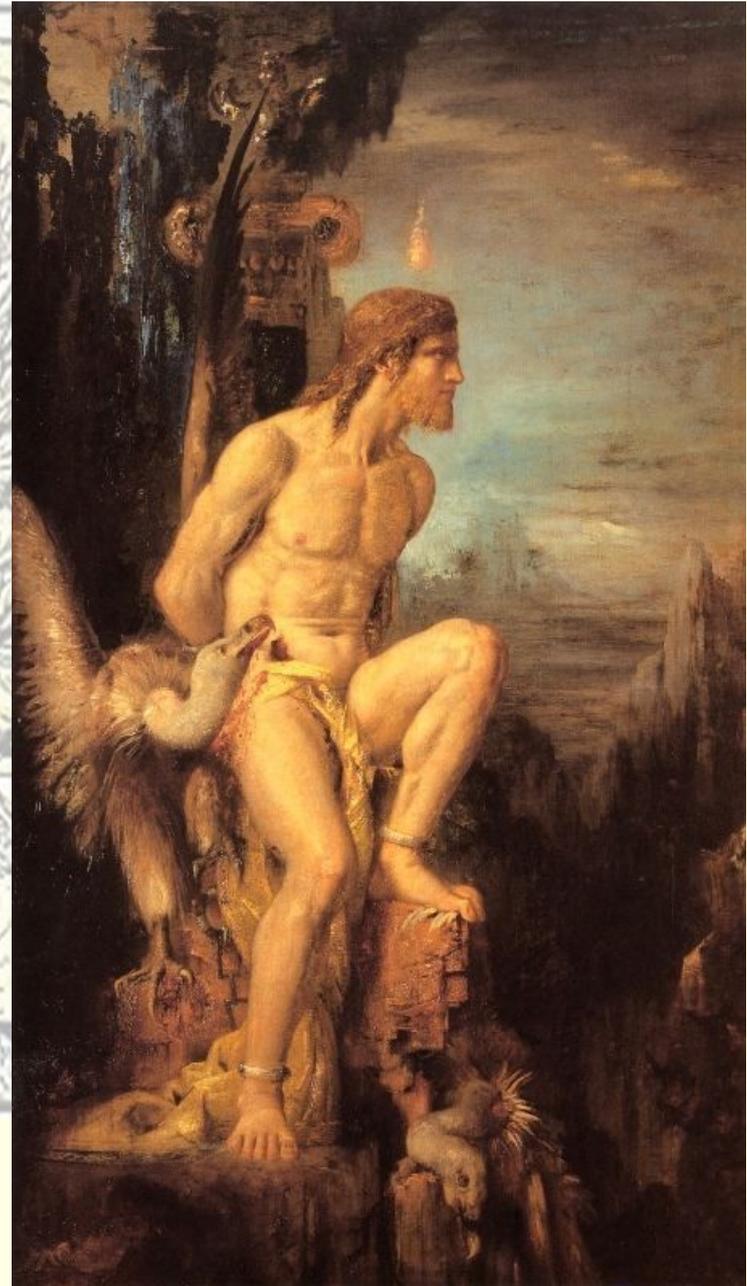
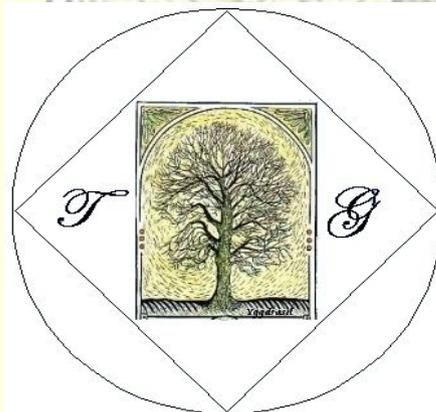
*Volksstämme*

*- vereint durch ihr Indigenat*

Prometheus

brachte als Freund der Menschen  
diesen das Feuer - Befreiung  
dafür wurde er mit 4 Ketten an die  
Felsen des Kaukasus geschmiedet

Wenn wir nicht jede dieser Ketten  
auflösen, bleiben wir auf immer  
unfrei - es müssen alle 4 sein !  
- 3 reichen nicht  
> siehe symbolisch die 4 Seiten mit  
TG im Zentrum



Rheinwiesenfager

Der Regierungspräsident

Koblenz, den 9. Mai 1945

Durch Kurier!

An den

Herrn Landrat

in Bad Kreuznach

Betrifft: Lebensmittel für die Gefangenen.

Die Militärregierung hat mich ersucht, bekanntzugeben, dass unter keinen Umständen unter der Bevölkerung Lebensmittel gesammelt werden dürfen, um sie deutschen Kriegsgefangenen zuzustellen. Wer dieses Gebot übertritt und gegebenenfalls unter Umgehung der Absperrung, den Gefangenen trotzdem etwas zukommen zu lassen, setzt sich der Gefahr aus, erschossen zu werden.

Je besonderen Zipsselfällen - Zuwendungen an nahe Verwandte - kann dies nur durch den Militärkommandanten vermittelt werden.

Ich ersuche, hiernach alles daran zu setzen, etwaige Sammlungen zu unterbinden und die Bevölkerung in geeigneter Weise über diesen Katbestand aufzuklären.

Im Auftrag  
gen. Unterschrift

Der Landrat  
in Kreises Kreuznach  
Kreishauptamt  
o/e2

Bad Kreuznach, den 15.

1945  
Empfänger  
Gen. 16. Mai 1945  
Herrn Landrat  
in Langenlonsheim

An

den Herrn Amts - Bürgerme

in Langenlonsheim

Abschrift übersende ich zur genauesten Beachtung.  
Die Bevölkerung ist in geeigneter Weise aufzuklären.

gen. Sieben  
Bezeichnet:

*G. v. W.*  
angestellter

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

Rheinwiesenlager - mit Wissen von Kirche und Rotem Kreuz



Kriegsgefangene Deutsche auf der Autobahn nördlich von Frankfurt am Main  
in den letzten Apriltagen 1945

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft



F

Z

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

Rheinwiesenlager - mit Wissen von Kirche und Rotem Kreuz



# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

## *Rheinwiesenlager - mit Wissen von Kirche und Rotem Kreuz*

Die Rheinwiesenlager beweisen, daß HLKO, Genfer Convention ebenfalls eine Illusion ist - die Deutschen wurden wie ausrangierte Gegenstände der Verreckten überlassen - in Schlamm, Kot und Krankheit bewacht von den vielgepriesenen Amerikanern, der "Weltpolizei!" - diese Lager wurden nach der Unterzeichnung der Kapitulation eingerichtet

<http://siriusnetwork.wordpress.com/2011/10/23/die-talente-von-alfred-hitchcock/>  
Alfred Hitchcock. Hitchcock wurde in einer Jesuitenschule erzogen und arbeitete viele Jahre für den britischen Geheimdienst. Er wurde von diesem benutzt, um die Massen durch die Filmindustrie hirnzuwaschen.

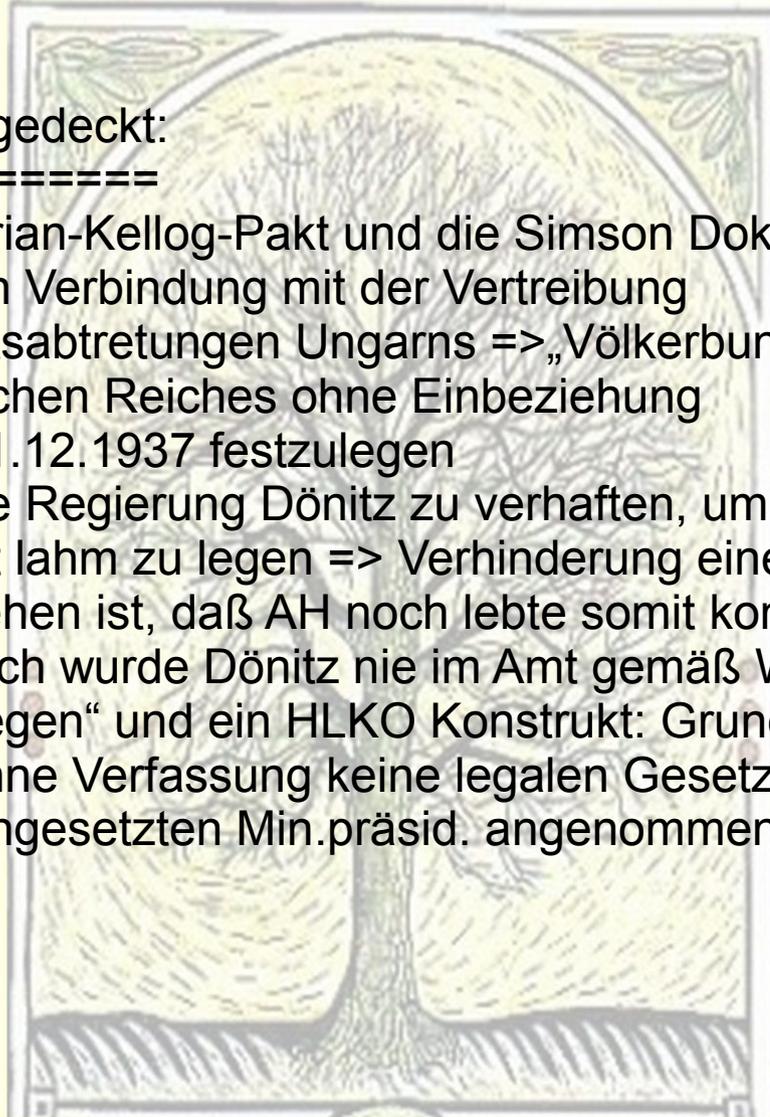
Als ich 1977 nach New York und nach Cape May eingeladen wurde und dort zu Besuch weilte, schilderte ich zwei ehemaligen US-Offizieren den KZ-Zug bei Erfurt. Sie waren nach Kriegsende in Heidelberg stationiert und wußten darüber gut Bescheid. Sie bestätigten beide, daß diese Viehwaggons voll deutscher gefangener Soldaten waren, die mit Typhus und Ruhr infiziert waren. Es waren Statisten für Alfred Hitchcock, dem Spezialisten für Horrorfilme. Er bekam den Auftrag, für den Nürnberger Prozeß KZ-Filme zu drehen.

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

Völkerrechtlich ist nicht gedeckt:

=====

- > jedwede Annexion ( Brian-Kellog-Pakt und die Simson Doktrin )
  - hier der Ostgebiete, in Verbindung mit der Vertreibung  
siehe auch die Gebietsabtretungen Ungarns => „Völkerbund“
- > das Gebiet des Deutschen Reiches ohne Einbeziehung  
des Volkes auf den 31.12.1937 festzulegen
- > völkerrechtswidrig eine Regierung Dönitz zu verhaften, um  
so den Staat komplett lahm zu legen => Verhinderung eines Friedensvertrags
  - > es ist davon auszugehen, daß AH noch lebte somit konnte sein Testament  
nie in Kraft treten; auch wurde Dönitz nie im Amt gemäß WRV bestätigt wurde
- > Verfassungen „stillzulegen“ und ein HLKO Konstrukt: Grundgesetz zwangs-  
weise einzuführen (ohne Verfassung keine legalen Gesetze !), welche von  
den durch die USA eingesetzten Min.präsid. angenommen wurde !!



# T I N G

*unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*



Großadmiral Dönitz

Bad Mondorf, Juli 1945

Der Kommandant des Lagers, in dem ich mich als Kriegsgefangener befinde, verlas am 7. Juli eine aus 3 Paragraphen bestehende Anordnung, die in § 2 u.a. die Feststellung enthielt, der Deutsche Staat habe aufgehört zu bestehen. Der Satz wurde auf meine Einwendung nachträglich dahin berichtigt, daß es heißen sollte, die Deutsche Regierung habe aufgehört zu bestehen.

Um Mißverständnissen über meinen Standpunkt vorzubeugen, treffe ich folgende Klarstellung:

1. Die Kapitulation ist von meinem Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht geschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt habe, und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich dadurch selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.
2. Durch die, mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei Deutschen Wehrmachtsteile, hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.
3. Die im Anschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebietes hat an dieser Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung tatsächlich behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.
4. Ebensowenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben. Sie hatte nur zur Folge, daß jede tatsächliche Amtstätigkeit für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.
5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts.

Ab dem 23.5.1945 wurden die deutschen Soldaten nicht mehr als Soldaten nach Genfer Konvention behandelt

Die „vollständige Besetzung“ DR Gebietes - was ist mit NSL ?  
Admiral Byrd

# Reichsgesetzblatt

Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 24. März 1933

Nr. 25

Inhalt: Gesetz zur Hebung der Not von Volk und Reich. Vom 24. März 1933 ..... S. 141

**Gesetz zur Hebung der Not von Volk und Reich.**  
Vom 24. März 1933.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsmäßiger Gesetzgebung erfüllt sind:

## Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

## Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

## Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

## Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, be-

dürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

## Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1933 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Fried

Der Reichsminister des Auswärtigen  
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister der Finanzen  
Graf Schwerin von Krosigk

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

faktisch erfolgte debellatio !

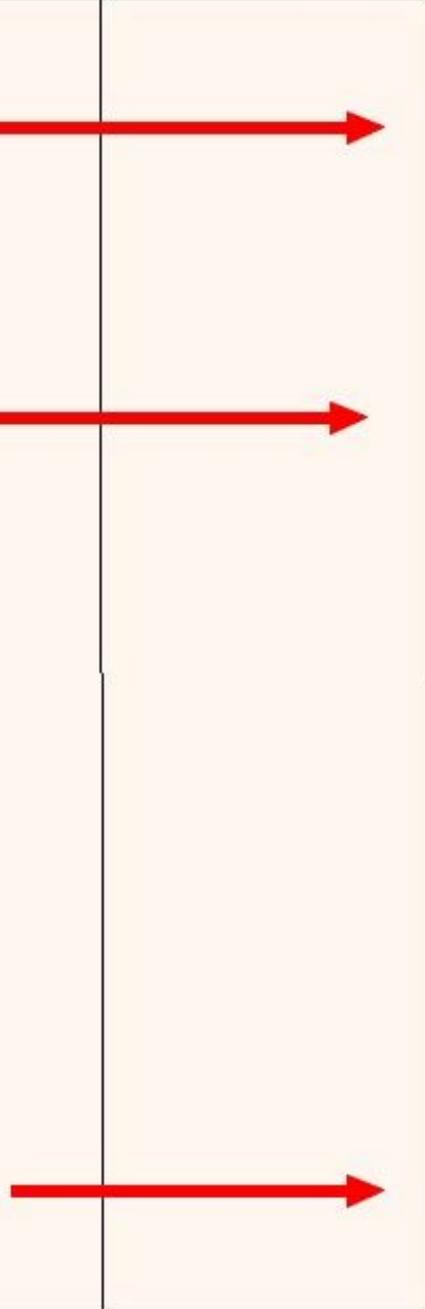
- wobei die Lüge, es hätte keine debellatio stattgefunden, uns weiterhin in der Handlungsunfähigkeit halten soll.

So übernahm Dönitz die Nachfolge / Regierungsgeschäfte, damit das DR eine Vertretung auch gegenüber den Alliierten hat.

Auch wenn Dönitz nicht korrekt nach WRV bestätigt / legitimiert wurde, so brauchte doch das DR eine Vertretung, um einen Friedensvertrag schließen können. Mit der Verhaftung der DR Regierung durch die Alliierten und durch das Einsetzen einer ihnen willfährigen Verwaltung (genannt BRD Bundes- / und Landesregierungen im Sinne von Alliierten - (röm. Vorbild) Stadthaltern), der Aufhebung der Verfassung durch das völkerrechtswidrige Einsetzen eines

Grundgesetzes { BRD Verwaltung für das vereinigte Wirtschaftsgebiet - Potsdamer Protokoll Artikel III Punkt 16: **Jede dt. Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.** - hier steht nichts von der Einsetzung eines Staates, Staatsgewalt oder Regierung ( *welche legitim die Interessen des deutschen Volkes in der Welt vertreten könnte* ); ein Vertragswerk, welches eine Befreiung des deutschen Volkes endgültig unterbinden soll }, Abschaffung der Reichsmark und Zwang der Nutzung der DM, ...

- all dies bis zum heutigen Tage - beweist die debellatio des Deutschen Reichs



**6. Juli**  
Vietnam wird Mitglied in der UNESCO.

**9. Juli**  
England erklärt als erste der drei Westmächte die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland  
Laos wird Mitglied in der UNESCO.

**10. Juli**  
In Berlin wird das Luftbrückendenkmal vor dem Flughafen Tempelhof eingeweiht.

**11. Juli**  
Die Bundesrepublik Deutschland wird Mitglied in der UNESCO.

**13. Juli**  
Frankreich erklärt als zweite der drei Westmächte die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland

**16./17. Juli**  
Baudouin I. wird zum König von Belgien gekrönt nachdem sein Vater Leopold III. zurückgetreten ist.

**20. Juli**  
König Abdallah I. von Jordanien wird auf dem Tempelberg in Jerusalem ermordet.

**August 1951**

**Oktober 1951**

**4. Oktober**  
Im Werdauer Oberschülerprozess werden 19 Jugendliche wegen „Boykotthetze“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

**15. Oktober**  
Die ägyptische Regierung kündigt einseitig den Beistandspakt mit Großbritannien von 1936 auf; König Faruq erklärt sich zum König des Sudan; die Hoheit der Briten über den Sueskanal wird nicht länger anerkannt. Daraufhin besetzen die Briten am 19. November Ismailia, wo es zu Zusammenstößen mit 14 Toten kommt.

**16. Oktober**  
Auf den pakistanischen Premierminister Liaquat Ali Khan wird ein Attentat verübt. Er stirbt noch am selben Tag.

**19. Oktober**  
Die USA erklärt als letzte der drei Westmächte die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland

**24. Oktober**

Pariser Verträge" bezeichnet das am 23. Oktober 1954 in der französischen Hauptstadt unterzeichnete Vertragspaket, mit dem das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland beendet und deren Beitritt zur NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU) vertraglich vereinbart wurde. Hauptbestandteile waren folgende Vereinbarungen: 1) der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag), 2) das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, 3) der Finanzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten, 4) der Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag), 5) der Vertrag über den Aufenthalt fremder Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag) und 6) der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt standen dabei der Deutschlandvertrag und das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Verträge traten am 5. Mai 1955 in Kraft

Vielen Dank an Heinz Oppel zu dieser Info.

Wie können dann die Überleitungsverträge wieder in Kraft gesetzt oder die Alliierten in eine Verantwortung genommen werden, wenn all dies ( siehe 50 Jahres Vertrag K. Adenauers ) 1955 endete ?

Sehr geehrter Herr \_\_\_\_\_,

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 11. Oktober 2011 teile ich Ihnen mit, dass es weder einen amerikanischen Besatzungsbereich noch eine amerikanische Militärregierung für Deutschland mehr gibt. Das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland hat am 5. Mai 1955 mit Inkrafttreten der am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Pariser Verträge sein Ende gefunden.

Die Behörden der US Streitkräfte sind für Ihr Anliegen nicht der richtige Adressat. Sehen Sie in Zukunft deshalb bitte davon ab, sich in der gleichen Angelegenheit oder ähnlich gelagerten Fällen erneut an uns oder andere Dienststellen der US Streitkräfte zu wenden.

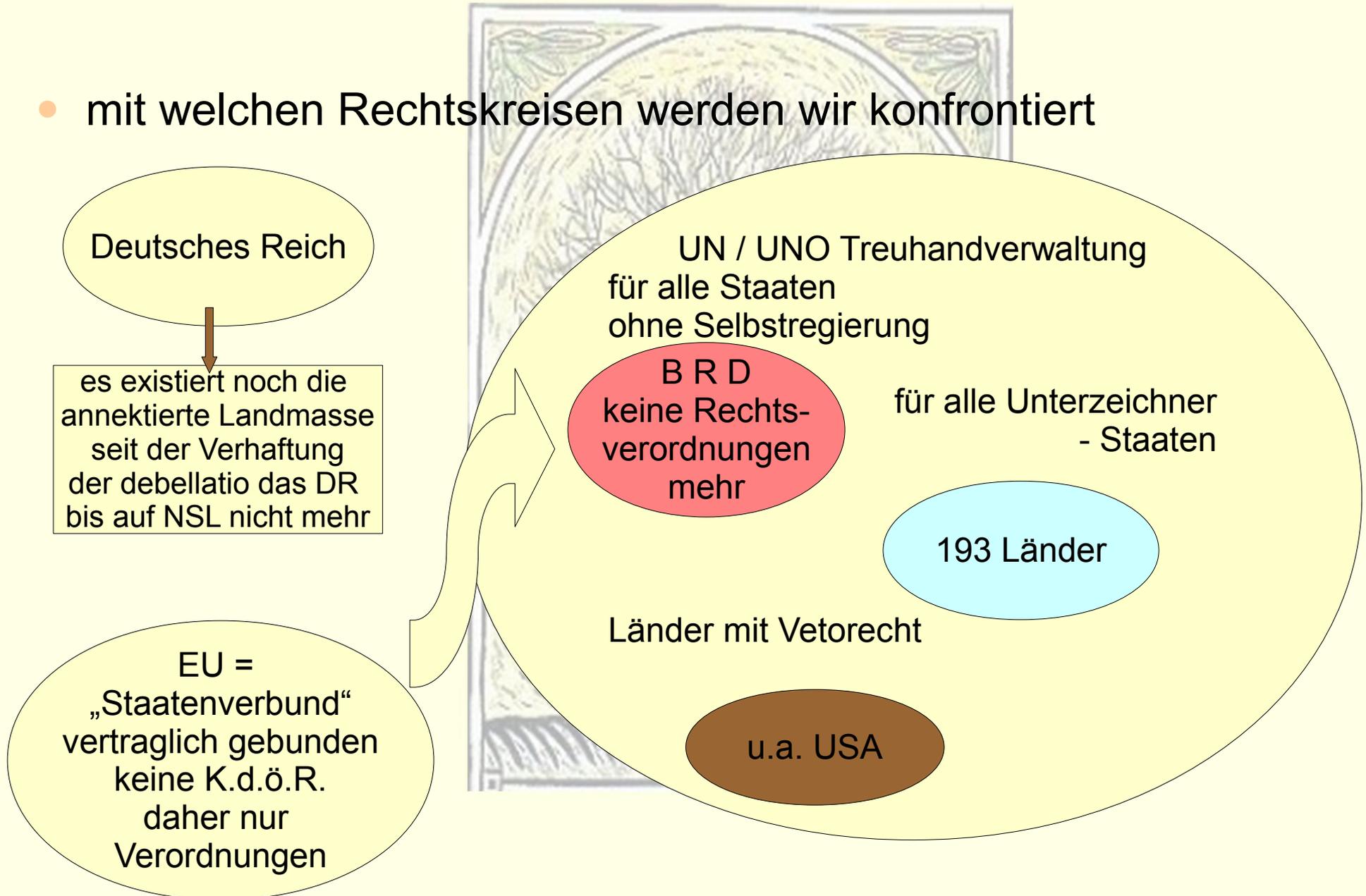
Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Stephen T. Cochran  
U.S. Forces Liaison Officer  
für Baden-Württemberg

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

- mit welchen Rechtskreisen werden wir konfrontiert



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

<http://www.interimpartei.info/forum>

Die Staatsangehörigkeit definiert die Zugehörigkeit zu einer Nation. Sie regelt das Verhältnis zwischen Bürger & Staat, definiert die Zugehörigkeit des Bürgers zu einem Rechtssystem.

Im Bundespersonalausweis ist die Bezeichnung Nationalität "Deutsch" eine ethnische Zuordnung und keine Bezeichnung für eine Staatsangehörigkeit nach StAG. Der Reisepass und der Personalausweis (WIKI: Als Personal bezeichnet man die zur Realisierung von Geschäftsprozessen eingesetzten) sind kein Nachweis für eine Staatsangehörigkeit, sondern nur der Staatsangehörigkeitsausweis.

**Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit, Strasbourg 6.XI.1997**

Art.2 Begriffsbestimmungen : Staatsangehörigkeit bedeutet das rechtliche Band zwischen einer Person und einem Staat und weist nicht auf die Volkszugehörigkeit hin.

( Person und nicht Mensch ! )

=====

## § 1 *Einl. Überblich*

## Palandt

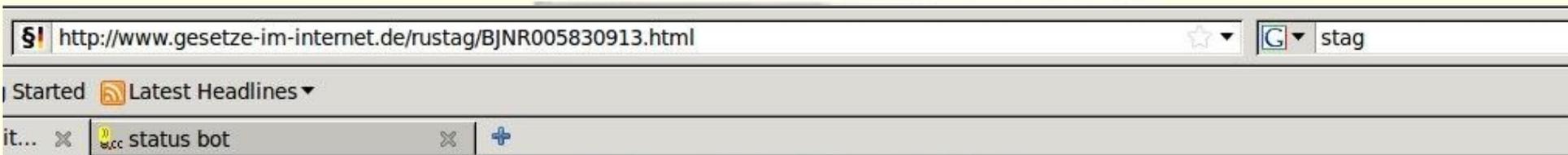
Buch 1. Abschnitt 1. *Heinrichs/Ellenberger*

### Titel 1. Natürliche Personen, Verbraucher, Unternehmer

**I Beginn der Rechtsfähigkeit.** Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.

- 1 1) **Beginn der Rechtsfähigkeit.** – a) **Jeder Mensch ist rechtsfähig**, ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Geschlecht od Herkunft. Die RFähigkeit kann dem Menschen dch behördl od gerichtl Entsch nicht aberkannt werden; sie kann auch nicht dch eine Verzichtserkl ihres Trägers aufgehoben od beschränkt werden. Soweit ausländ Recht völkerrechtswidr natürl Pers (Sklaven) die RFähigkeit vorenthält, ist es gem EG 6 nicht zu beachten.
- 2 b) **Vollendung der Geburt.** Mit ihr beginnt die RFähigkeit.
- 3 2) **Ende der Rechtsfähigkeit.** – a) **Tod.** Die RFähigkeit endet mit dem Tod. Den bürgerl Tod, etwa dch Eintritt in ein Kloster, kennt das BGB nicht. Die Frage, **wann** der Tod eingetreten ist, hat das BGB als naturwissenschaftl feststehend u daher nicht regelbedürftig angesehen.

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*



## Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

**Stand:** Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864

Näheres zur Standangabe finden Sie im Menü unter [Hinweise](#)

### Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. [§ 1 V v. 5.2.1934 102-2](#), [Art. 116 Abs. 1 GG 100-1](#) die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch [§ 1 V v. 5.2.1934](#) beseitigt worden

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

§ 2

(weggefallen)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

§ 3

(1) Die Staatsangehörigkeit wird erworben

1. durch Geburt (§ 4),

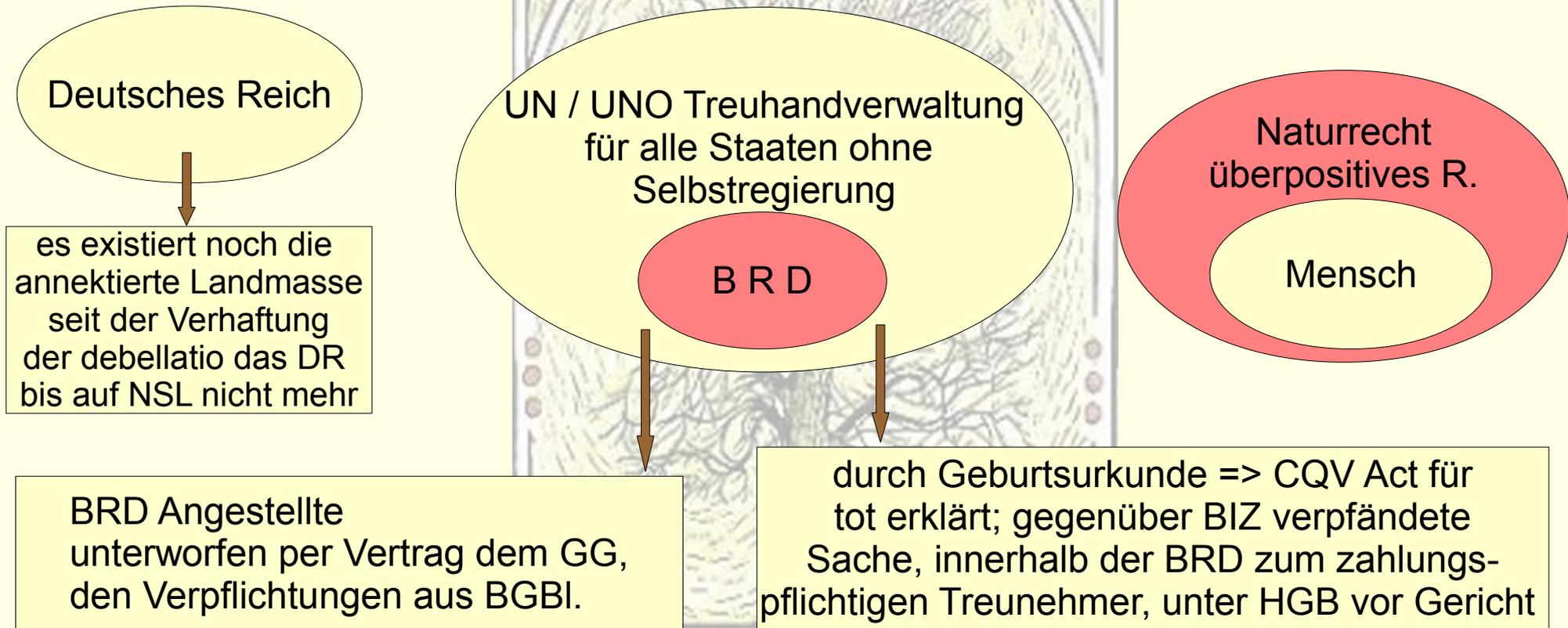
*kann dies zutreffen? - Indigenat / Volkszugehörigkeit?*

*Direkter Bezug zwischen der NS definierten StAG und dem durch die Alliierten genehmigten GG für die BRD*



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

mit welchen Rechtskreisen werden wir konfrontiert



durch debellatio bedarf es keiner Besatzung mehr, kein HLKO gilt !!  
dies erklärt, wieso die Rheinwiesenlager existieren konnten - unter debellatio keine Genfer Konventionen

> erst nach der Verhaftung Dönitz, erfolgter debellatio - änderte sich der Status der „Kriegs“Gefangenen

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

Anbei einige hoffentl. hilfreiche Hinweise, ohne auf diese im Detail einzugehen

Gemeinde ist privat handelnd ( kein KdöR ) - seine Steuer Nr ?

Nachweis der Körperschaftsrechte nach dt Recht des sog. Hoheitsbetriebes - ein niederwertiges ( Lehrling ) kann kein höherwertiges ( Meister ) autorisieren

## **nur der Mensch ist unmittelbarer Rechtsträger !!**

die Person stellt den formalen Rahmen dar ! dem natürlichen Menschen wird ungefragt eine **Identität** mit demselben Namen zugeordnet - natürl. (jurist.) Person = Schutzmantel (Rechtsobjekt ist kein R.träger). Schaffung der jurist. Person als Völkerrechtssubjekt => Proklamation mit eigener Verfassung, welche eine Barriere darstellen sollte

CQV wenn jemand länger als 7 Jahre in Übersee lebt, nicht gefunden wird oder sich nicht meldet, wird dieser für tot erklärt ( siehe zB Film „Batman Begins“ bei 0:50 ). Damit kann seine Immobilien verkauft werden - bei Rückabwicklung trifft der Regress die Käufer. 1707 begründet nachträglich das 1666 G.

=> Kindstod - verantwortlicher Vormund

unter Kriegsrecht ist ein Vertrag nur eine Absichtserklärung, welche nach dem Krieg bestätigt w. muß - DR von USA Corp. ( gegründet durch die Kirche Corp. ) beschlagnahmt ? ! - alle Verträge seit 1914 müßten darunter fallen

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

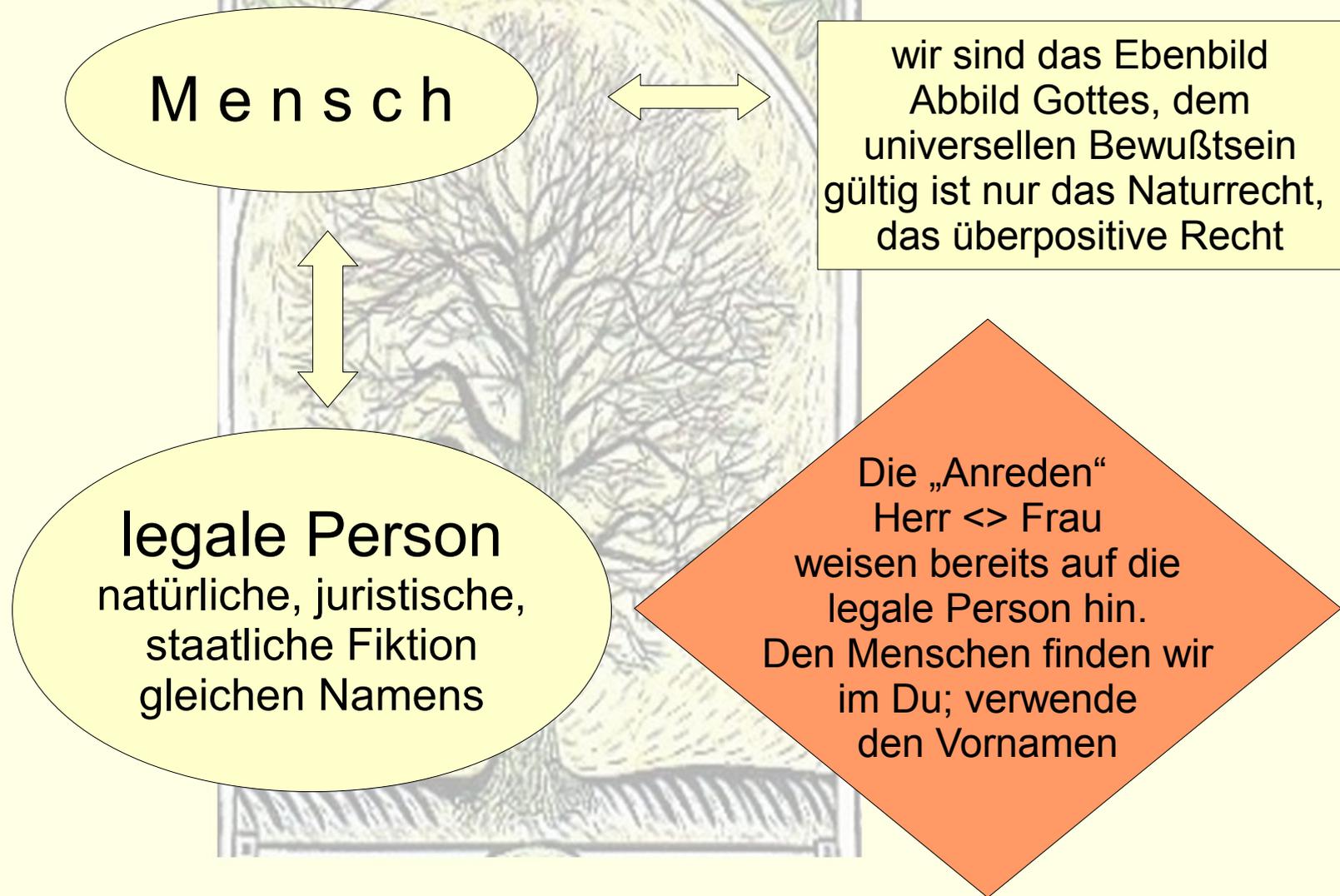
- Edward Mandell House (1858 † 1938 ) zur Umstellung des Geldsystems von Golddeckung zu Volksbürgerschaft / Schuldgeld und der dafür notwendigen Registrierung der Bürger mittels eines Pfandbriefes, also Geburtsurkunde: Wir versorgen die Registrierenden mit Pfandverschreibungen und Schuld(geld) und nennen das Beihilfe und "Sozialversicherung"..
- Mary Croft 09. Dec. 2010 Knowing Who You Are: Gerichte sind Orte für fiktionale Entitäten. Der Mensch wird dort zur (unter) eine Rechtsfiktion ... eine Stiftung, eine Treuhand (gestellt). (CQV-Treuhand) werden nur durch die Abtretung von Eigentum kreiert ! - der Cestui Que Vie-Trust, ist ein „Lehen auf Lebenszeit“, Henry's VIII von England 1540 ein Lehen zu Schulden, das fiktive Konzept für ein erkauftes Leben.
- The Cestui Que Vie Act 1666 and The Cestui Que Vie Act 1707  
Ein Gesetz zur Neuadressierung durch die Überprüfung der Sterbefälle von Menschen jenseits der Meere - Konsequenz für uns: **wir lebten die Tage, bis wir beim Standesamt als Geburt angemeldet wurden, danach sind wir für tot erklärt worden - nun existiert nur noch die staatliche legale Person, kein Mensch mehr !**
- keine Menschen mit unveräußerliche Rechte mehr - wir entsagten => Sklaven
- kann es für Sklaven eine echte Staatsbürgerschaft geben ?

nachfolgend Menschwerdung



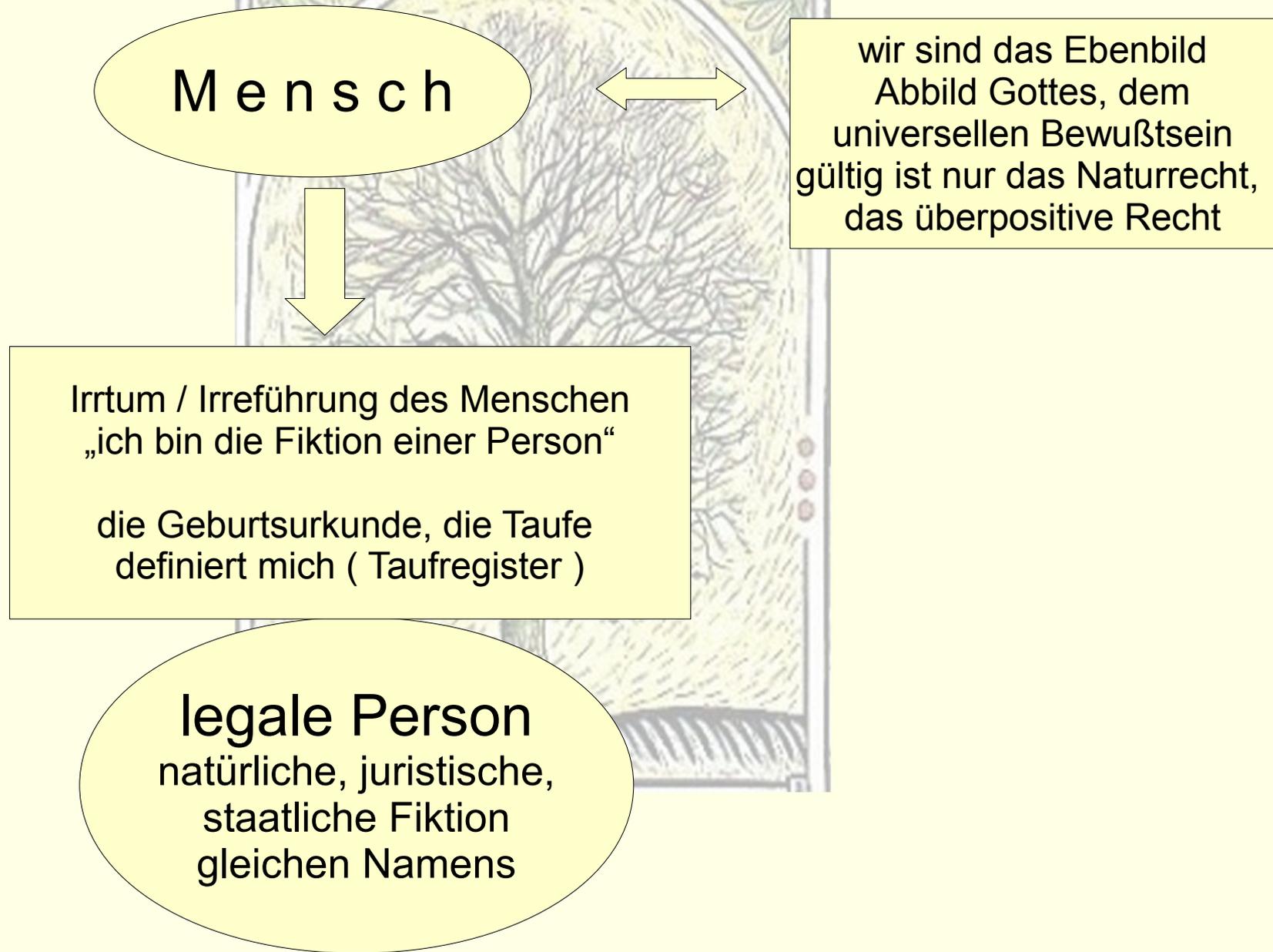
# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

## *Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*



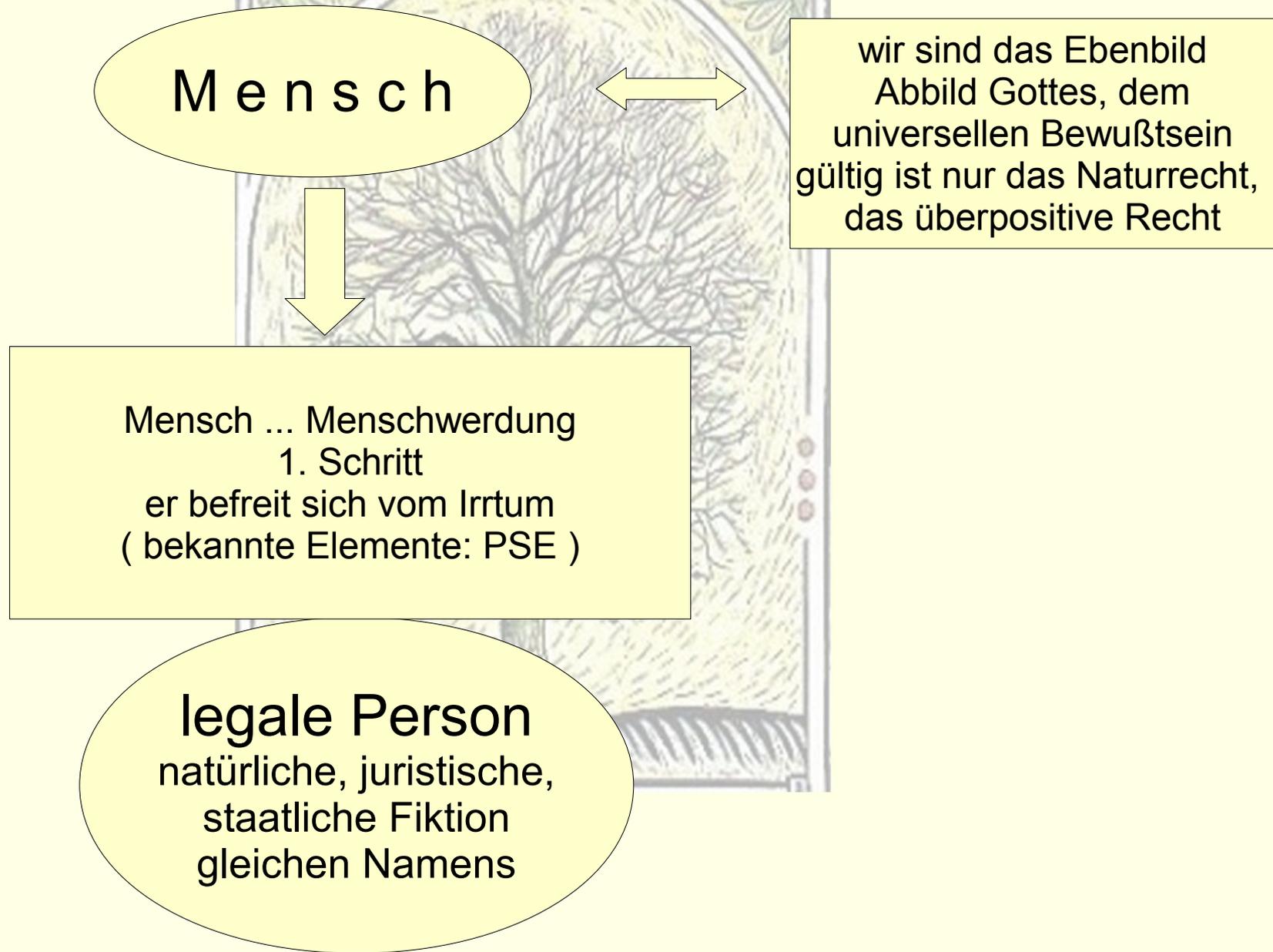
# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

## *Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*



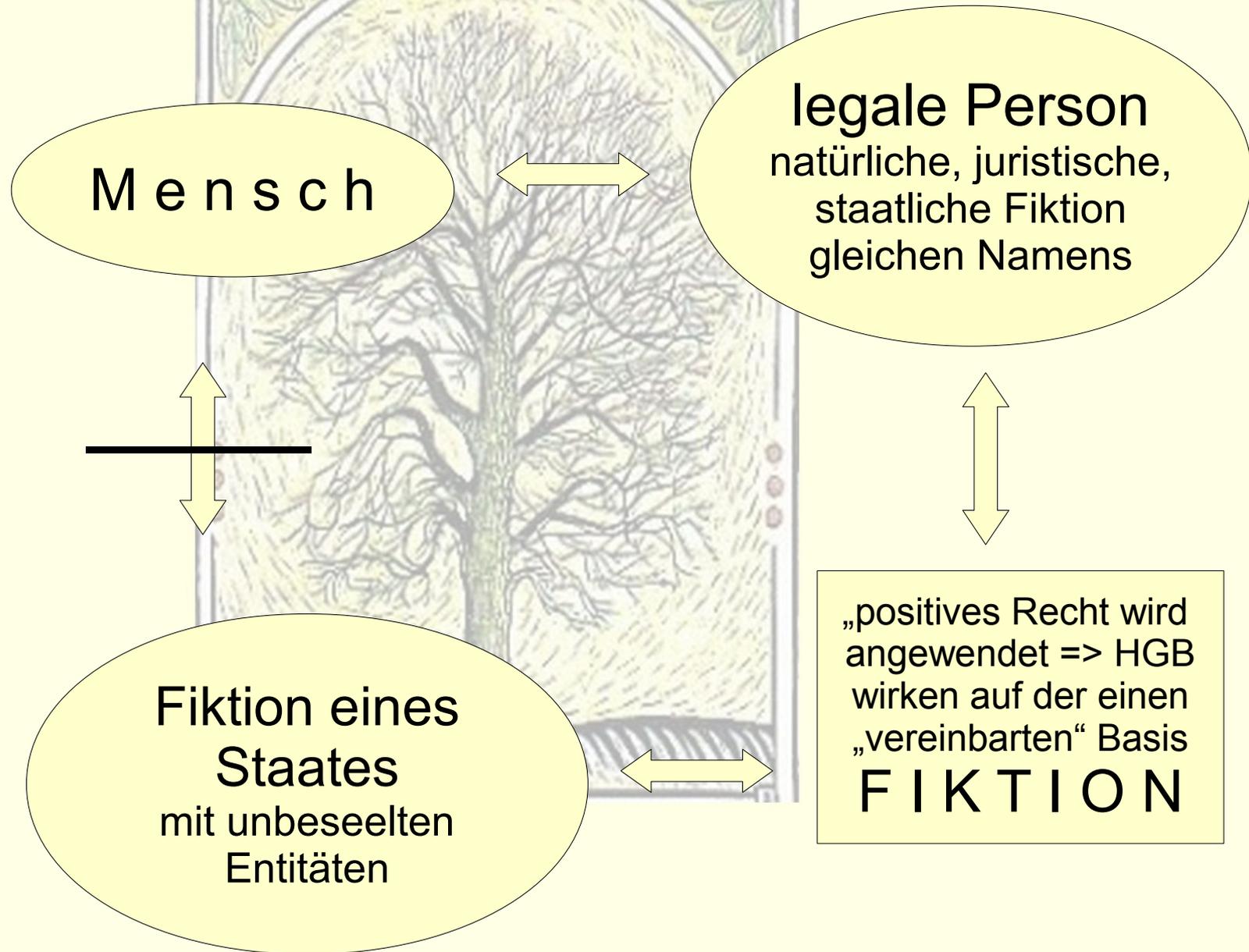
# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

## *Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*



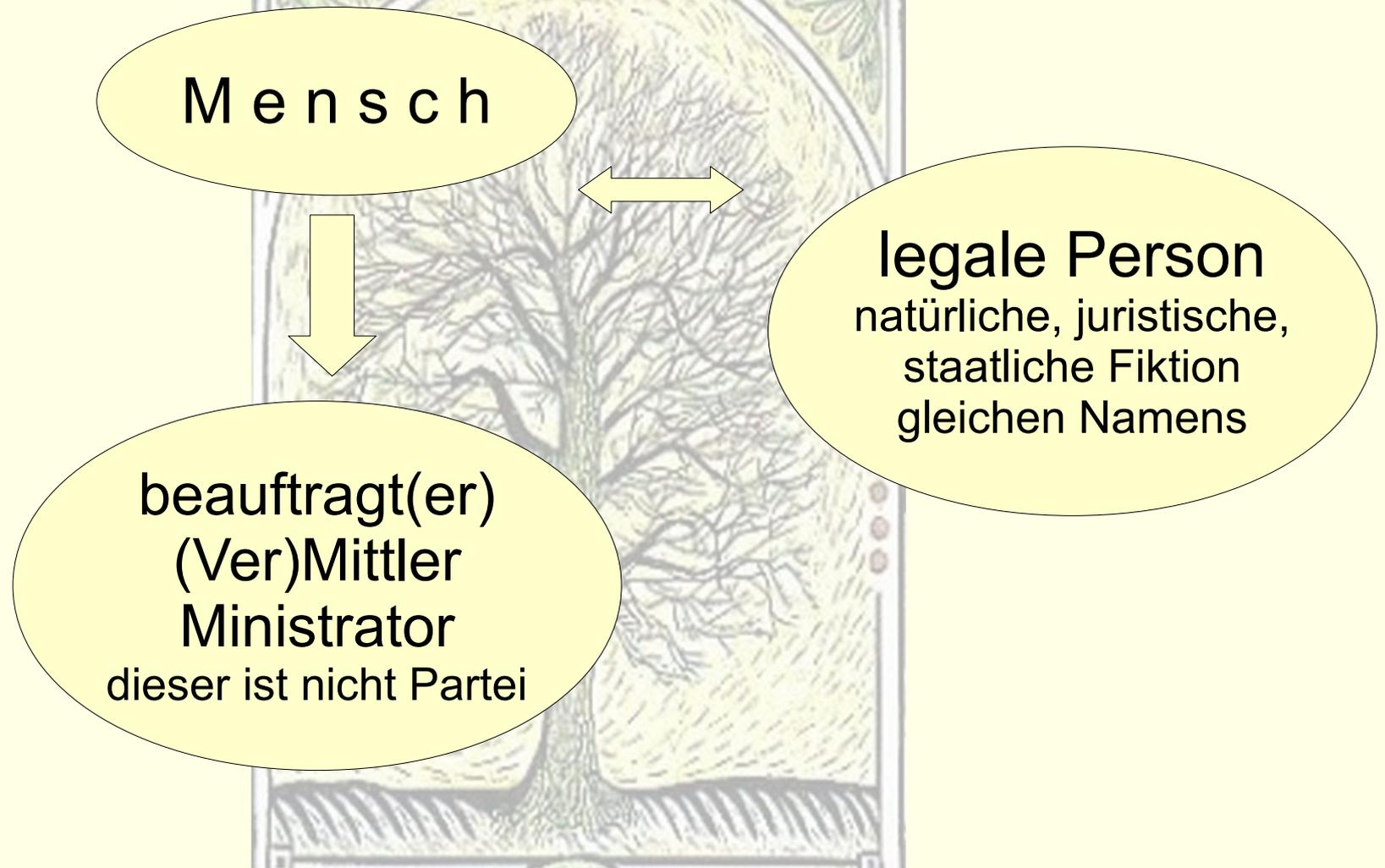
# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

*Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*



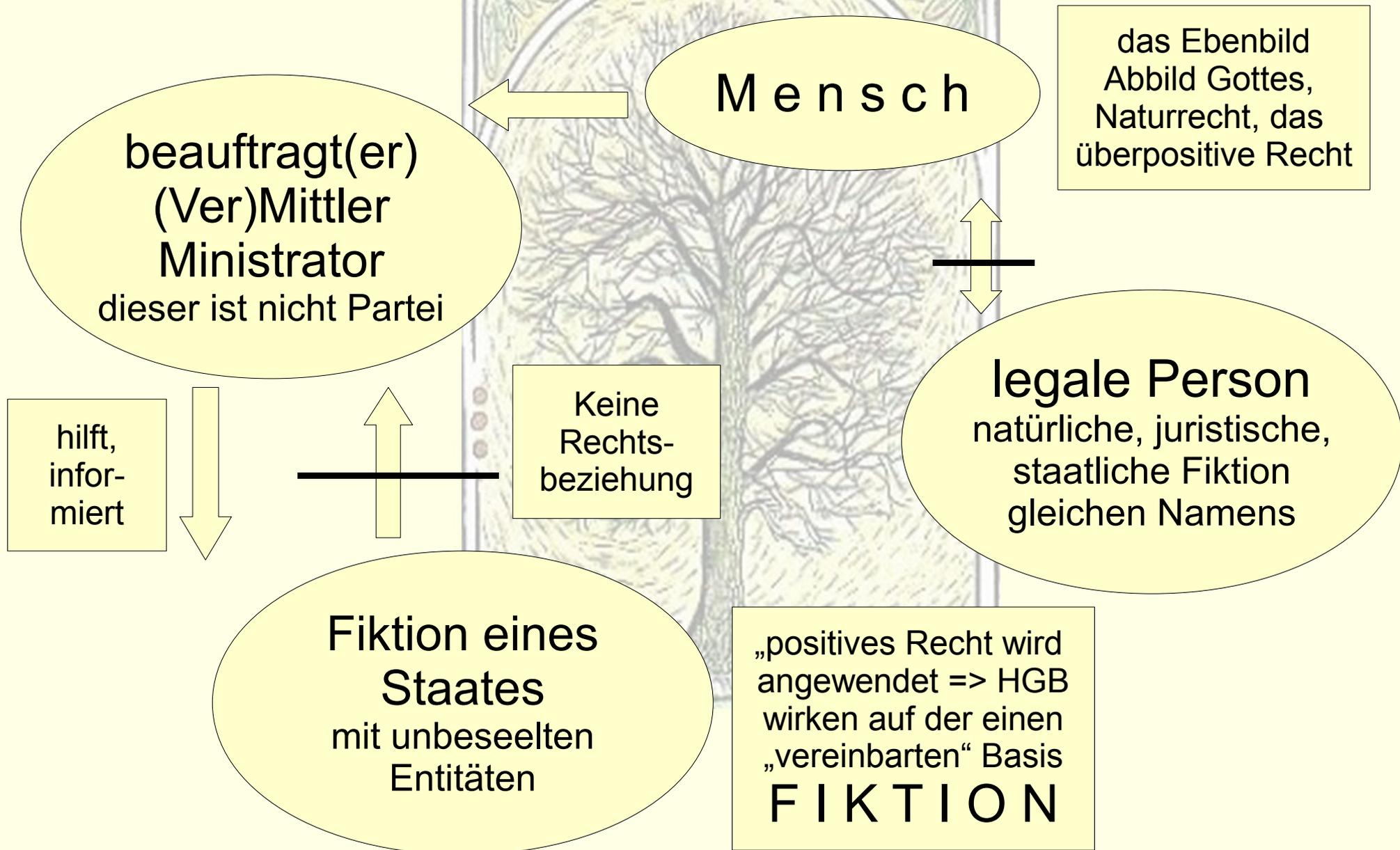
# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

*Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*



# T I N G

ordre public  
von welchem  
Staat ist  
anzuwenden ?



### Artikel 10 Name

(1) Der Name einer Person unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört.

(2) Ehegatten können bei oder nach der Eheschließung gegenüber dem Standesamt ihren künftig zu führenden Namen wählen

1. nach dem Recht eines Staates, dem einer der Ehegatten angehört, ungeachtet des Artikels 5 Abs. 1, oder
2. nach deutschem Recht, wenn einer von ihnen seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat.

Nach der Eheschließung abgegebene Erklärungen müssen öffentlich beglaubigt werden. Für die Auswirkungen der Wahl auf den Namen eines Kindes ist § 1617c des Bürgerlichen Gesetzbuchs

### Einführungsgesetz BGB

- 1. Teil - Allgemeine Vorschriften (Art. 1 - 49)
- 2. Kapitel - Internationales Privatrecht (Art. 3 - 49)
- 1. Abschnitt - Allgemeine Vorschriften (Art. 3 - 6)

### Artikel 6 Öffentliche Ordnung (ordre public)

Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden, wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Sie ist insbesondere nicht anzuwenden, wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.

Fassung aufgrund des Gesetzes zur Reform des Personenstandsrechts (Personenstandsrechtsreformgesetz - PStRG) vom 19.02.2007 ([BGBI. I S. 122](#)) m.W.v. 01.01.2009.

# T I N G

- Ich sage: mit unserer Menschwerdung gilt für uns nur noch das überpositive Recht das Naturrecht

- nachfolgend Kirche

**Index** 

Die Normativität des Völkerrechts wurde durch die Naturrechtslehre aus dem göttlichen Willen abgeleitet

göttliches, ewiges und natürliches Gesetz (Lex divina, lex aeterna, lex naturalis).

## Naturrecht

unwandelbar und für alle Menschen gültig; säkular abgeleitet aus der „natürlichen Vernunft“

die Grundsätze der freien Zustimmung, von Treu und Glauben und der guten Sitten

die Überzeugung des Großteils der Staaten, dass diese Rechtsätze ein unabdingbares Fundament auch einer Ordnung sind

soziale Natur des Menschen: Soziologische Ansätze und die natürliche Solidarität

für alle Zeiten gültigen Rechtsprinzipien der Sittlichkeit

folgende Völkerrechtssubjekte stimmten den Rechtsnormen zu: Rechtspositivismus der Staaten

Völkerstrafrecht verpflichten Staaten, int. Organisationen und Individuen

ein Rechtssystem, das von Menschen nicht abänderbare Rechte gewährt  
Überzeugung der Staaten, dass diese Rechtsätze ein unabdingbares Fundament auch einer Koordinationsordnung sind.

**ius cogens** (lat: zwingendes Recht) der Teil der Rechtsordnung, der nicht abbedungen werden darf = zwingendes Völkerrecht und kann weder durch völkerrechtlichen Vertrag noch durch Gewohnheitsrecht beseitigt werden.

zum **ius cogens** gehört der Kern des Gewaltverbots die elementaren Menschenrechte sowie laut ILC Sklavenhandel, Piraterie, Völkermord, das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Unwandelbar sind danach das Recht des Privateigentums und der Familienordnung sowie der Vorrang des Individuums vor der Gemeinschaft und seine Rechte auf Freiheit, Gleichheit, Unversehrtheit, Eigentum und das Streben nach Glückseligkeit

Kodifikationen des Völkerrechts: das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge: Art. 53 und Art. 64 setzt diese Existenz (ius cogens) voraus und ordnet die Nichtigkeit von Vertragsbestimmungen an, die im Widerspruch zum ius cogens stehen.  
Der Rechtsgrundsatz pacta sunt servanda ist allgemein anerkannt

Artikel 53 Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht.  
Artikel 64 Entsteht eine neue zwingende Norm des Völkerrechts, so wird jeder zu dieser Norm im Widerspruch stehende Vertrag nichtig und erlischt.

**Naturrecht: übergeordnetes Rechtssystem, überpositives Recht der ewigen Ordnung und ist die Grundlage heutiger Rechtssysteme: Staats- und Gesellschaftsvertrag**

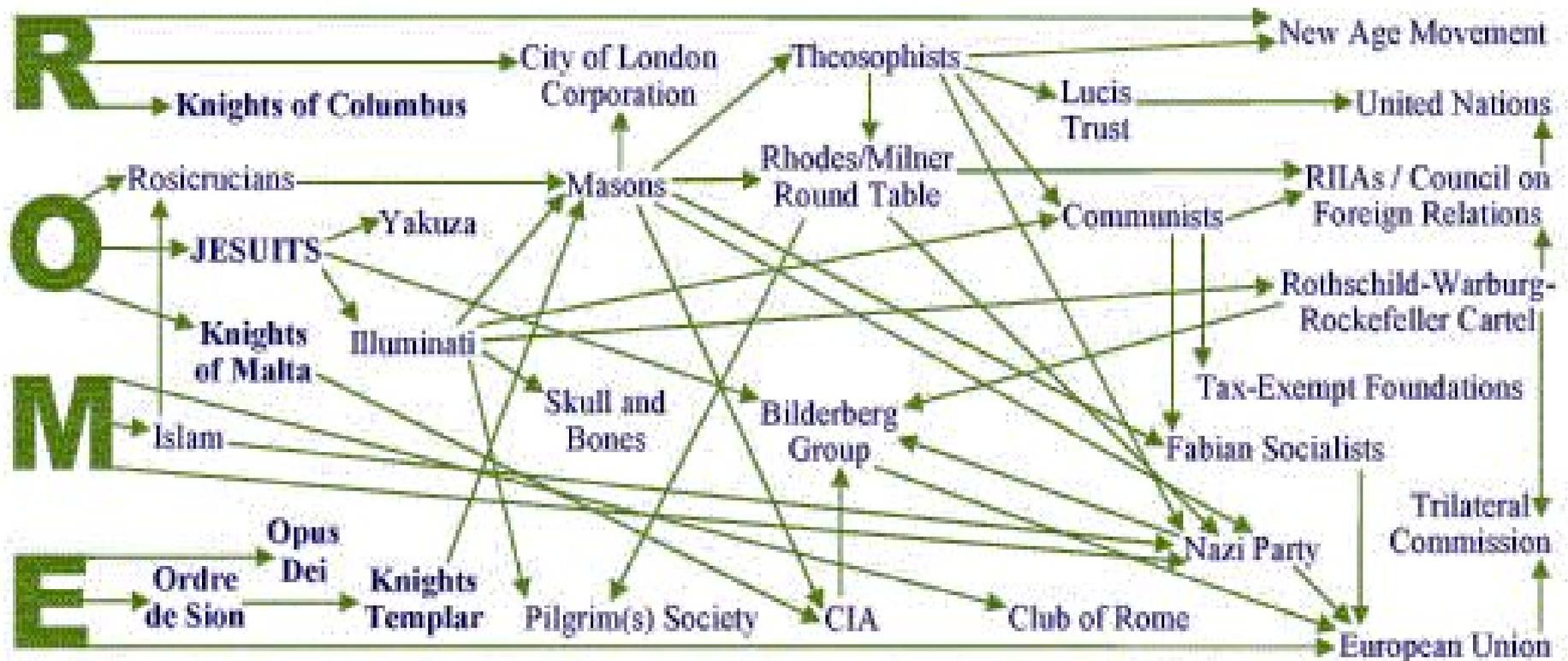
# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

- JOHANN I ohne Land (engl. John Lackland), \* Oxford 24.12.1167, verlor bis 1206 die englischen Festlandbesitzungen nördlich der Loire an den frz. König Phillip II. August. Er mußte 1215 die Forderungen der Magna Carta libertatum anerkennen.
- 1213 verfügte PAPST Innozenz III die Absetzung des englischen Königs, entließ Johanns Untertanen aus ihrem Treueeid und erklärte, die Besitztümer des Königs als rechtmäßiges Eigentum eines jeden, der sie ihm entreißen vermöge. Philipp August von Frankreich marschierte gegen die Kanalküste.
- JOHANN wollte sich verpflichten, wenn der Bann, das Interdikt rückgängig gemacht wird seine Krone und das Reich dem Papst als obersten Lehnsherrn zur Verfügung zu stellen. Johann lieferte ganz England an den Papst aus und erhielt es nach fünf Tagen als tribut- und lehenspflichtiges päpstliches Lehen wieder zurück ( 1213).
- Papst Pius IX. hatte an Machtstellung eingebüßt und mußte aus Rom flüchten; er stellte 1814 den Jesuitenorden wieder her, den der römische Papst Clemens XIV. 1773 auf ewig verboten hatte. Der römische Papst hatte sich damit das Instrument geschaffen, das der römischen Kirche neue Machtfülle geben sollte, wenn er sich selbst dabei auch völlig den Weisungen des Jesuitengenerals fügen mußte.

**ist die ganze Welt der Kirche als Lehnsherr untertan ?**

# T I N G unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

- Kirche <=> Religion <=> Glaube für Staat und Gesellschaft ?
- Seit dem 19. Januar 2008 Adolfo Nicolas der Jesuitengeneral "Schwarze Papst" - die wahre Macht



*"[T]here is a power ... so organized, ... so complete, so pervasive, that they had better not speak above their breath when they speak in condemnation of it"*  
*President Woodrow Wilson, The New Freedom, (1913), p. 24*

# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*verschiedene Volksstämme - vereint durch ihr Indigenat*



**dem H e r r n**



**Teufel**

**Gott**



es untersteht ihm  
Hölle und Vorhölle ( für Erwachsene & Kinder )

es untersteht ihm  
das Paradies und das Himmelreich

„Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert, als diejenigen es sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen stehen.“

*Benjamin Disraeli, englischer Politiker 1844*



Jedes Argument mit Mainstream, gesells. Eigenheiten von Mann / Frau ist ebenso wie alle Hinweise auf Polarität / Dualität nur das Prinzip Trennung - also reines divide et impera - das Motto, welches alle Bereiche unseres Lebens beherrscht und damit unfrei macht - wir sind damit **Spielball der Macht**

Die Dinge sind immer nur die beiden Seiten 1 Medaille  
Gott <> Teufel 2 beiden Seiten 1 Medaille - die eigene Vorstellung - Realität der eigenen Schöpfung

Die Kirche untersteht mit El Schaddai dem Satan ( die andere Seite der Medaille universelles Bewußt. ) Die Kirche praktiziert und gibt damit vor - die Trennung vom Nächsten und damit zwangsläufig von Gott

# T I N G unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

Vatican Assassins:  
"Wounded In The House Of My Friends"

Eric Jon Phelps



**Theodore Roosevelt, 1858 – 1919** #104 Twenty-Sixth President of the United States of America, 1901 - 1909 A member of the Jesuits' Roosevelt-Delano-Rockefeller Dynasty, "Teddy" Roosevelt was the **Black Pope's** first real Emperor and Commander-in-Chief of the **Papal Caesar's** "Holy Roman" Fourteenth Amendment American Empire, intended to restore the Temporal Power of the Pope worldwide and to enforce the absolutist policies of the Holy Alliance. A personal friend of New York Knight of Malta William R. Grace (after whose Order he named his Maltese Cross Cabin in North Dakota), Jesuit Thomas Sherman, Cardinal Gibbons of Washington and Cardinal Satolli (the Vatican's secret diplomatic agent in the White House), the Jesuits used their Shriner Freemason to begin building their corporate-fascist-masonic Empire throughout the western hemisphere.

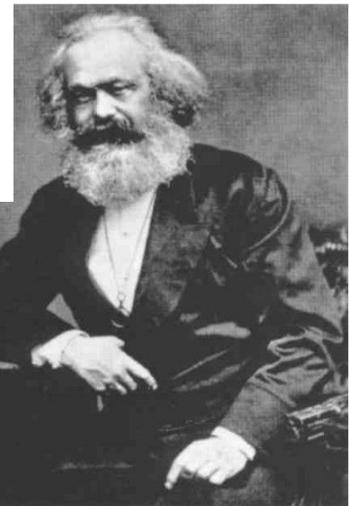
Vatican Assassins:  
"Wounded In The House Of My Friends"

Eric Jon Phelps



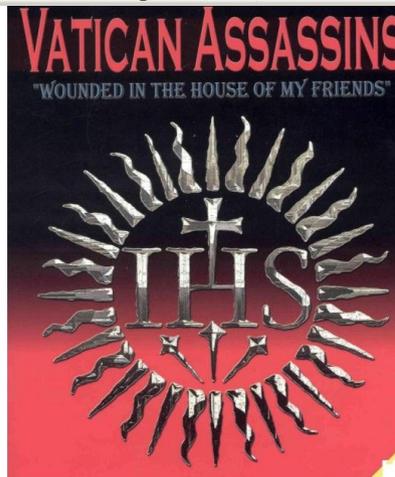
**Knight of Malta James Angleton; Freemason David Ben-Gurion, 1969** #151

According to Loftus in his *The Secret War Against the Jews*, Reinhard Gehlen trained Israeli Intelligence – the Mossad. With James Jesus Angleton, CIA Chief of Counterintelligence manning both "the Israeli desk" and "the Vatican desk" within the CIA, the **Black Pope** was now in complete control of his post-war International Intelligence Community, which included the British SIS, the German BND, the Soviet KGB and the Chinese CSIS. According to Ben Hecht in his *Perfidy*, Ben-Gurion, through Rudolf Kastner – his Zionist agent leading Hungary's "Jewish Rescue Committee" – had collaborated with the Nazis during the war by refusing to warn Europe's Jews of their impending doom. SS Colonel Eichmann collaborated with Ben-Gurion each through their agents, SS Colonel Kurt Becker and Rudolf Kastner. Meanwhile, Angleton was not only working in conjunction with the Jesuits in control of Vatican Intelligence, but with two other American Knights of Malta, OSS Director "Wild" Bill Donovan and FDR's unofficial Ambassador to Pope Pius XII, CFR member Myron C. Taylor.



**Karl Mordechai Marx, 1818 – 1883** #83

Karl Marx, "the Father of Modern Communism" was himself an occultist and high-level Jewish Freemason, intimately associated with Rome's Giuseppe Mazzini (1805-1872), the most powerful Shriner on the Continent and founder of the Mafia, and Albert Pike (1809-1891), the most powerful Shriner in Fourteenth Amendment America and creator of the first Ku Klux Klan. He was privately tutored by Jesuits in the huge Reading Room of the British Museum while writing *The Communist Manifesto*



Vatican Assassins:  
"Wounded In The House Of My Friends"

Eric Jon Phelps

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

## Reichskonkordat

- ist viel mehr als nur die Abgabe der Kirchensteuer - es ist eine Anerkennung der Zwei-Schwerter-Theorie (danke an Selim K.) - das Rangverhältnis kaiserlicher <> päpstlicher Macht

päpstliche Bulle Unam Sanctam (lat.: Eine heilige (Kirche)), am 18. November 1302 von Papst Bonifatius VIII. gegen König Philipp IV. dem Schönen von Frankreich erlassen. Beide sprachen sich gegenseitig das Recht ab, die französischen Kleriker zu besteuern.

- Die Bulle ist die umfassendste Begründung einer aus dem Papst-Primat abgeleiteten **päpstlichen Weltherrschaft in geistlichen wie in weltlichen Angelegenheiten**: „Die eine heilige, katholische und apostolische Kirche müssen wir im Gehorsam des Glaubens annehmen und festhalten“ <=> Unterordnung der Monarchen „Nun aber erklären wir, sagen wir, setzen wir fest und verkünden wir: Es ist zum Heile für jegliches menschliche Wesen durchaus unerlässlich, dem römischen Papst unterworfen zu sein“
- Das "weltliche Schwert" untersteht dem "geistlichen Schwert", es wird vom Papst eingesetzt und geduldet oder anders ausgedrückt: das geistliche wird von der Kirche geführt und das weltliche für die Kirche. Darüber hinaus soll die geistliche über die weltliche Gewalt Recht sprechen, wobei sie selbst nur Gott verpflichtet ist. ( königliche Häupter werden in den Kathedralen vom Erzbischof gekrönt ) - sog. 2 Schwerter Theorie { danke an S. Kücück }

was ist dann die BRD .... Nachfolger des Deutschen Reichs ?



### Wiener Schlußakte

(Schluß-Acte der über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerial-Conferenzen)

vom 15. Mai 1820

*Durch Beschluß der Bundesversammlung vom 8. Juni 1820 wurden die nachfolgenden Bestimmungen als "der Bundesacte an Kraft und Gültigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes" bezeichnet.*

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, eingedenk ihrer bei Stiftung des deutschen Bundes übernommenen Verpflichtung, den Bestimmungen der Bundesacte durch ergänzende und erläuternde Grundgesetze eine zweckmäßige Entwicklung und hiemit dem Bundesverein selbst die erforderliche Vollendung zu sichern, überzeugt, daß sie, um das Band, welches das gesammte Deutschland in Friede und Eintracht verbindet, unauflöslich zu befestigen, nicht länger anstehen durften, jener Verpflichtung und einem allgemein gefüllten Bedürfnisse durch gemeinschaftliche Berathungen Genüge zu leisten, haben zu diesem Ende nachstehende Bevollmächtigte ernannt, nämlich

[es folgen die Namen der Bevollmächtigten]

welche zu Wien, nach geschehener Auswechslung ihrer richtig befundenen Vollmachten, in Cabinets-Conferenzen zusammengetreten, und, nach sorgfältiger Erwägung und Ausgleichung der wechselseitigen Ansichten, Wünsche und Vorschläge ihrer Regierungen, zu einer definitiven Vereinbarung über folgende Artikel gelangt sind:

**Art. I.** Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte, zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten, und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands.

**Art. II.** Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags-Rechten und Vertrags-Obliegenheiten, in seinen äußern Verhältnissen aber, als eine in politischer Einheit verbundene Gesamt-Macht.

**Art. III.** Der Umfang und die Schranken, welche der Bund seiner Wirksamkeit vorgezeichnet hat, sind in der Bundesacte bestimmt, die der Grundvertrag und das erste Grundgesetz dieses Vereins ist. Indem dieselbe die Zwecke des Bundes ausspricht, bedingt und begränzt sie zugleich dessen Befugnisse und Verpflichtungen.

#### Artikel 59 [Völkerrechtliche Vertretung; Notwendigkeit von Bundesgesetzen für Verträge]

**(1) Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten.**

<= **siehe äußere Verhältnisse Art. II**

#### VII. Die Gesetzgebung des Bundes

##### Artikel 70 [Grundsätzliche Gesetzgebungskompetenz]

**(2) Die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern bemißt sich nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes .....**

<= **siehe Umfang und Schranken Art. III**

##### Artikel 87 a [Aufstellung von Streitkräften; Aufgaben]

**(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.**

##### Artikel 133

**Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.**

<= **nur von einem Bund ( siehe Ewiger Bund ), jedoch von keinem Staat oder seiner Gründung ist die Rede**

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

Paulskirchen Verfassung

Artikel V. § 144. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

§ 147. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.

§ 148. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.



# Bundes = Gesetzblatt

des  
Deutschen Bundes.

---

## N<sup>o</sup> 16.

---

(Nr. 628.) Gesetz, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs. Vom 16. April 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛ.

verordnen hiermit im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1.

An die Stelle der zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Großherzogthümern Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1870. S. 627. ff.), sowie der mit den Königreichen Bayern und Württemberg über den Beitritt zu dieser Verfassung geschlossenen Verträge vom 23. und 25. November 1870. (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1871. S. 9. ff. und vom Jahre 1870. S. 654. ff.) tritt die beigefügte

Verfassungs-Urkunde für das Deutsche Reich.

Ausgegeben zu Berlin den 20. April 1871.

**Login**  
Benutzername  
.....  
Passwort vergessen?

**Firmen**  
Konzernabhängigkeit  
Firmen-Typ  
Firmenname  
Ort  
Land  
PLZ (Deutschland)  
Börsennotiz  
Umsatz in Mio  
Beschäftigte  
Währung  
Suche  
Erweiterte Suche  
Neue Suche

### Sie sind auf der Suche nach Firmeninformationen?

**Sie suchen Firmeninformationen über die Bundesrepublik Deutschland in Berlin**

Das folgende Firmenprofil beinhaltet Basisdaten zu der gesuchten Firma. Die vollständige Firmenadresse, Ansprechpartner und weitere ausführliche Unternehmensinformationen können Sie als registrierter Kunde abrufen.

#### Vorteile & Nutzen der Hoppenstedt Konzernstrukturdatenbank:

Nutzen Sie das Potential der Konzernstruktur-Datenbank für Ihre strategische Planung, Ihre Neukundengewinnung, Ihr Research, im Key Account Management oder für Ihre Marketing- und Vertriebsmaßnahmen. Maximieren Sie Ihren Wissensvorteil und minimieren Sie unternehmerische Risiken.  
▶ Mehr Informationen

[Zurück zu Trefferliste](#)

### Firmenprofil

▶ [Anschrift](#) ▶ [Branche & Tätigkeit](#) ▶ [Sonstiges](#)

### Bundesrepublik Deutschland

Straße :	Platz der Republik 84
Ort :	10557 Berlin
Bundesland :	Berlin
Telefon :	(030) 22 70
Fax :	(030) 22 73 67 40

Infos & Funktionen im Vollprofil:

[Adress-Export](#)

[Testzugang anfordern](#)

#### Allgemeine Informationen ▲ Top

Rechtsform : Informationen im Hoppenstedt Vollprofil enthalten

#### Branche ▲ Top

Branche WZ 2003 : Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

US-SIC-Code : Informationen im Hoppenstedt Vollprofil enthalten

#### Konzernstruktur ▲ Top

Anzahl Beteiligungen : Informationen im Hoppenstedt Vollprofil enthalten

Anzahl Mehrheitsbeteiligungen : Informationen im Hoppenstedt Vollprofil enthalten

Anzahl Konzernmitglieder : Informationen im Hoppenstedt Vollprofil enthalten

Anteilseigner : Informationen zu Anteilseigner vorhanden

#### Sonstiges ▲ Top

Hoppenstedt-Firmennr. : Informationen im Hoppenstedt Vollprofil enthalten

**Dieser Text entspricht dem der Finanzagentur**





Das Quiz zum Deutschen Bundestag

Häufig gestellte Fragen

A - Z

Steckbrief

Informationsmaterial bestellen

Newsletter

RSS

Öffentliche Ausschreibungen

Stellenangebote

Ausbildung

Formulare und Anträge

Kontakt

Links

[Startseite](#) > [Service](#) > [Impressum / Datenschutz](#)

## Impressum

Deutscher Bundestag  
Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland

Platz der Republik 1  
10557 Berlin

### Postanschrift

11011 Berlin

### gesetzlicher Vertreter

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages

### USt-IdNr.

DE 122119035

### Kontakt

Telefon: +49 (0)30 227 0  
Fax: +49 (0)30 227-36655 oder 227 36979

E-Mail: [mail@bundestag.de](mailto:mail@bundestag.de)



- ▶ Bundesregierung
- ▶ Regierungspolitik A-Z
- ▶ Nachrichten
- ▶ Mediathek
- ▼ **Grundgesetz / Gesetze**
  - ▶ **Grundgesetz**
  - ▶ Gesetzesvorhaben und Neuregelungen
  - ▶ Einigungsvertrag
  - ▶ Publikationen / Fotos
  - ▶ Magazine
  - ▶ Europa

**SERVICE**

- Benutzerhinweise
- RSS-Newsfeed
- Abo Nachrichten
- Abo Magazine

## Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

**Das Grundgesetz stellt die rechtliche und politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland dar.**

Ursprünglich war es bis zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung als Übergangslösung und Provisorium gedacht: Am 1. Juli 1948 übergaben die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die "Frankfurter Dokumente". Diese enthielten unter anderem die Aufforderung, durch eine verfassungsgebende Versammlung eine Verfassung auszuarbeiten.

Die Ministerpräsidenten kamen der Aufforderung nur widerstrebend nach, da sie keinen deutschen Teilstaat gründen wollten. Um den vorläufigen Charakter zu betonen, gaben sie der verfassungsgebenden Versammlung den Namen "Parlamentarischer Rat". Auch den Begriff "Verfassung" lehnten sie ab. Stattdessen sollte ein "Grundgesetz" geschaffen werden.

### "Grundgesetz" statt "Verfassung"

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz in Bonn feierlich verkündet und unterzeichnet und trat am folgenden Tag in Kraft. Der Begriff "Verfassung" wurde dabei bewusst vermieden: Das Grundgesetz stellte weder eine Verfassung für das gesamte deutsche Volk dar noch bestand im Geltungsbereich des Grundgesetzes volle Souveränität.

Der Charakter der Zwischenlösung kam in der Präambel ("für eine Übergangszeit") und im Schlussartikel 146 zum Ausdruck: "Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Eine Ratifizierung des Grundgesetzes durch die deutsche Bevölkerung, wie von den Alliierten gewünscht, fand nicht statt. Denn die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder wollten die Existenz eines westdeutschen Staatsvolkes verneinen.

**\*\* Definition Grundgesetz:** Ein Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Mittel zur Schaffung von Ruhe und Ordnung in einem durch Kriegshandlung besetzten Gebiet. Gegeben von der Siegermacht (oder den Siegermächten), für das auf Zeit eingesetzte Verwaltungsorgan (BRD).  
**(Creifeld's Rechtswörterbuch 17. Auflage Verlag C.H.Beck München 2002)**



Übersicht Suchbegriff >>  
Grundgesetz

- ▶ Europa
- ▶ Energiekonzept
- ▶ Bundesregierung
- ▶ Nachrichten
- ▶ Mediathek
- ▼ **Grundgesetz / Gesetze**
  - ▶ **Grundgesetz**
  - ▶ Gesetzesvorhaben und Neuregelungen
  - ▶ Einigungsvertrag
  - ▶ Magazine
- DOSSIERS**
- Deutsche Einheit
- Infotour
- G8 / G20
- Fakten zur Integration
- Bildungsrepublik Deutschland
- Jahresbericht 2010/2011
- Afghanistan
- Nachhaltigkeitsstrategie
- Bürokratieabbau
- Wissen schafft Wohlstand
- STICHWORTE A-Z**

## Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

**Das Grundgesetz bildet die rechtliche und politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.**

Am 1. Juli 1948 gaben die Militärgouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder den Auftrag, eine Verfassung ausarbeiten zu lassen.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz schließlich in Bonn feierlich verkündet und unterzeichnet. Am darauffolgenden Tag trat es in Kraft.



### Zunächst nicht für das ganze Volk

Der Begriff "Verfassung" wurde bewusst vermieden: Das Grundgesetz stellte weder eine Verfassung für das gesamte deutsche Volk dar noch herrschte in seinem Geltungsbereich volle Souveränität. Es sollte eine Übergangslösung bis zu einer gesamtdeutschen Verfassung sein.

Dieser Zwischenlösungscharakter kam auch in der Präambel ("für eine Übergangszeit") und im Schlussartikel 146 zum Ausdruck: "Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Mit dem Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 ist das Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung geworden.

## Weitere Offenkundigkeiten nach § 291 ZPO/Analoggesetzgebung

- 1) Die BRD-Staatsanwaltschaften mit Streichung des § 1 EG StPO, GVG jeweils per 19.04.2006 durch das 1. Bundesbereinigungsgesetz ein Legitimationsproblem haben.
- 2) Das BRD-Gerichte keine gesetzlich geregelten GVP (§ 21 e GVG) verfügen.
- 3) Das BRD-Gerichte keine staatlichen Gerichte sein können. (vgl. § 15 GVG)
- 4) An BRD-Gerichten keine gesetzlichen Richter (Art. 101 GG) tätig sind. Den Beschuldigten der **gesetzliche** Richter aber nicht entzogen werden darf. (vgl. § 16 GVG)
- 5) Das BRD-Gerichte **unter Vorsatz** (auch durch nicht gesetzliche Zustellungen) das **rechtliche Gehör** (Art. 103 GG) der Beschuldigten verletzen.
- 6) Mit Streichung des Art. 23 GG a. F. der Geltungsbereich der BRD erloschen war.
- 7) **Deutschland bis heute in den Grenzen von 1937** fortbesteht. (vgl. 2 BvF 1/73)
- 8) **§ 95 BBG** auf die Grenzen von 1937 verweist und somit jeder BRD-Beamte seinen **Amts- und Dienst-Eid auf Deutschland** in den Grenzen von 1937 ablegt.
- 9) Festzustellen ist, welche Staatsangehörigkeit (Beamte und Richter) eigentlich haben.
- 10) Festzustellen ist, welche Grenzen die BRD besitzt, zumal die Regierung der **BRD** in 1989 an der **Oder-Neiße** Grenze festgehalten hat. Es steht somit außer Frage das die BRD **nicht** identisch mit Deutschland in den Grenzen von 1937 ist. (vgl. 2 BvF 1/73)
- 11) Das Gesetze ohne Geltungsbereich keine Gültigkeit besitzen. (vgl. BVerwGE 17, 192=DVBf 1964, 147) (BVerGE 3, 289(319f.)6, 309 (336,363)).
- 12) Das **meine** Staatsangehörigkeit **Deutsches Reich nach RuStAG von 1913** ist.
- 13) Das die BRD **keine** eigene Staatsangehörigkeit besitzt (vgl. Schreiben vom 01.03.2006 Az.: 33.30.20 - Landkreis Demmin)
- 14) Die BRD **kein** wirksamer Rechtsstaat ist. (vgl. EGMR 75529/01)
- 15) Das die BRD (Bundesrepublik Deutschland) **fälschlich DEUTSCHLAND** genannt, im Ergebnis "**BRdVd Finanzagentur GmbH**" ist. Gegründet am **29.August 1990** als vorgegaukelter/vorgelegener "**souveräner Rechtsstaat**" und im Handelsregister Frankfurt eingetragen unter: **AZ 72 HRB 51411** steht.
- 16) Die Gültigkeit der Kontrollratsgesetze im zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrechten im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz bestätigt, und im Bundesgesetzblatt am 16. April 2006 veröffentlicht wurde.
- 17) Damit auch das **Militärregierungsgesetz Gesetz Nr. 2** rechtmäßig ist.
- 18) Niemand kann als **Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt** amtieren, falls er nicht seine **Zulassung von der Militärregierung** erhalten hat.

## Die BRD ist nach Offenkundigkeit § 291 ZPO/Analoggesetzgebung kein Staat und mindestens seit 1990 auch "de jure" erloschen.

### Sind denn BRD-Rechtsanwälte in der Bundesrepublik nach DEUTSCHEM RECHT überhaupt zugelassen?

- 1.) Es gibt in der BRD keinen Juristen, der nach deutschem Recht zugelassen ist.
- 2.) 1990 wurde der Art. 23 GG gelöscht und somit ist die BRD seit 1990 "de jure" erloschen.
- 3.) Die BRD war niemals und ist heute kein Staat, sondern seit 1945 militärisch besetztes Gebiet und zur 28. UN-Vollversammlung am 18.09.1973 trat das Besatzungskonstrukt BRD (Kriegsgefangenenlager für Bürger des Staates Deutschland) der Weltoigo UNO und damit den bestehenden UN-Feindstaatenklauseln gegen den Staat **Deutschland** (Deutsches Reich) (Art. 53 und Art. 107 der UN-Charta) bei.
- 4.) Die BRD hat keine eigene Staatsangehörigkeit. (vgl. Schreiben Az.: 33.30.20 – Landkreis Demmin)
- 5.) Die BRD hat keine vom Volk gewählte Verfassung, sondern ein von den Besatzern auf oktroyiertes Grundgesetz (Besatzungsrecht), welches heute in der aktuellen Ausgabe des Grundgesetz wie nachstehend zur Kenntnis gegeben wird.
- 6.) In der BRD gibt es keine Staatsgerichte. (vgl. § 15 GVG) (die BRD ist kein Staat - 2 BvF 1/73)
- 7.) Kein Gericht in der BRD verfügt über einen Geschäftsverteilungsplan, der den gesetzlichen Vorschriften entsprechen könnte. (vgl. z. B. großer Kommentar zum GG von Mangoldt, Klein, Starck, Art. 101 (1) GG Rn 52-56, § 21e GVG)
- 8.) An den BRD-Gerichten sind keine Richter tätig, die sich entsprechend der gesetzlichen Vorschriften als gesetzliche Richter Art. 101 GG/Analoggesetzgebung legitimieren könnten, obwohl dieser gesetzliche Richter zwingende Voraussetzung ist (NORM) und auch nicht entzogen werden darf. (vgl. § 16 GVG) Somit bleibt festzustellen, dass diese **NORM** generell und unter Vorsatz an BRD-Gerichten missachtet wird. Der Entzug des gesetzlichen Richter (Art. 101 GVG/Analog) stellt aber in jedem Fall auch eine **Straftat** dar. Somit ist es die Bürgerpflicht eines jeden Prozessbeobachters, Strafantrag/Strafverfolgung gegen **jeden BRD-Juristen** zu stellen, der den Entzug des gesetzlichen Richters zulässt.
- 9.) Es gibt in der BRD keinen "Beamten" der sich mittels eines Amtsausweises legitimieren könnte. Auch die z. B. **Polizei-, ÖGV-, GV-, Urkundsbeamten oder Staatsanwälte** verfügen lediglich über einen Dienstausweis. Der Dienstausweis macht die Abhängigkeit dieser "Beamten" zu ihrem "Arbeitgeber", der BRdVd-GmbH, **mehr als offenkundig**.
- 10.) BRD-Bedienstete (Dienstausweis) können keine Staatsbeamte sein, weil die BRD ja selbst kein Staat ist. Alle BRD-Bedienstete stehen somit nach Offenkundigkeit § 291 ZPO/Analog in **Abhängigkeit** zur BRdVd-GmbH (Arbeitgeber) und damit ist auch die **Unabhängigkeit** (auch der BRD-Richter) und die **Gewaltenteilung**, die ja auch eine Grundvoraussetzung u. a. für das GVG ist, nicht gegeben.
- 11.) BRD-Richter, die nach deutschem Recht nicht zugelassen und an BRD-Gerichten tätig sind, sollten aufgrund der zuvor genannten Offenkundigkeiten und der bestehenden politischen Gegnerschaft (vgl.

Art. 146 GG) in **jedem Fall abgelehnt werden**. Alle Richter des nicht staatlichen BRD-Gericht (vgl. § 15 GVG) (dieser Gesetzestext wurde 1950 nicht ohne Grund aus dem GVG entfernt) sind nach § 42 ZPO /Analog wegen Besorgnis der **schweren Befangenheit** (BRD-Abhängigkeit) und wegen der politischen Gegnerschaft (Umsetzung eines Friedensvertrages und Art. 146 GG zum Wohl des deutschen Volkes und des Staates Deutschland) **abzuwehren** und bleiben nach § 44 ZPO/Analog auch weiterhin abgelehnt, bis eine eindeutige Rechtslage des Gerichts und die Legitimität der Richter nachgewiesen ist. (vgl. u. a. § 99 VwGO)  
Alle Rechtsnormen in Deutschland stehen in einer sog. Normenhierarchie. Dabei sind die Grundrechte des Bürgers unter anderem in ihrer Funktion als Abwehrrechte gegen den Staat und seine Institutionen die **wesentliche und ranghöchsten Rechtsquellen** unseres Landes.

### Fazit:

Die BRD ist kein Staat. (vgl. 2 BvF 1/73)  
Die BRD hat keine Verfassung. (vgl. Art. 146 GG)  
Die BRD-Gerichte sind keine staatlichen Gerichte. (vgl. § 15 GVG)  
Die BRD-Gerichte verfügen über keinen GVP, der den gesetzlichen Vorschriften entsprechen könnte. (vgl. § 21e GVG)  
An den BRD-Gerichten sind keine "Richter" tätig, die sich als gesetzliche Richter (Art. 101 GG/Analog) legitimieren können. (vgl. § 16 GVG)

Warum lassen Sie sich vor BRD-Gerichten den gesetzlichen Richter (Art. 101 GG) unter Vorsatz entziehen, obwohl Ihnen der gesetzliche Richter nach § 16 GVG/Analoggesetzgebung nicht entzogen werden darf?

Alle Beschlüsse/Urteile die von nicht staatlichen BRD-Gerichten, bzw. durch nicht gesetzliche Richter in eigener Sache und zu Nachteil Ihrer Person beschieden worden sind, sind generell immer illegal/nichtig.

Mein Tip: Bestehen Sie bitte immer auf eine Kopie vom Original. Das heißt, stellen Sie (ggf. auch über einen BRD-Rechtsanwalt) Antrag auf Herausgabe einer Kopie vom Original mit Unterschrift und Amts-/Dienstiegel (Richtersiegel) des gesetzlichen Richters, entsprechend der gesetzlichen Vorschrift.

Teilen Sie dem nicht staatlichen BRD-Gericht mit, dass von Beschwerdeführer in diesem Zusammenhang vorsorglich festgestellt wird, dass er nicht gewillt ist, die Verletzung seiner Rechte durch stillschweigende Duldung zu heilen.

## BRD

Kurzbezeichnung des besatzungsrechtlichen Provisoriums namens "**Bundesrepublik** (von) **Deutschland**". Diese Selbstverwaltung ging aus der durch den Zusammenschluß der 3 westlichen Besatzungszonen gebildeten sog. "Trizone" 1949 hervor, um den Anschein zu erwecken, es handele sich dabei um einen Staat. Die Anweisungen erfolgten durch die drei westlichen Besatzungsmächte, auch gaben diese die Anweisungen zur Verabschiedung einer angeblichen "Verfassung", diese Anweisungen sind in den sog. **Frankfurter Dokumenten** enthalten.

## Deutschlandvertrag

Der Deutschlandvertrag (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten, auch Bonner Vertrag genannt), mit dem Generalvertrag als Kernstück, ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der am 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Besatzungsmächten (Frankreich, Großbritannien, USA) geschlossen wurde, aber erst 1955 in leicht abgeänderter Version in Kraft trat. Er regelte das Ende des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik Deutschland und gab dieser in diesem Zusammenhang angeblich die Rechte eines souveränen Staates, in Wahrheit jedoch wurden viele Dinge, die Besatzungsmächte vorher per Alliiertem Recht vorschrieben, nun vertraglich geregelt, wie im **Überleitungsvertrag zum Beispiel**. Durch trickreiche Verschleierung der äußeren Form wurde Besatzungsrecht nun neu verpackt, gilt aber uneingeschränkt fort. Und dank des "**Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin**" gilt nun auch in Berlin weiterhin das Besatzungsrecht in vollem Umfang.

## Friedensvertrag

Ein Friedensvertrag ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Kriegsparteien, der einen Friedensschluß (definitiver Friedensvertrag) oder dessen wesentliche Bedingungen vorläufig festsetzende Bestimmungen (Präliminarfrieden) enthält. Beide Arten folgen den gleichen Rechtssätzen über Form, Wirkung usw.

Im Gegensatz zum Waffenstillstand ist der Abschluß eines Friedensvertrages in der Gegenwart nur zwischen völkerrechtlich anerkannten Regierungen möglich.

## Staatsgebiet

Unter juristischem Aspekt ist das Staatsgebiet ein räumlicher Geltungsbereich bestimmter Rechtsnormen (Kompetenzbereich).

## Fremdverwaltung

Von einer **Fremdverwaltung** spricht man dann, wenn durch vertragliche, rechtliche oder deklaratorische Maßnahmen ein Land oder eine Selbstverwaltung in der Abhängigkeit eines anderen Landes stehen. Die entsprechende Regierung muß nicht zwingend eine Marionettenregierung sein, es reicht aus, daß sie, aus welchen Gründen auch immer (Furcht vor dem bei Nichtbefolgung einer Anweisung drohenden Verlust der eigenen Macht oder eines Postens) die Weisungen des Weisungsgebers ausführt. So ist an verschiedenen Handlungen der BRD-Regierung erkennbar, daß diese von anderen Staaten (voran den USA) abhängig bzw. der Regierung des anderen Staates hörig ist. Die Inhalte der Politik werden also teilweise oder ganz von Personen festgelegt, die außerhalb der als offizielle Regierung auftretenden Personen stehen.

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

Die Goldborde zeigt:  
hier herrscht die  
Virginia Company  
es existiert kein  
Menschen- oder  
Völkerrecht  
( in jedem us Court ).



Seidigungsminister Horst Jung (CDU). „Selbstverstärkt steht eine Dienstflagge in meinem Büro“

Kann eine Corp., welche sich von der Kirche autorisieren ließ ( Lehnsherr ) und durch die Virginia Company gegründet wurde, Staat bezeichnen ? - ist deren Soldaten ( Heer ) nicht einfach nur Freischärler ?      Damit fällt alles unter räuberischen Überfall und Plünderung !

# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

## **kein Gesetz ohne gültige Verfassung**

- eine völkerrechtlich korrekt in die Welt gesetzte Verfassung kann nicht ohne das Volk aufgehoben werden; daher sind weder die 1849 noch die 1949 Verfassungen jemals aufgehoben worden !

Alle DR Gesetze basieren nach der gewaltsamen Auflösung der März-Parlamente / der Nationalversammlung auf einem Gesetz Nr. 628 mit dem Namen DR Verfassung von 1871, welche aber wegen der Unmöglichkeit der Aufhebung der Paulskirchenverfassung niemals rechtswirksam in Kraft treten konnte ( es können für 1 Gebiet nicht 2 Verfassungen existieren ) - damit sind alle DR Gesetze ( BGB, GVG, ZPO, StPO, ... ) nichtig

Auch die BRD bezieht sich auf DR Gesetzbücher bzw. bemüht sich durch „Neuschaffungen“ mit demselben Namen alle DR Bezüge zu eliminieren

Wir sind durch alle möglichen Vertragsbindungen zur BRD Teil des Systems inkl. des DR's - daher erlauben sie sich, auf uns durchzugreifen !

Wir können dies beenden: den Personalausweis, den Reisepaß zurückgeben und uns abmelden (beachte die Grenzvereinbarungen der Staatssimulationen) - das hat auch Auswirkungen auf eine mögl. Arbeit !

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik  
**GESETZBLATT**

der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 14. August 1990, Teil I Nr. 51

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik -  
Ländereinführungsgesetz -

22. Juli 1990

**Territoriale Gliederung**

§ 1

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:

- Mecklenburg-Vorpommern  
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Neubrandenburg, Rostock und Schwerin,
  - o ohne die Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
- Brandenburg  
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam,
  - o ohne die Kreise Hoyerswerda, Hessen und Weißwasser,
  - o zuzüglich der Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
- Sachsen-Anhalt  
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Halle und Magdeburg
  - o ohne den Kreis Artern,
  - o zuzüglich des Kreises Jessen;
- Sachsen  
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz und Leipzig,
  - o ohne die Kreise Altenburg und Schmölln,
  - o zuzüglich der Kreise Hoyerswerda und Weißwasser;
- Thüringen  
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Erfurt, Gera und Suhl,
  - o zuzüglich der Kreise Altenburg, Artern und Schmölln.

2. Berlin, Hauptstadt der DDR, erhält Landesbefugnisse, die von der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat wahrgenommen werden.

**Inkrafttreten**

1. Dieses Gesetz tritt am 14. Oktober 1990 in Kraft.

2. Gleichzeitig tritt das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952 (GBl. Nr. 99 S. 613) außer Kraft.
3. Aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974 werden gestrichen:
  - o der Artikel 47,
  - o der Artikel 48 Absatz 2,
  - o der Artikel 49 Absätze 1 und 2,
  - o der Artikel 58,
  - o der Artikel 70,
  - o der Artikel 72,

**Kapitel I**  
**Wirkung des Beitritts**

**Artikel 1**  
**Länder**

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 – Ländereinführungsgesetz – (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.

(2) Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.



Zugleich ist die Ergänzung des Bundesrats erforderlich. Beschränkung auf die Höchstzahl fünf stellt DDR mit NRW gleich (wegen der im wesentlichen gleichen Bevölkerungszahl tolerabel). Teilnahme an den Ministerpräsidenten- und Fachministerkonferenzen. Um stärkeres Gewicht zu erreichen, dürfte der Wunsch nach alsbaldiger Ländergliederung laut werden: Neugliederung vor Beitritt würde diese Problemlage nicht entstehen lassen, aber wohl erheblichen Zeitbedarf schaffen.

## II. "Vollendung der Einheit Deutschlands" nach Art. 146 GG

### 1. Grundsatz

Art. 146: "Das Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist - schließt an Satz 3 der Präambel an: "Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Dieser Weg zur Herstellung der staatlichen Einheit greift auf das Selbstbestimmungsrecht des gesamten Staatsvolkes des fortbestehenden Deutschen Reichs zurück. (Zum "Selbstbestimmungsrecht" Hinweis auf gesonderte Aufzeichnung<sup>9</sup>. [ <sup>9</sup> Aufzeichnung des Bundesministeriums des Innern "Überlegungen zum Thema: Selbstbestimmungsrecht der Völker", 19. Februar 1990; BK, 132 - 35400 De 12 Bd. 2. ])



### 2. Voraussetzungen

Das GG hält lediglich zwei Voraussetzungen ausdrücklich fest:

- Beteiligung des gesamten deutschen Volkes (Die Beteiligung der deutschen Bevölkerung jenseits der Oder-Neiße-Grenze wird nicht realisierbar sein. Dies darf den gesamtdeutschen Einigungsprozeß aber schon deshalb nicht blockieren, weil ihre Zahl im Verhältnis zu der in dem zu vereinigenden Gebiet ansässigen Bevölkerung so gering ist, daß von ihrem Abstimmungsverhalten das Ergebnis nur marginal berührt, jedoch nicht entscheidend beeinflusst werden könnte);
- in freier Entscheidung (Wahrung des Mindeststandards freiheitlich-demokratischer Garantien: BVerfGE 5, 131 f. ).

Für die weitere Festlegung der Entscheidungsformen wie der Strukturprinzipien des gesamtdeutschen Staatswesens trifft das GG keine eindeutige Aussage.

- Der Weg zur Basis für die Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung ist nicht beschrieben. Unkalkulierbar lange Beratungsdauer, während derer die Legitimation der gegenwärtigen staatlichen Institutionen zwar nicht rechtlich, doch politisch geschwächt wäre. **Ablösung** der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte würde möglicherweise erschwert.
- Die Verabschiedung der gesamtdeutschen Verfassung könnte durch Volksentscheid (das "deutsche Volk« in Art. 146 GG) oder durch Repräsentativorgane erfolgen.
- Ein Quorum für die Bildung der Mehrheitsentscheidung (verfassungsändernde Mehrheit) wird nicht gefordert. Damit genügt die einfache Mehrheit.
- Inhaltliche Vorgaben für die künftige Verfassungsstruktur sind kaum zu erschließen: Das Staatswesen muß sicherlich freiheitlichen Charakter haben (Satz 3 der Präambel: Vollendung der Einheit und Freiheit); es ist umstritten, ob auch der materielle Gehalt des "ewigen Artikels" (79 Abs. 3 GG) gewahrt werden muß. In Art. 7 des Deutschlandvertrages hat auch die **Bundesrepublik** eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie das GG als Ziel genannt.

### 3. Folgen

Neustrukturierung der staatlichen Organisation Deutschlands und einer gesamtdeutschen

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

The screenshot shows a web browser window with the address bar containing the URL: <http://staseve.wordpress.com/2011/10/23/rechtskraft-der-bereinigungs-gesetze-durch-bundesjustizmir>. The browser's navigation bar includes buttons for back, forward, home, and search, along with a search engine icon. Below the browser window, a navigation menu is visible with the following items: Home, IGH: Ist Bundesrepublik Deutschland ein Staat oder nicht?, Presseportal, and Stadt Zwickau.

The main content area displays a document from the **Bundesministerium der Justiz**. The document header includes the German Federal Eagle logo and the text "Bundesministerium der Justiz". Below this, the postal address is listed: "POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin". To the right, contact information is provided: "HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin", "POSTANSCHRIFT 11015 Berlin", "BEARBEITET VON Herrn Arne Habel", "REFERAT IV A 3", "TEL (030) 18580-0", "FAX (030) 18580-8525", "E-MAIL [poststelle@bmj.bund.de](mailto:poststelle@bmj.bund.de)", "AKTENZEICHEN IV A 3 - AR - RB 571/2010", and "DATUM Berlin, 10. März 2011".

The document's subject line is: **BETREFF: Ihre Anfrage zu Rechtsbereinigungsgesetzen vom 24. Februar 2011**

The main body of the document contains the following text: "Beide Gesetze über die Rechtsbereinigung sind somit voll wirksames Bundesrecht. Von ihrem Zweck her setzten sie älteres Recht, das keinen praktischen Anwendungsbereich mehr hat, außer Kraft. Somit dienen diese Gesetze dazu, überflüssige Regelungen zu streichen und die Rechtsordnung insgesamt übersichtlicher zu machen."

Below this text, it states: "Ich hoffe, Ihnen mit dieser Erläuterung weiterzuhelfen."

The document concludes with: "Mit freundlichen Grüßen", "Im Auftrag", and "Habel".

für wen gilt denn nun  
das BereinigungsG ?

Weder Richter noch  
Finanzamt oder  
sonstige Machtinhaber  
der BRD kümmern  
sich darum.

"Ein Finanzbeamter, der im Einspruchsverfahren Steuern bewusst falsch festsetzt, begeht keine Rechtsbeugung nach StGB § 336. Allerdings hat sich der Finanzbeamte dabei an das Recht zu halten, ohne dass dieses jedoch seine vordringlichste Aufgabe ist".

OLG Celle, Beschluss vom 17.04.1986 - 3 Ws 176/86

für wen gilt denn nun Gesetze ?

2001 sprach man öffentlich von 12500 Suiziden / Jahr in Dtl. - mit Dunkelziffer, als Unfall vorgetäuscht dürften wir bei ~ dem 3fachen liegen.

75% davon sollen deutsche Väter sein, denen Richter mit Hilfe GWG Psychologen ihre Kinder auf ewig entziehen - wie bei den Geschwister Scholl: nicht allein der das Henkersbeil schwingt oder mit dem Messer zustößt ist ein Mörder, sondern im besonderen diejenigen, die dem Mord den Anschein von Recht geben - sie verüben einen Mord am Menschen und eine Vergewaltigung der Seele.

Man sagt: *Niemand hat Dtl. mehr geschädigt als seine Richter.*

http://www.bundesverfassungsgericht.de/organisation/vb\_merkblatt.html



- Aktuell
- Richter
- Organisation
- Pressemitteilungen
- Entscheidungen
- Bibliothek
- Links

## Aufgaben, Verfahren und Organisation - Merkblatt zur Verfassungsbeschwerde

### I. Allgemeines

Jedermann kann Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erheben, wenn er sich durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte (vgl. Art. 1 bis 19 Grundgesetz [GG]) oder bestimmten grundrechtsgleichen Rechten (Art. 20 Abs. 4, Art. 33, 38, 101, 103, 104 GG) verletzt glaubt.

Das Bundesverfassungsgericht kann die Verfassungswidrigkeit eines Aktes der öffentlichen Gewalt feststellen, ein Gesetz für nichtig erklären oder eine verfassungswidrige Entscheidung aufheben und die Sache an ein zuständiges Gericht zurückverweisen.

Andere Entscheidungen kann das Bundesverfassungsgericht auf eine Verfassungsbeschwerde hin nicht treffen. Es kann z.B. weder Schadensersatz zuerkennen noch Maßnahmen der Strafverfolgung einleiten. Der einzelne Staatsbürger hat grundsätzlich auch keinen mit der Verfassungsbeschwerde verfolgbaren Anspruch auf ein bestimmtes Handeln des Gesetzgebers.

Verfassungsbeschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen führen nicht zur Überprüfung im vollen Umfang, sondern nur zur Nachprüfung auf verfassungsrechtliche Verstöße. Selbst wenn die Gestaltung des Verfahrens, die Feststellung und Würdigung des Sachverhalts, die Auslegung eines Gesetzes oder seine Anwendung auf den einzelnen Fall Fehler aufweisen sollten, bedeutet dies für sich allein nicht schon eine Grundrechtsverletzung.

# Niemand hat Dtl. mehr geschädigt als seine Richter.

http://www.buzer.de/gesetz/7965/a152523.htm

http://www.buzer.de/gesetz/7965/index.htm

Artikel 57 2. BMJBBG Aufhebung ...

er.de §§ Gesetze ...  
kt, frei verfügbar - Sie blättern noch?  
19, Nr. 63, S. 3141-3156, ausgegeben am 29.09.2009)

Artikel-Nr. bzw. §  
Gesetzestitel,  
Abkürzung, BGBl

Volltextsuche  
im 2. BMJBBG

suchen

suchen

**Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG)**

G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614; zuletzt geändert durch Artikel 2 G. v. 05.12.2008 BGBl. I S. 2346; Geltung ab 30.11.2007, abweichend siehe Artikel 80  
[Änderungen / Synopse](#) | [13 Gesetze verweisen aus 18 Artikeln auf 2. BMJBBG](#)

<< vorheriger Artikel   nächster Artikel >>

**Artikel 57 Aufhebung des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten**

geänderte Normen: mVw. 30.11.2007 [EGOWiG](#)

## Menü

Home

Kanzlei

Themen

Scheidung

Verkehr

Arbeit

Erben & Vererben

Zivilrecht

Kontakt

Aktuelle News

## Adresse

Rechtsanwalt Stephan Neubert  
Habsburger Str. 85  
79104 Freiburg i. Br.

Tel +49 (0)761 33 08 2  
Fax +49 (0)761 26 34 5

Email  
[info@rechtsanwalt-neubert.de](mailto:info@rechtsanwalt-neubert.de)

Impressum / Haftung  
(c) Stephan Neubert 2008

## Webseite durchsuchen

Suchen



## Rechtsanwalt Stephan Neubert

Verkehrsrecht  
Scheidungsrecht  
Arbeitsrecht  
Erbrecht  
Vertragsrecht

## Aktuelle News

Montag, 3. August 2009  
[Autobild.de - Wann ist ein Auto ein Unfallwagen?](#)  
Montag, 3. August 2009  
[Kein Patentrezept im Arbeitsrecht](#)  
Montag, 3. August 2009  
[Schwitzen ist Pflicht](#)  
Montag, 3. August 2009  
[Da staunt der Chef - Gefährliche Geschenke](#)

## Aufhebung des Ordnungswidrigkeitengesetz

Veröffentlicht: 19. Mai 2009 um 13:43 · durch Webmaster  
Kategorie: [News](#), [Scheidungsrecht](#), [Urteile](#), [Verkehrsrecht](#)  
Tags: [Ordnungswidrigkeit](#), [Ordnungswidrigkeiten](#), [Ordnungswidrigkeitengesetz](#), [OWi](#), [OWiG](#), [Urteile](#), [Verkehrsrecht](#)

Das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) wurde exakt am 11.10.2007 im Bundestag zur rückwirkenden Aufhebung beschlossen, weil an jenem Tag das Einführungsgesetz für das OWiG rückwirkend aufgehoben wurde. Damit existiert seit der Bekanntgabe im Bundesanzeiger am 29.11.2007 für sämtliche Ordnungswidrigkeiten keine rechtliche Grundlage, ist auch im EGOWi §1 der Geltungsbereich weggefallen. Das Gericht/Behörde wird gerügt, sich auf Gesetze zu berufen, welche nicht mehr gültig sind und zum Schaden der Bürger sich von diesen ungerechtfertigt zu bereichern.

## Plünderung im besetzten Gebiet!

Zum Geltungsbereich einer Vorschrift bzw. Gesetz legt das Bundesverwaltungsgericht folgendes fest (diese Urteile haben in „Deutschland“ Gesetzeskraft): „Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können. Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“ (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147).

Das OVG Lüneburg 3 K 21/89 sowie das VG – Hannover 2001 hat diesen Sachverhalt ebenfalls bestätigt. Glücklicherweise gelang es, den Grund der Dinge zu erkennen.

Quelle: [webnews.de](http://webnews.de)



*Niemand hat Dtl. mehr geschädigt als seine Richter.*

Ohne EG ist das Gesetz nie eingeführt worden

Ohne Staat keine Gesetze ohne Verfassung keine legalen Gesetze oder Rechtsverordnungen

Es dürfen laut B.Bereini.G keine neuen Verordnungen erlassen werden damit auch kein FAM G als Ersatz für das FG ( 1.9.2009 ) und kein "neuerliches" GVG weiterhin ohne §15

dejure.org

Einführungsgesetz GVG

1. Abschnitt - Allgemeine Vorschriften (§§ 1 - 11)

§ 1

(weggefallen)

Titelseite

Übersicht EGGVG

§ 1 (weggefallen)

§ 2

§ 3

§ 4

§ 4a

§ 5 (gegenstandslos)

§ 6

§ 7 (gegenstandslos)

dejure.org

Einführungsgesetz StPO

§ 1

(weggefallen)

Titelseite

Übersicht EGStPO

§ 1 (weggefallen)

§ 2 (gegenstandslos)

§ 3

§ 4 (gegenstandslos)

§ 5 (gegenstandslos)

§ 6

§ 7

§ 8

§ 9

§ 10

§ 11 Überanqsregelung

Vorschrift aufgehoben durch das Erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19.4.2006 (BGBl. I S. 866) m.W.v. 25.4.2006.

*Niemand hat Dtl. mehr geschädigt als seine Richter.*

Die Polizei handelt ebenso wie die Staatsanwaltschaft nach StPO ...

Das Gericht im Zivilverfahren und der GV nach ZPO

dejure.org

Einführungsgesetz ZPO

§ 1

(weggefallen)

- ▲ Titelseite
- ▲ Übersicht EGZPO
- ▼ Rechtsprechung zu § 1 EGZPO
- ▶ § 1 (weggefallen)
- § 2 (weggefallen)
- § 3
- § 4
- § 5 - § 6 (gegenstandslos)
- § 7
- § 8 (aufgehoben)
- § 9
- § 10 (gegenstandslos)

Staatsangehörigkeitsschlüssel / KFZ-Kennzeichen / ISO-Code 3166 / ICAO-Code / Auslandsvorwahl - Mozilla Firefox

http://www.aufenthaltstitel.de/staaten/schlüssel.html

Meistbesuchte Seiten Erste Schritte Aktuelle Nachrichten PortableApps.com

### Staatsangehörigkeitsschlüssel u.a.

Diese Seite wurde zuletzt am 15.06.2008 [geändert](#).

#### Erläuterungen

- AZR = Staatsangehörigkeitsschlüssel des Ausländerzentralregister.

D	AZR	KFZ	ISO 3166	ISO 3166	ISO 3166	ICAO	TEL
Dänemark	126	DK	DK	DNK	208	OY	00-45
Deutschland	00-0	D	DE	DEU	276	D	00-49
Dominica	333	WD	DM	DMA	212	-	00-1809
Dominikanische Republik	335	DOM	DO	DOM	214	HI	00-1809
Dschibuti	230	-	DJ	DJI	262	J2	00-253
<a href="#">[Inhaltsverzeichnis]</a>							<a href="#">[Startseite]</a>
E	AZR	KFZ	ISO 3166	ISO 3166	ISO 3166	ICAO	TEL
Ecuador	336	EC	EC	ECU	218	HC	00-593
El Salvador	337	ES	SV	SLV	222	YS	00-503
<a href="#">Eritrea</a>	224	ER	ER	ERI	232	-	00-291
<a href="#">Estland</a>	127	EST	EE	EST	233	ES	00-372
<a href="#">[Inhaltsverzeichnis]</a>							<a href="#">[Startseite]</a>

18.10.2010

### Die Polizei: Dein Freund und Steinwerfer

Hamburg (Liz). In der heutigen Ausgabe des 'Hamburger Abendblatts' verraten Polizisten, daß getarnte Kollegen beim Einsatz in der baden-württembergischen Landeshauptstadt bei Demos in der



Auseinandersetzung um das Mega-Projekt "Stuttgart 21" Steine warfen, um so als "agents provocateurs" einen Vorwand für Prügel und Wasserwerfe gegen friedliche DemonstrantInnen zu liefern. Auch ist nach ihrer Aussage klar, daß der Prügel-Einsatz vom 30. September von "ganz oben, mindestens vom Innenministerium" abgesegnet war.

► Daß von verkleideten Polizisten auch schon bei den Auseinandersetzungen um Gorleben Steine geworfen wurden, ist seit Langem bekannt und auch durch Zeugenaussagen von Pastoren belegt. Neu ist allerdings, daß sich nun auch Polizisten gegen den illegalen Einsatz von Kollegen zur Wehr setzen: "Ich weiß, daß wir bei brisanten Großdemos verdeckt agierende Beamte, die als taktische Provokateure, als vermummte Steinwerfer fungieren, unter die Demonstranten schleusen. Sie werfen auf Befehl Steine oder Flaschen in Richtung der Polizei, damit die dann mit der Räumung beginnen kann," so einer der Polizisten gegenüber dem 'Hamburger Abendblatt'.

Ein anderer Polizist, der selbst beim Einsatz in Stuttgart dabei war, kritisiert, daß meist sehr junge Kollegen von den Beweis- und Festnahmeeinheiten (BFE) besonders brutal und unverhältnismäßig gegen friedliche Menschen vorgegangen seien. Es handelt sich ganz offensichtlich um Spezialeinheiten - meist völlig in Schwarz gekleidet -, die auf Kampfeinsätze und rücksichtsloses Vorgehen gedrillt sind.

In den vergangenen Tagen wurden vermehrt Meldungen in den Mainstream-Medien lanciert, wonach beim diesjährigen Protest gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben mit Gewalt und Krawallen zu rechnen sei. So verbreitet das Magazin 'focus' in der Ausgabe von dieser Woche unter Verweis auf das Bundeskriminalamt eine Warnung vor "militanten Atomkraftgegnern". Offenbar stört es gewisse "Verantwortliche", daß bei den zuletzt in den Jahren 2008 und 2006 durchgeführten CASTOR-Transporten ins Wendland die Zahl der TeilnehmerInnen stieg, der Widerstand gewaltfrei blieb und keine Bilder von Straßenschlachten produziert werden konnten. Die derzeit verbreiteten Warnungen dienen zudem dem Zweck, möglichst viele Menschen davor abzuschrecken, am 6. November ins Wendland zu fahren und sich dem Protest anzuschließen.

LINKSZEITUNG

Anmerkungen

## Zitat aus dem **Karlsruher Kommentar** – C.H. Beck **6. Auflage** **Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)** Auszug

### Erster Teil, Gerichtsbarkeit

#### § 1 [Richterliche Unabhängigkeit]

Die Richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte ausgeübt.

#### Rn 2

Art. 92 GG Bestimmt: „Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die in diesem Grundgesetz (!) vorgesehenen Bundesgerichte und durch die **Gerichte** der Länder **ausgeübt**“. Damit werden verfassungsmäßig die Richter als „besondere Organe“ (Art. 20 Abs. 2 GG) der Rechtsprechung als dritte staatliche Gewalt im System der Gewaltenteilung (!) anerkannt (BVerfGE 26, 141, 155). Es sind also Gesetzgeber und Verwaltung von jeder rechtsprechenden Tätigkeit ausgeschlossen. Der Gesetzgeber (!) verwendet auch den Begriff **Gericht**. Nach der Rspr. Des BVerfG handelt es sich um staatliche (BVerfGE 14, 57), unabhängige und von den Verwaltungsbehörden hinreichend getrennte (BVerfGE 54, 159, 166) Organe der Gesetzanwendung mit einem rechtsförmlichen Verfahren (BVerfGE 4, 74, 92), deren Tätigkeit durch unabhängige und unbeteiligte Dritte ausgeübt wird (BVerfGE 54, 159, 166; vgl. auch Katholnigg Rn 2 mwN).

#### Rn 3

Art. 97 Abs. 1 GG garantiert die Unabhängigkeit der **Richter**. Sie sind insbesondere soweit sie Recht sprechen, nur dem Gesetz unterworfen. § 1 GVG und § 25 DRiG wiederholen – fast gleichlautend – diese Aussage. Die richterliche Unabhängigkeit, ursprünglich im Kampf gegen die absolutistische Kabinettsjustiz erstritten zur Abwehr monarchistischer Eingriffe in die Rechtsprechung (Papier NJW 2001, 1089; Schaffer BayVBI 1991, 641), ist heute wesentlicher Bestandteil des gewaltengliedernden Verfassungsstaates des Grundgesetzes (Papier NJW 2001, 1089; vgl. Redecker NJW 2000, 2798; Sandler NJW 2001, 1256; 2002, 1909). Diese gewährte Unabhängigkeit ist – wie der BGH mehrfach betont hat – **kein** Ständesprivileg der Richter (BGHZ 67, 187; 112, 193). Sie soll vielmehr die ausschließliche Bindung des Richters an **Gesetz und Recht** gegen sachfremde Einflussnahme von außen sichern. Ohne diese Bindung kann es keine geordnete Rechtspflege geben, ist der Staat nicht in der Lage, seine **Justizgewährleistungspflicht** zu erfüllen.

#### Rn 4 Seite 2386 - ab Willkür

**Willkür** liegt vielmehr erst dann vor, wenn die Entscheidung unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt vertretbar ist und sich daher der Schluss aufdrängt, dass sie auf sachfremden Erwägungen beruht (BVerfGE 62, 189, 192; 86, 59, 62; BVerfGE NJW 1993, 997; 1996, 1049). Aber im Spannungsfeld zwischen Gesetzesbindung und Unabhängigkeit steht die **Bindung an andere Gerichtsentscheidungen**; sie sind zu beachten, wo das Gesetz sie ausdrücklich vorschreibt (z. B. in §§ 211, 358 Abs. 1 StPO, 565 Abs. 2 ZPO), auch wenn das Gericht die andere Entscheidung für falsch hält (BVerfGE 12, 67; Katholnigg § 1Rn 7). So ist bei der Entscheidung über den Verbrauch der Strafklage nach § 211 StPO das Gericht an eine als falsch erkannte Rechtsauffassung gebunden, die der frühere Richter der rechtskräftigen Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens zugrundegelegt hat (BGHSt 18, 225). Die sachliche Unabhängigkeit wirkt auch **innerhalb der Gerichtsbarkeit** und im Innenverhältnis einer Gerichtskammer (BVerfG NJW 1996, 2149).

### Fazit:

Das **GVG** setzt das **Grundgesetz**, den **Staat**, das **staatliche Gericht**, den **gesetzlichen Richter**, die **Unabhängigkeit der Richter** und die **Gewaltenteilung** als Grundlage für die **Gerichtsbarkeit** voraus.

*T I N G unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

# Das Grundgesetz kennt keine Steuerpflicht

## Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent geschah ohne gesetzliche Grundlage

Zu dem Bericht »Steuerfahnder in Bäckereien«:

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem 1. Januar 2002 kein in Kraft befindliches Umsatzsteuergesetz, weil das im BGBI veröffentlichte UStG gegen den Art. 19 I 2 des Grundgesetzes, das sog. Zitiergebot verstößt. Mit dem Einführen des § 27b UStG, genannt Umsatzsteuer-Nachschau, wurde das UStG zitierpflichtig, weil nun mit Hilfe dieses Gesetzes der Art. 13 GG, die Unverletzlichkeit der Wohnung, eingeschränkt werden sollte. Ein Gesetz, das jedoch ein Grundrecht einschränkt, muss dieses Grundrecht im Wortlaut zitieren und auf die Einschränkung hinweisen. Z.B. nachzulesen in der Abgabenordnung der dortige § 413 (Einschränkung von Grundrechten). Im Art. 19 I 2 GG steht ausdrücklich, dass zitiert werden muss, die Rechtsfolge ist die Nichtigkeit des ganzen Gesetzes mit dem Inkrafttreten,

um Auswüchse, wie sie im Dritten Reich per Gesetz legalisiert wurden, sofort und ohne Grundrechtsverletzungen zu verhindern. Eine Vorlage des Gesetzes vor das Bundesverfassungsgericht ist nicht möglich, da Art. 19 I 2 GG Gesetzeskraft besitzt, die Nichtigkeit des Gesetzes nicht noch ein weiteres Mal festgestellt werden kann und darf, alle Verwaltungsakte, Umsatzsteuerbescheide, Durchsuchungen, Festnahmen sowie auch das Kassieren der Mehrwertsteuer durch den Handel ist mangels eines gültigen Umsatzsteuergesetzes nichtig. Selbst die Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent geschah ohne eine gesetzliche Grundlage. Dieses ist der wohl bisher dreisteste Fall von Verfassungsbruch in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit sind inzwischen unzählige Verfahren und Klagen wegen der Nichtigkeit sämtlicher Umsatzsteuer-

bescheide seit dem 1. Januar 2002 anhängig. So lange jedoch der Bundesbürger insbesondere der Finanzverwaltung im vorauseilenden Gehorsam folgt und sich nicht mit seinen grundgesetzlich verbürgten Rechten gegen die Gesetzlosigkeit und Willkür des Fiskus wehrt, bleibt ihm nichts anders übrig, als sich bis zur persönlichen wie wirtschaftlichen Existenz vernichten zu lassen.

Die deutsche Finanzverwaltung steht bis heute noch immer mit dem auch für sie verbindlichen Grundgesetz auf Kriegsfuß, denn entgegen der einmal in Deutschland gültig gewesenen Weimarer Verfassung sieht das deutsche Grundgesetz keine Steuerpflicht des Bürgers kraft Verfassung vor, so dass den Bürger dessen Grundrechte auch gegenüber Eingriffen aber insbesondere Übergriffen der Finanzämter schützen. Im Jahr 2002 hat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof

in einem bemerkenswerten Aufsatz geschrieben: »Der Rechtsgedanke scheint im Steuerrecht verloren gegangen zu sein. Im Steueralltag redet der Finanzbeamte mit dem Steuerpflichtigen weniger über das Gesetz, sondern mehr über seine dienstlichen Anweisungen, über Richtlinien und Erlasse. Er kennt das Gesetz vielfach nicht. Es interessiert ihn (den Finanzbeamten) auch nicht, er vollzieht seine dienstlichen Weisungen. In soweit müssen wir auch im Steuerrecht diesen Rechtsstaat wieder elementar neu errichten.« Dem ist gegenwärtig nichts hinzuzufügen.

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

## *kein Staat BRD*

Nicht nur das Urteil BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73 mit Gesetzeskraft, für die BRD und Ihre Angehörigen belegt, dass die BRD und ihre Organe auch niemals ( das keine Rechtsnachfolge ) Besitzrecht auf dem Gebiet des Deutschen Reichs ausüben darf und durfte: Simpson Doktrin und Briand Kellog Pakt im Völkerrecht

Ihr Vorgehen widerspricht vom 1. Tag dem hier zu Grunde liegenden römischen Rechts, des „uti possidetis, ita possideatis“

= demjenigen, der das Besitzrecht ausüben will, muss es auch gehören.

[http://geschichte.bayernpartei.de/?page\\_id=5](http://geschichte.bayernpartei.de/?page_id=5)

<http://www.goldseitenforum.de/index.php?page=Thread&postID=369680&s=19edc8c852c76c4d134e3e2b57979b2ce76430ae#post369680>

# Die Geschichte der Bayernpartei

## 1947: Urprogramm

*Das Programm musste zur Vorlage und Genehmigung durch die Besatzungsbehörden in englischer Sprache ausgefertigt werden.*

"Bayernpartei"

Program

1. After the breakdown of the Hitler Reich and after the cessation of the German Reich as a state by surrender, we have the following objectives:
  1. The complete reorganisation of the Bavarian State under maintenance of German Economic Union b) The creation of the "United States of Europe" on the basis of self-determination and the equality of rights for all European States and Länder.
  2. Organization and development of a Pan-European Economic Union with the objectives of being connected to the World Economic Union.
  3. Establishment of a Pan-European (Economic Union) security council, which simultaneously will be a link to the world security council.
  4. Foundation of a World State
2. We are aiming at repatriating all evacuates and foreigners to their countries in order to get room for the refugees from the East.

**EUROPA**

regional und demokratisch  
gestalten: ★

Unser  
**WAHLPROGRAMM**  
(bitte hier klicken)

Grüß Gott!  
Impressum/Datenschutz  
**Mitglied werden!**

### Inhalt

- » >> Grüß Gott!
- » Literatur
- » Personen
  - » JBB-Vorsitzende
  - » Parteivorsitzende
- » Programme
  - » 1947: Urprogramm
  - » 1949: Grundsatzprogramm
  - » 1956: Grundsatzprogramm der FU
- » Texte
  - » 1955 bis 1961: Die Spielbankenaffäre
  - » 1996: Geschichte des JBB
  - » 2004: Epochen der Bayernpartei

# *T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

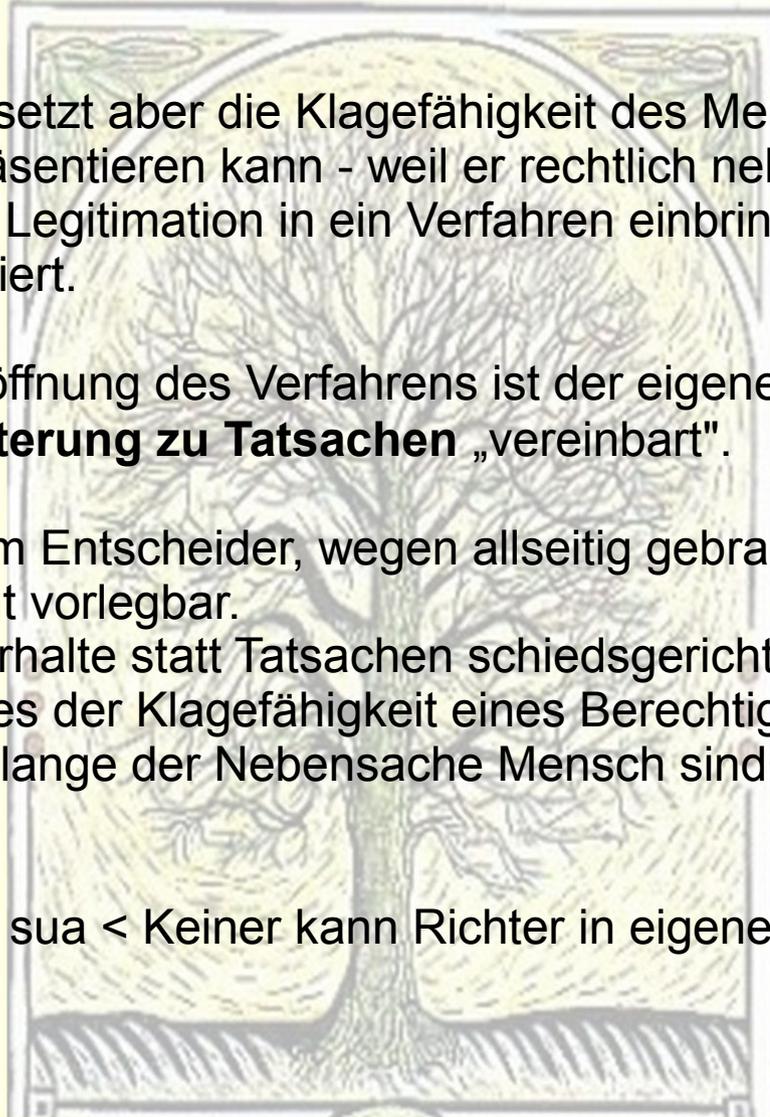
Ein Gerichtsverfahren setzt aber die Klagefähigkeit des Menschen voraus, der sich - nicht selbst repräsentieren kann - weil er rechtlich nebensächlich ist, und NUR die rekrutierende Legitimation in ein Verfahren einbringt, welche das Verfahren selbst generiert.

Mit Einlassung und Eröffnung des Verfahrens ist der eigene **Verzicht** und die **Entbindung von Erörterung zu Tatsachen** „vereinbart“.

Die Tatsachen sind dem Entscheider, wegen allseitig gebrauchter Anscheinsvollmachten direkt nicht vorlegbar.

Es werden nur Sachverhalte statt Tatsachen schiedsgerichtlich entschieden, weil zur Klageführung es der Klagefähigkeit eines Berechtigten / des Rechtsfähigen bedarf - die Belange der Nebensache Mensch sind nicht erörterungsfähig !

> nemo iudex in causa sua < Keiner kann Richter in eigener Sache sein



[Völkerstrafrecht](#) Von Gerhard Werle, Florian Jessberger

1 Rezension  
 Rezension schreiben  
 Über dieses Buch

hlko

Zu meiner Bibliothek hinzufügen

**Dieses Buch erwerben**  
[Mohr Siebeck](#)  
[Amazon.de](#)  
[Buch.de](#)  
[Buchkatalog.de](#)  
[In einer Bibliothek suchen](#)  
[Buchhandlungen in Ihrer Nähe suchen](#)  
[Alle Händler »](#)

**Ähnliche Bücher**

Alle ähnlichen Bücher

Seiten werden mit Genehmigung von [Mohr Siebeck](#) angezeigt. [Urheberrecht](#).

Inhalt Seite 460

Ergebnis 11 von 24 in diesem Buch für hlko - [Zurück](#) [Weiter](#) - [Alle anzeigen](#) [Suche](#)

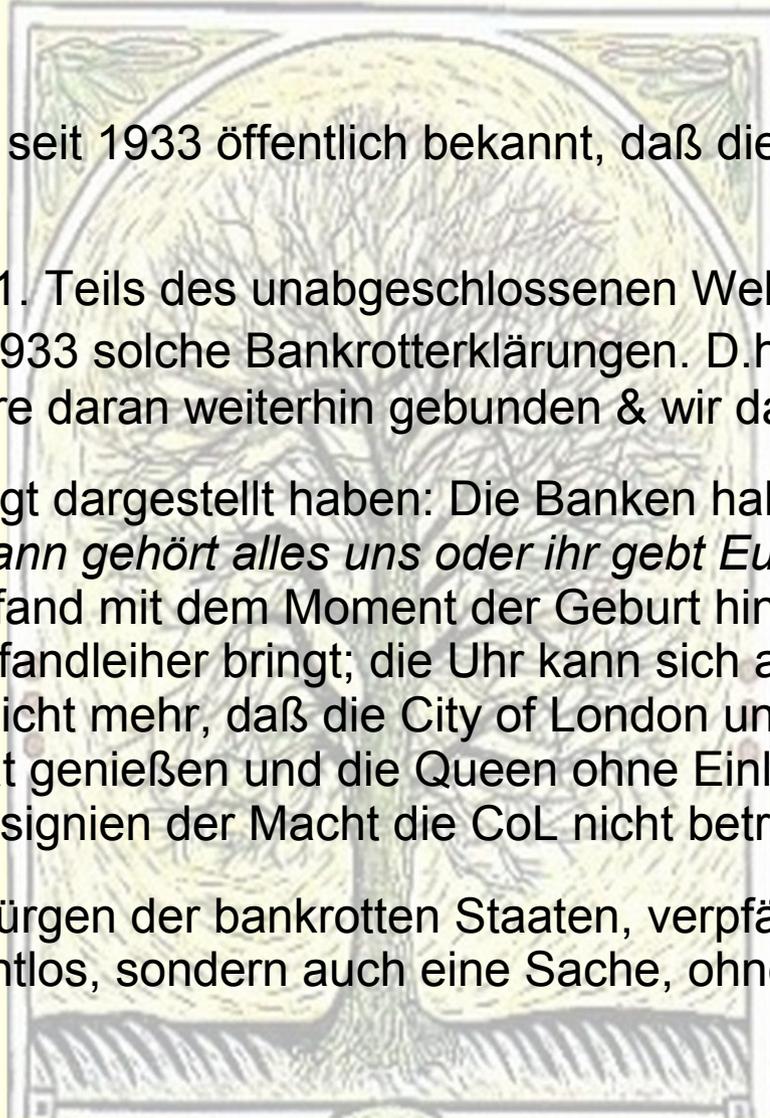
berücksichtigt werden.<sup>533</sup>

**1123** In einem Doppelschritt ist zu überprüfen, ob Enteignungen vom humanitären Völkerrecht gedeckt sind. Dabei muss zunächst herausgearbeitet werden, ob die fragliche Handlung überhaupt zulässig sein kann. Dies ist beispielsweise bei der Plünderung nicht der Fall, die gemäß Art. 47 **HLKO** ausdrücklich und ausnahmslos verboten ist. Hier kommt eine Rechtfertigung durch militärische Erfordernisse nicht in Betracht.<sup>534</sup> Das Gleiche gilt für die Beschlagnahme von herausragenden Kulturgütern, gegen die gemäß Art. 53 a) Zusatzprotokoll I, Art. 16 Zusatzprotokoll II „keine feindlichen Handlungen“ gerichtet werden dürfen.<sup>535</sup> Zivile Krankenhäuser dürfen nur in Ausnahmefällen beschlagnahmt werden (vgl. Art. 57 Genfer Abkommen IV).<sup>536</sup> Gemäß Art. 46 Abs. 2 **HLKO** darf Privateigentum von der Besatzungsmacht nicht eingezogen werden. Allerdings ist dieses Verbot, anders als es zunächst den Anschein hat, nicht absolut, wie sich aus den folgenden Regelungen der **HLKO** ergibt. Gemäß Art. 53 Abs. 2 **HLKO** können kriegswichtige Güter, die im Privateigentum stehen, beschlagnahmt werden. Privateigentum, das nicht kriegswichtig ist, ist hingegen absolut geschützt.

**1124** Soweit die Enteignung einer Sache nicht bereits durch eine spezielle Regelung untersagt wird, ist in einem zweiten Schritt zu überprüfen, ob die Enteignung durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt ist. Die Formulierungen in Art. 8 Abs. 2 a) iv) und Abs. 2 b) xiii) bzw. Abs. 2 e) xii) IStGH-Statut unterscheiden sich hier graduell. Während im ersten Fall schlicht die „militärischen Erfordernisse“ genannt werden, wird im zweiten Fall von „zwingend geboten[en]“ „Erfordernissen des Krieges“ gesprochen. Diesem sprachlichen Unterschied entspricht kein sachlicher, da in beiden Fällen nur die Formulierungen der zu Grunde liegenden Vorschriften des humanitären Völkerrechts übernommen wurden.<sup>537</sup> Inhaltlich werden diese Voraussetzungen häufig in speziellen Regeln des humanitären Völkerrechts konkretisiert; hier kommt es zu gewissen Überschneidungen mit der zuvor erörterten Frage nach der grundsätzlichen Zulässigkeit einer Handlung. Zu bedenken ist, dass nicht jede Maßnahme, die militärisch sinnvoll erscheint, etwa

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

- > zumindest von den USA ist seit 1933 öffentlich bekannt, daß diese unter Bankrott handelt ( UCC )
  - > alle beteiligten Länder des 1. Teils des unabgeschlossenen Weltkrieges unterschrieben in Wien zwischen 1928 und 1933 solche Bankrotterklärungen. D.h. im *Deutschen Reich* / seinem Rechtsnachfolger wäre daran weiterhin gebunden & wir damit weiterhin versklavt
- der Ablauf könnte sich wie folgt dargestellt haben: Die Banken haben den Staaten erklärt: *entweder ihr seid Bankrott, dann gehört alles uns oder ihr gebt Euer Pfand und das sind die Bürger* - sie wurden als Pfand mit dem Moment der Geburt hinterlegt - identisch wie man eine goldene Uhr zum Pfandleiher bringt; die Uhr kann sich auch nicht dagegen wehren. Nun verwundert es nicht mehr, daß die City of London und die BIZ sowie ihre Angestellten Extraterritorialität genießen und die Queen ohne Einladung des Lord Majors nach dem Ablegen all ihrer Insignien der Macht die CoL nicht betreten darf.
- Was sind wir „Bürger“ - nur Bürgen der bankrotten Staaten, verpfändete „goldene“ Uhren und damit nicht nur völlig rechtlos, sondern auch eine Sache, ohne Sachen“recht“, denn sie ist ja verpfändet.



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

- globalisierte Wirtschaft <=> BIZ - Bankensysteme

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ihre Statuten so geändert, dass alle **europäischen Zentralbanken**, auch die der sozialistischen Länder (mit Ausnahme der Sowjetunion und der DDR) Mitglieder wurden. BIZ / Basel verwaltet Teile der internationalen Währungsreserven und gilt **als Bank der Zentralbanken der Welt - eines D E R Machtzentren der Welt.**

- Die BIZ ist eine internationale Organisation und mit **eigenem Rechtsstatus**.

Obwohl es sich formal um eine schweizerische Aktiengesellschaft handelt, gilt die BIZ nach dem Haager Vertrag als eine internationale Organisation und ist damit dem **Völkerrecht** unterworfen

Peter Odintsov – Interview with a Swiss banker done in Moscow 30.05.2011

## **Attentate wurden von Schweizer Banken finanziert**

*„Der Geheimfond - es geht um nicht verbuchte **Billionen** - der Bank dient mittels Barauszahlungen für Attentate, um Streiks und Revolutionen sowie Parteien zu finanzieren. Ich weiss, dass einige Personen, die Bilderberger sind, die Tötungsbefehle erteilten. Sie zerstören unsere Industrie und ganze Nationen mittels „Staatsbankrott“. Sie wollen alle Werte zerstören, für die die Schweiz steht; Ihr wirkliches Ziel ist es, Europa zu zerstören“.*

# T I N G

- in der „Tradition der Ostindien Company

ihre Gewinnmaximierung erfolgte durch Sklavenverschiffung in die us Südstaaten, Verbringung der Baumwolle zu engl. Bauern, Verkauf der minderwertigen Kleidung nach Indien ( Verbot der Kleidungsproduktion ) und dem Halten der Chinesen in der Opiumabhängigkeit. = < Globalisierung > heute



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

- Ostindien Company  
Protektionismus dient dem Aufbau und dem Wohlstand des eigenen Volkes  
eine Feudale = Sklavengesellschaft ist für kreative Entdeckungen ungeeignet
- Lord Shellburn = Chef des geheimen Nachrichtendienstes der Ostindien Company ( Nachfolger Lord Palmerston ) das System der Sklaverei diente als Mittel die USA zu spalten und so die Kontrolle zurück zu bekommen
- Adam Smith nannte das Sklavereisystem der Ostindien Company **Freihandel - heute Globalisierung** - dieses zerstörte auch tatsächlich den amerikanischen Süden. Die engl. königl. Afrika Gesellschaft brachte die Sklaven nach USA
- 75% der Baumwolle der Südstaatenplantagen kamen nach England; engl. Bauern verarbeiteten zu Hungerlöhnen diese zu Textilien geringer Qualität
- diese kamen nach Indien, denen England verbot für sich selbst zu produzieren; bezahlt wurde mit Opium, welches nach China gebracht wurde und dort teuer verkauft - dort wurden gewaltsam Millionen abhängig gemacht
- < die Existenzgrundlage des brit. Imperiums - kein Teil durfte herausbrechen, da dann das Gesamte zusammen brechen würde

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

## A S G A R D - *Heimatland der freiheitsliebenden Asen*

Rechtskreise  
isolierte  
Betrachtung

bankrotte &  
„Staaten“ mit VETO -  
Recht in der UNO

Befreiung  
aus dem  
Rechtskreis

BRD Verwaltungsmit-  
glieder - erkennen  
GG an, gültige BGBI.

UN / UNO  
Treuhand  
Charta XI 73 ff

B R D  
alliierten Fremdverw.  
Treuhandgebiet ?

B I Z

HGB: Pfandsachen  
zahlungspflichtige  
Bürgen / Treuhänder

„anerkannte“ = unter-  
worfen, damit unfreie  
Staaten { NL }

B I Z

c.d.m.  
unbeseelte Entitäten  
genannt Personen

*Asgard*

die Menschen  
überpos. NR

*staatl. Schutzgemeins.*

Eigentümer von Staat und den Bürgen sind die jeweiligen Landesbanken, welche der BIZ in Basel „unterstehen“



# Staat

Aufgabe der Parteien und der Politik: Aufrechterhaltung der Illusion von Staat und gesellschaftlicher Ordnung damit die Pfandsache „Mensch“ unwidersprochen dafür sorgt, daß das System weiter funktioniert

Kontrolle kommt von „Gottes Gnaden“ - vom unfehlbaren Papst, den Jesuiten und der Vatikanbank. Dabei ist der wahre Herrscher der Jesuitengeneral

Durch die Geburtsurkunde wird der Staat zum Treuhänder {Rechtsmacht „zu treuen Händen“} über den Menschen, welcher dem Staat von den Eltern {Treugeber} „anvertraut“ ( Standesamt registriert Geburt und Name ) und damit zum Bürger {röm. Recht} wird - die Pfandsache welche sich für den Staat zu verbürgen hat.



Ein Staat ist die tote Entität einer Sache / juristischen Person - eine K.d.ö.R. Diese kann nur mit Sachen interagieren; so beweist ein Paß, daß eine tote Entität vorliegt



Der Mensch / der Bürger wird selbst zum Treuhänder durch die Nutzung der „staatseigenen“ Landeswährung und Dokumente, welche immer im Staats-eigentum verbleiben.



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*



Durch die BRD unzulässige Abänderungen des Reichs BGB

§ 259 [Rechenschaftsablegung und eidesstattliche Versicherung]

(1) Wer verpflichtet ist, über eine mit Einnahmen oder Ausgaben verbundene Verwaltung Rechenschaft abzulegen,..

(2) Besteht Grund zu der Annahme, daß die in der Rechnung enthaltenen Angaben über die Einnahmen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gemacht worden sind, so hat der Verpflichtete auf Verlangen zu Protokoll an Eides Statt zu versichern, daß er nach bestem Wissen den Bestand so vollständig angegeben habe, als er dazu imstande sei.

(3) In Angelegenheiten von geringer Bedeutung besteht eine Verpflichtung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nicht.

§ 261 [Abgeben einer eidesstattlichen Versicherung]

(1) Die eidesstattliche Versicherung ist, sofern sie nicht vor dem Vollstreckungsgericht abzugeben ist, vor dem Amtsgericht des Ortes abzugeben, an welchem die Verpflichtung zur Rechnungslegung oder zur Vorlegung des Verzeichnisses zu erfüllen ist. Hat der Verpflichtete seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt im Inlande, so kann er die Versicherung vor dem Amtsgericht des Wohnsitzes oder des Aufenthaltsorts abgeben.

(2) Das Gericht kann eine den Umständen entsprechende Änderung der eidesstattlichen Versicherung beschließen.

(3) Die Kosten der Abnahme der eidesstattlichen Versicherung hat derjenige zu tragen, welcher die Abgabe der Versicherung verlangt.

BGB W. Herlet Verlag Ausgabe des Jahres 1900

§259

(2) Besteht Grund zu der Annahme, daß das Verzeichnis nicht mit der erforderlichen Sorgfalt aufgestellt worden ist, so hat **der Verpflichtete auf Verlangen den Offenbarungseid zu leisten**, daß er nach bestem Wissen den Bestand so vollständig angegeben habe, als er dazu imstande sei.

§261

(1) Der **Offenbarungseid** ist, sofern sie nicht vor dem Prozessgericht zu leisten ist, vor dem Amtsgericht des Ortes zu leisten, ..

(2) Das Gericht kann eine den Umständen entsprechende Änderung der **Eidesnorm** beschließen.

(3) Die Kosten der Abnahme des Eides hat derjenige zu tragen, welcher die **Leistung des Eides** verlangt.

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

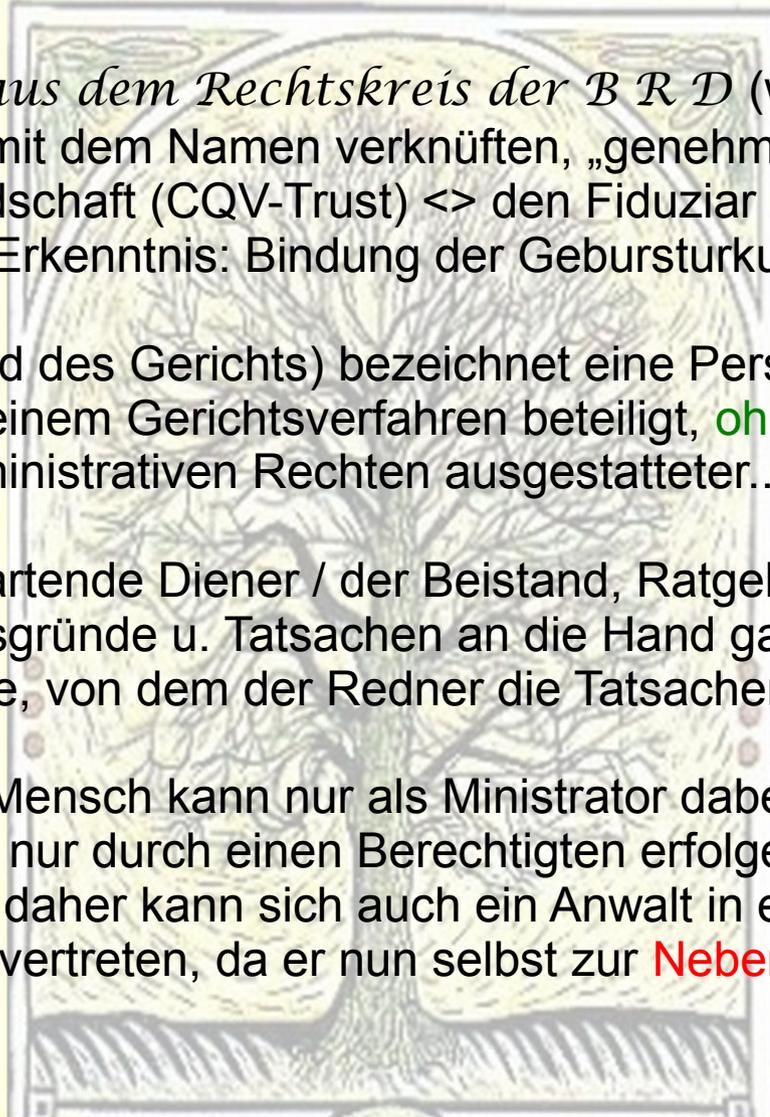
Ziel der PSE *Befreiung aus dem Rechtskreis der B R D* (was jedoch nicht genügt)  
Steffen => der Fiktion ( mit dem Namen verknüpften, „genehmigten“ Übernahme )  
der Treuhandschafft (CQV-Trust) <> den Fiduziar zu entziehen  
- heutige Erkenntnis: Bindung der Gebursturkunde an den CQV Act

## Lösung:

Amicus Curiae (lat.: Freund des Gerichts) bezeichnet eine Person oder eine Organisation, die sich an einem Gerichtsverfahren beteiligt, **ohne selbst Partei zu sein** {jemand, mit (ad)ministrativen Rechten ausgestatteter..}

Der Ministrator - der aufwartende Diener / der Beistand, Ratgeber, der dem gerichtl. Redner die nötigen Rechtsgründe u. Tatsachen an die Hand gab, auf die er seinen Vortrag gründete ( = Zeuge, von dem der Redner die Tatsachen entnimmt).

=> der beseelte, lebende Mensch kann nur als Ministrator dabei sein, da keine Person.  
Die Klageführung kann nur durch einen Berechtigten erfolgen, der selbst Klagefähigkeit besitzt - daher kann sich auch ein Anwalt in eigener Sache nicht selbst erfolgreich vertreten, da er nun selbst zur **Nebensache** wurde.



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

## *Menschwerdung: der Mensch und die legale Fiktion*

Briefkopf

Initialen

- alleiniger Ministrator für den natürlichen, beseelten und lebendigen Menschen

Text

als alleiniger Ministrator, der nicht Partei ist, bin ich von dem natürlichen, beseelten und lebendigen Menschen gebeten worden, zu ministrieren und Sie zu informieren, daß Ihr gesendeter, nicht unterschriebener Entwurf den Adressaten nicht erreichen kann.

Die Fiktion einer legalen Person \_\_\_\_\_, die Sie zu erreichen versuchen ist gemäß CQV unerreichbar {nicht lebend gemeldet}. Der CQV-Trust mit der Nr. (Ihr AZ: \_\_\_\_\_) wurde geschlossen; dadurch ist kein Gebrauch mehr möglich.

Alle Erklärung des Menschen sind im Rathaus hinterlegt; dort können Sie weitere Info beziehen.

Initialen = Unterschrift

alleiniger Ministrator für den freien, natürlichen, beseelten und lebendigen Menschen

\_\_\_\_\_ der alleinige Namensinhaber,

ewig, uneinschränkbarer Begünstigter als treugebender Direktor

Hinweis: es existiert kein Treuhänder mehr, welcher im Sinne, im Auftrag oder durch die

BRD oder einen anderen "Auftraggeber" in Anspruch genommen werden kann

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Was ist der Mensch hier und heute ?

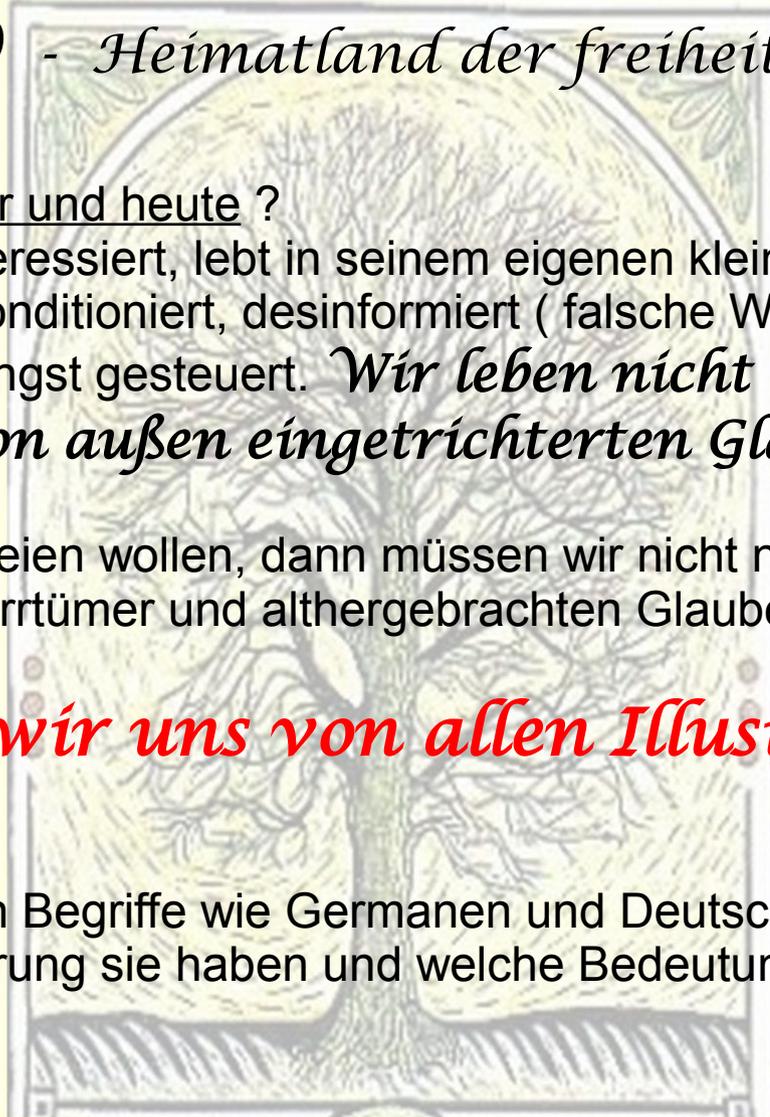
er ist unbewußt, desinteressiert, lebt in seinem eigenen kleinen Hamsterrad, komplett manipuliert, konditioniert, desinformiert ( falsche Wahrheiten, Propaganda, Parolen ) und Angst gesteuert. *Wir leben nicht die Realität, sondern die uns von außen eingetrichterten Glaubensmuster*

Also: wenn wir uns befreien wollen, dann müssen wir nicht nur alle Ketten lösen, sondern auch alle Irrtümer und althergebrachten Glaubensmuster aufgeben

1. Aufgabe: *Lösen wir uns von allen Illusionen*

1. Frage: wer sind wir ?

wir verwenden Begriffe wie Germanen und Deutsche, ohne zu wissen welchen Ursprung sie haben und welche Bedeutung ihnen zugewiesen wird



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

*verschiedene Volksstämme - vereint durch ihr Indigenat*

<http://www.wer-weiss-was.de/theme143/article5418452.html>

<http://www.milanstation.de/cgi-bin/yabb24/YaBB.pl?num=1311233049/0#0>

zur Herkunft des Wortes „deutsch“:

**- achtet auf die Begriffe und Namen -**

Zum Ursprung von „deutsch“ + „Deutsche“ gibt es viele „Deutungen“.

In der von der „politischen Korrektheit“ bestimmten Literatur steht, dass „deutsch“ von „diot“ / „diota“ / „thiota“ = „Volk“ stamme.

Das ist eine Verdrehung. „Volk“ hieß früher „folc“ / „folk“, „fulka“.

In althochdeutschen / germanischen Wörterbüchern steht zu „dio“ /

„diotuum“ / „dionost“ = „**Knechtschaft**“ / „Sklaventum“, „**Sklaverei**“,

=> „thiob“ = „Dieb“, „thior“ = „Tier“ => also Tieren gleich,

„diotliut“ = „heidnische = dumme / ungebildete Leute“ („Volk der Heiden“)

Im gotischen Wörterbuch aufbauend auf der gotischen Christenbibel, der

Wulfila-Bibel „Deutsche“ => „zum Heiden-Volk gehörig“ mit dem Wort

*thiudisko* => „dius“ = „**(wildes) Tier**“, „thius“ = „**Hausklave**“.

Das Haupt-Ursprungswort ist „thiudisk“ hieß nur „heidnisch“ (Volksprache) und darüber hat sich „deutsch“ für uns eingebürgert

<http://www.fastwalkers.de/00000198670085403/index.html>

Erhard Landmann (12. Mai 2010): In vielen Sprachen hat man „deot,

teot,diut“ mit dem Wort „Gott“ übersetzt., obwohl es nur „te ot, de ot, de od“,

die Galaxie „Od, Ot“ ist. So ist „Deot diota“ das „Volk“ aus Ot“,

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

**A S G A R D** - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Am 19.10.2011 fuhren Johann und ich nach Den Haag ( ich sage aus ganzem und freudigen Herzen **tausend Dank** an für die Fahrt, seine Begleitung, Unterstützung ... )

1. Haltepunkt der Reise:

IStGH, ein Gerichtshof in dem nur Individuen angeklagt werden können  
Es existieren bzw. sind tätig für die gesamte Welt mit ca. 7 Milliarden  
Menschen 6 Richter: **Ghana** Akua Kuenyehia, **Bolivien** René Blattmann,  
**Costa Rica** Elizabeth Odio Benito, **Südkorea** Sang-Hyun Song, **Deutschland** Hans-Peter Kaul, **Mali** Fatoumata Dembélé Diarra !

Aus dem OTP Information Desk kamen 2 Mitarbeiter, die mir mitteilten, daß mein Fall niemals wirklich angenommen werden wird, da das Dramatische, was in Afrika passiert ( Ruanda & Kongo wurden als Bsp. genannt ), der gesamten Aufmerksamkeit des IStGH bedarf

< Illusion, daß ein IStGH für Menschen in Europa einen Finger rühren wird >

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Am 19.10.2011 fuhren Johann und ich nach Den Haag ( ich sage aus ganzem und freudigen Herzen **tausend Dank** an für die Fahrt, seine Begleitung, Unterstützung ... )

1. Haltepunkt der Reise: Resümé - IStGH

ist ein zahnloser Tiger; eine Farce für die Welt, die glauben soll, daß es so etwas wie Recht für jedermann und jede Frau gibt. Wie auch in der BRD, welche einen der 6 Richter stellt. Es existiert nur „Hollywood“, eine Illusion, inszeniert, um die Menschen ruhig zu stellen / ruhig zu halten. Evtl. mag die Flut an Klagen gegen die BRD auch etwas dazu beigetragen haben; evtl. hat auch der deutsche Richter Hans-Peter Kaul „hausintern“ interveniert {gemäß Vorgabe} - sicher ist nur eines: die weltweite Macht: UN / UNO, welche sowieso im Dezember 2009 ( zum Glück erfolglos ) bereits als die Eine Weltregierung ( NWO ) fest installiert werden sollte, ist auch eine hier eine feste Größe ( der UN - Daumen nach unten = Exitus ) !

Konsequenz für uns: *Lebe als der Souverän, der Du bist*

*und übernehme Verantwortung - lebe frei !*



*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

abschließender Haltepunkt der Reise - Department of foreign affairs:  
über 3 „Vorstufen“ kam dann Frau N. R.

Diese teilte uns mit, daß sie unsere Ratifizierung der HLKO ( Beitritt zur HLKO ) nicht annehmen kann / wird, da wir keinen Staat repräsentierten. Auf meine Frage, weshalb „wir keinen Staat repräsentierten“ - weil dieser nicht von der UN anerkannt und dort gelistet ist.

Auf meinen Hinweis auf die Staaten in der UNPO Liste, meinte sie nur, daß sie dieses nicht kenne.

Der Haupttext der Haager Konvention „betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs“ - wir beriefen uns direkt auf die Artikel 3 und 4

<3> Diese Übereinkunft soll sobald wie möglich ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Den Haag hinterlegt werden. Über die Hinterlegung jeder Urkunde soll eine beglaubigte Abschrift allen Vertragsmächten auf zugeleitet werden

<4> **Die Nichtsignatarmächte können dieser Übereinkunft beitreten.** Sie haben zu diesem Zwecke ihren Beitritt durch eine schriftliche Benachrichtigung bekanntzugeben, die an die Regierung der Niederlande zu richten ...

*T I N G unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

*A S G A R D - Heimatland der freiheitsliebenden Asen*

Resümee - HLKO Registratur im NL - Department of foreign affairs :  
seit wann ist eine einfache Mitarbeiterin so weit oben in der Entscheidungshierarchie, daß sie entscheiden kann, was Staat ist und was nicht bzw. die Dokumente und damit die Eintragung verweigern kann.

Auf mich machte Frau N. R. einen fast verschüchterten Eindruck und war dabei „krampfhaft“ bemüht, uns abzuschütteln { wundert nicht; als Teil des Systems kann sie kein Souverän sein }.

Wiederum blockt alles die UN - welches uns einmal als zahlungspflichtigen „Treuhand“ nicht verlieren will und zum Anderen niemanden in seine Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung entlassen kann.

**Jede Souveränität des Menschen und die Schutzgemeinschaft seines eigenen Staates, der noch dazu UN unabhängig agiert, ist die größte Gefahr des Plans der NWO !**

- Warum wird wohl überall zu Revolutionen aufgerufen ?  
um über das Chaos mittels Waffengewalt die NWO zu installieren.

*T I N G unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

*A S G A R D - Heimatland der freiheitsliebenden Asen*

*Lebe als der Souverän, der Du bist  
und übernehme Verantwortung - lebe frei!*

Also nicht nur beim IStGH sondern ebenso bei der Registrierung der NL Regierung als Unterzeichnerstaat für die HLKO werden alle öffentlich zugängliche Information als Lügengebilde entlarvt.

Es existiert weder irgend-  
ein Gerichtshof, der  
wahrhaftig für die Men-  
schen da ist - sondern  
nur Illusionen:  
EuGH, IGH, IStGH ...

*Wie konnten wir nur  
denken, das Neue & das  
Alten zu verbinden?*



The screenshot shows a web browser window with the URL [http://www.mpil.de/ww/de/pub/forschung/forschung\\_im\\_detail/publikationen/institut/r](http://www.mpil.de/ww/de/pub/forschung/forschung_im_detail/publikationen/institut/r). The page is from the Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. The main content is titled "Deutsche Rechtsprechung in völkerrechtlichen Fragen 1986 - 1993" and specifically "320. ANERKENNUNG VON STAATEN". The article text reads: "Nr.89/1 Ein neuer Staat erwirbt seine Völkerrechtspersönlichkeit unabhängig von seiner Anerkennung oder Nichtanerkennung durch die bloße Tatsache seines Entstehens; die in der Anerkennung liegende Feststellung, daß der Staat entstanden sei, ist nur deklaratorischer Natur. A new state becomes a subject of public international law ipso facto, irrespective of its recognition or non-recognition by other states. Any recognition is only declaratory in nature." The article is attributed to "Oberverwaltungsgericht Münster, Urteil vom 14.2.1989 (18 A 858/87), NVwZ 1989, 790 (ZaöRV 51 [1991], 191) (s.310 [89/1])". The page footer includes the year 2011, the Max-Planck-Institut name, and the logo of the Max-Planck-Gesellschaft.

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Die OVG Entscheidung ist korrekt im Sinne des Völkerrechts; aber der Vorgang als solches wird von der Macht der etablierten Scheinstaaten nicht akzeptiert. In sich logisch nachvollziehbar, denn sie als Scheinstaaten bedürfen der Gewalt der um ihre Macht aufrecht zu erhalten; ein wahrhaftiger Staat ( J. J. Rousseau: Gesellschaftsvertrag / Kontraktualismus ), zeigt nicht nur den Unterschied auf, er macht die Lüge, die Farce, das Hollywood - Gebilde offensichtlich - er ist die Wahrheit !

Wie soll die UN weiter existieren, wenn die Lüge / Hollywood nicht mehr greift ? <= Bürger Pfandware ( entmenschlicht ) - sie haben sich damals dem sog. Völkerbund, heute der UN unterworfen ( ein Kriegsinstrument ) Die UN ist die Institution zur weltweiten Verhinderung von Recht, Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung - alle Unterzeichnerstaaten werden Teil des weltweiten Treuhandsystems geworden sein; kein Wunder, daß illegitime (BRD) Urkunden überall angenommen werden - die Weltzentrale hat es so verfügt.

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Wir können auch nur dann wahrhaft Souveräne sein, wenn wir weder Teil eines Treuhandsystems sind, noch einen Lehnsherrn haben - siehe England, die englische Krone und ihre Kolonien: Papst Innozenz III & Prinz John; es macht weder Sinn, noch erhöht es die Glaubwürdigkeit, mit einer Anzeige beim IStGH zu drohen. Die vergebenen AZ. sind nur mehr Teil der Farce der Hollywood - Aufführung, denn es bedarf zweier interner Schritte beim IStGH, bis ein Fall in die Abarbeitung - wir warten - bis die eingetretene Realität ein Handeln überflüssig gemacht hat.

Was sahen wir in Den Haag ? - ein Spiegelbild !

- alle spiegeln uns unsere eigene Unfreiheit ! - die wir als Lebensmuster verinnerlicht haben, daß wir sie in jedem Augenblick leben !

-- daher ein Danke an die Mitarbeiter des IStGH und ganz besonderes an Frau N. Rijssen, denn sie haben es mehr als gut gemacht !

- sie waren großartige Spiegel !

- sie zeigten uns die Wahrheit, die wir ohne ein Spiegelbild nicht sehen!

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Sie können uns auch nichts anderes als Hilflosigkeit und Verneinung zeigen / spiegeln, denn dies ist **unser eigenes Leben** ! - **wir leben in / unsere eigene Hilflosigkeit --- jeden Tag und merken es nicht mehr !**  
*es ist eine gemeinsame, weltweite Illusion, die auch wir selbst aufrechterhalten* (dürfen wir dann noch verdammten ?)

Wie soll ein Verwaltungsangestellter mehr können, als wir selbst ?  
- wir geben ihm keine weiterreichenden Möglichkeiten und aus sich kann er sie als Angestellter / Beamter nicht schöpfen ( weder ist es ihm gestattet noch hat er die Möglich-keit aus dem Nichts heraus nicht );  
wie soll dann ein EuGH, IGH, IStGH etwas anderes realisieren können?

Die Reise hat der Lüge ihre Maske vom Gesicht gerissen  
- wir geben der Illusion keine Kraft mehr ( in diesem Irrtum sind wir Helfershelfer der Organisationen, von denen wir uns befreien wollen ).  
Wir erinnern uns an uns selbst zurück ! Wollen wir frei sein ?  
- dann müssen wir als der Souverän leben, der wir zu sein wünschen !

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

Mit jedem Blick in die Augen unseres Gegenübers sehen wir uns selbst  
- wie ihr von diesen Augen gesehen / gespiegelt werden.  
- das ist die ganze Wahrheit dieser Welt, unserer Existenz !  
*wir werden nur dann in unserem Gegenüber ein anderes  
Spiegelbild sehen können, wenn wir uns selbst ändern !*  
- und nur dann, wenn wir die gewünscht Vorstellung  
unseres gemeinsamen Traumes vorleben, können wir es  
als Teil von unserer erträumten Wirklichkeit auch erleben  
Diesen Weg der Wahrhaftigkeit ( Ting und Asgard ) können wir nur als  
wahrhaftige Souveräne beschreiten ! - mit jeder Annäherung an das  
„alte System“ kann uns dieses keinen Anknüpfungspunkt anbieten.  
Da wir dieses System mit Asgard verlassen haben, sind wir nun auf uns  
selbst angewiesen - nur für die alten Bündel passen; unser neues Bündel  
ist inkompatibel - zudem paßt es zum Geist des Neuen nicht am Alten  
anzudocken. Daher: **lebe und handle als der Souverän, der Du bist** losgelöst  
vom alten System - etabliere in Eigenverantwortung das Neue:

*Asgard* im Geist des *Ting*

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

*Eine neue Staatsgründung ist wie ein  
Neugeborenes: Schuldenfrei, die einzige Lösung*

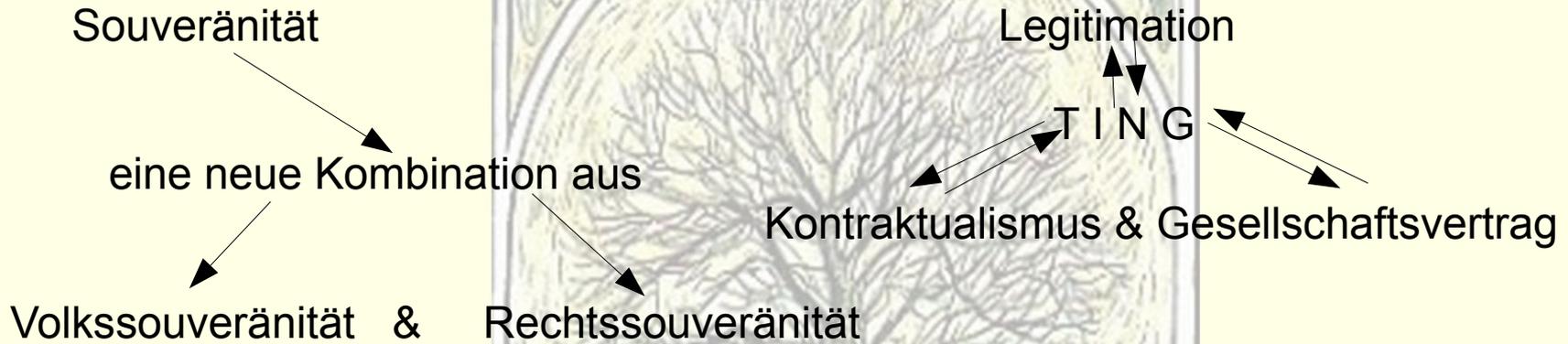
Daher haben wir *Asgard* gegründet, im Wissen, daß wir nur dann ein anderes „Morgen“ erschaffen können, wenn wir die Dinge verändern, welche zu dem „Heute“ führten.

So haben wir uns des Ting's besonnen, in welchem alle auf einer Augenhöhe die Zukunft der Gemeinschaft festlegen - niemand kann oder darf dem Einzelnen die Verantwortung dafür nehmen.

*Asgard* ist viel mehr als eine staatliche Lösung, im Völkerrecht verankert, es ist viel eher eine Philosophie, eine Gedanke, eine „Paradies“-Vision eines neuen, alten Miteinander in einer Gemeinschaft, in welcher die Eigenverantwortung wahrhaftig gelebt wird.

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

unser Lösung erfolgt aus der Grundfrage zu Souveränität und Legitimation



Indem das Volk internationale Pakte  
als ihrer Souveränität übergeordnet  
erkennt das Naturrecht an

Gründungsurkunde der Staatsgründung  
A S G A R D

mit

Unabhängigkeitserklärung  
&  
Verfassung

Der Mensch als soziales Wesen braucht die Gemeinschaft. Eine große Gemeinschaft mit gleichen Wurzeln ist eine Indigenatsgemeinschaft; diese kann auch Menschen eines anderen Indigenats aufnehmen und so als (Misch)Volk Kraft ihrer Souveränität einen Staat gründen - ein Staat als Schutzeinrichtung existiert nie ohne Volk oder aus sich heraus. Ein Staat hat keine Befugnisse sowie niemals Rechte gegen seine Souveränen, denn er kann ebenso wenig höhere Recht vergeben, als die er besitzt, wie dies durch andere Entitäten ebenso wenig möglich ist.

N D Walsh: Gottes Existenz: Es ist nicht Gottes Funktion, die Bedingungen oder Umstände deines Lebens zu erschaffen oder zu zerstören zu machen. Gott hat dich erschaffen nach seinem Ebenbild. Den Rest hast du erschaffen, durch die Macht, die dir von Gott verliehen wurde.

So schufen wir durch Asgard eine bisher noch nie realisierte Kombination aus Volks- und Rechtssouveränität: Basis aller Handlungen ist das Naturrecht, das göttliche überpositive Recht, welches in das Völkerrecht eingeflossen ist: ius cogens.

Damit wir und alles was wir erreichen wollen, eine Zukunft hat, finden wir uns in einer jungen Indigenatsgemeinschaft der Asen zusammen.

Diese jungen Indigenatsgemeinschaft der Asen erinnert sich des Ursprungs und der Zeit des Miteinander, in welcher alle Fragen durch die Gemeinschaft im Ting durch Konsenz gelöst wurden. Diese positive Tradition kann nur durch eine Staatsgründung fortgeführt werden, denn der Kern Asgards widerspricht der über Jahrtausend praktizierten totalitären Versklavung der Menschen, wie sie heute noch überall anzutreffen ist; daher braucht es den Schutz durch den eigenen Staat für unser Indigenat.

Es muß ein Netzwerk über die gesamte Welt gespannt werden, um alle Menschen, welche den Kern des TING in sich tragen, „ein zu sammeln“. Bevor jemand den Schritt zu dem noch jungen Indigenat durchführt, kann er Kontakt zu dieser Gemeinschaft über die TG Ting Genossenschaft als Dachorganisation für viele wirtschaftliche Interessensgruppen sowie die TG Ting Gesellschaft und die TG Ting Glaubensgemeinschaft kennenlernen.



Asgard ist bereits Realität - es muß durch Menschen gelebt werden - dann spielt die Frage einer Anerkennung keine Rolle !

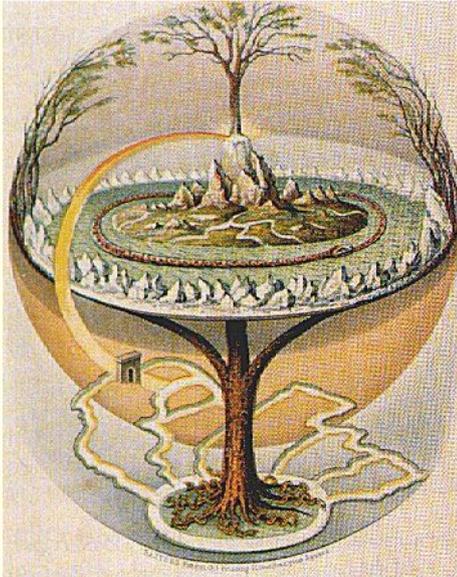
Die TG mit Ihren Fachbereichen ermöglicht auch in Zeiten des Übergangs oder der notwendigen Abgrenzung eine Handlungsfähigkeit für alle Berufs- und ... Gruppen

Georg Jellinek ist irrelevant, denn seine Staatsdefinition ist systemkonform gebildet und widerspricht damit dem Menschen als Souverän - welcher seine Souveränität ebenso wie seine Existenz von einem göttlichen Willen ableiten.

Der Souverän ist das indigene Volk, welches in der Ratsversammlung des Ting alle Belange durch Konsensbildung regelt; dieses Volk beauftragt mittels Werkvertrag die ausführende Verwaltung und erteilt ihr jeweils Handlungsvollmacht.



# T I N G *unsere Vergange*



Peter Stemmer, Konstanz

## Moralischer Kontraktualismus

### I.

Der Kontraktualismus ist in der Geschichte des Denkens hauptsächlich eine politische Theorie. Er gibt Antwort auf die Frage, unter welchen Bedingungen politische Herrschaft legitim ist. Wer über politische Macht verfügt, kann die, die ihr ausgesetzt sind, zu bestimmten Handlungen nötigen, – in der Weise, dass er für den Fall des Anders-Handelns negative Konsequenzen androht und nötigenfalls auch zufügt. Die der Macht Unterworfenen müssen folglich mit Einschränkungen ihrer Freiheit leben. Angesichts dessen stellt sich wie von selbst die Frage, ob die Herrschaft der Mächtigen legitim, d. h. berechtigt ist oder ob sie unberechtigt und damit despotisch ist. Ist sie despotisch, heißt das nicht, dass es nicht rational wäre, zu tun, wozu man genötigt wird. Wegen der drohenden Sanktionen ist es häufig durchaus rational, das von einem Geforderte zu tun. Ist die Herrschaft hingegen legitim, ist es nicht nur – angesichts der Sanktionen – rational, das zu tun, was gefordert ist, es ist auch verpflichtend, so zu handeln. Der Legitimität der Herrschaft korreliert die Verpflichtung der ihr Unterworfenen. An die Stelle des bloßen Genötigtseins tritt das Verpflichtetsein, eine spezielle Art des praktischen Müssens.

Legitim ist eine politische Herrschaft, wenn die, die über die Herrschaftsmacht verfügen, nicht nur die Macht haben, andere zu nötigen, sondern auch das Recht dazu. Dieses Recht wird nicht von Gott oder einer anderen höheren Macht verliehen, und es ist auch nicht naturgegeben. Es bedarf keiner Erläuterung, wenn ich sage, dass diese beiden Theorien, die man über viele Jahrhunderte für wahr hielt, nicht haltbar sind. Eine Alternative, die ohne religiöse und metaphysische Prämissen auskommt, bietet der Kontraktualismus. Das Recht, das eine Herrschaft legitimiert, kann, so sagt er, nicht „von oben“ oder aus der Natur, sondern nur „von unten“ kommen, nämlich von denen, die der Herrschaft unterworfen sind. Sie selbst müssen, soll die Herrschaft legitim sein, dem Herrscher das Recht zu herrschen verleihen. Über die Art, in der diese Autorisierung zur Herrschaft vonstatten geht, gibt es eine Reihe von kon-

# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

- Wir wählten selbst unsere Anführer  
- kein Gottesgnadentum !

im Thing / Ting



wurde gleichberechtigt die Lösung gefunden.

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

**Bedeutung: Souveränität <> Souverän <> souverän**

überlegen: der Sache gewachsen, über den Dingen stehend

erhaben: besser, führend, überragend, vorherrschend, abgeklärt, überlegen

Machthaber: Fürst, Landesvater, Oberhaupt, Regent, Staatsmann, Anführer,

autark: autonom, eigenständig, **eigenverantwortlich**, emanzipiert, **frei**,

**selbstverantwortlich**, souverän, unabhängig, unbehindert, ungebunden,  
uneingeschränkt, sein eigener Herr, von selbst, **selbstständig**

Unter dem Begriff Souveränität versteht man in der Rechtswissenschaft die Fähigkeit einer natürlichen oder juristischen Person zu ausschließlicher rechtlicher Selbstbestimmung. Diese Selbstbestimmungsfähigkeit wird durch Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des **Rechtssubjektes** gekennzeichnet und grenzt sich so vom Zustand der Fremdbestimmung ab.

Unter einem Souverän versteht man den Inhaber der Staatsgewalt ( in Res publica ist dies das Staatsvolk ). Zur Zeit des Absolutismus war der Souverän der König. Der Souverän übt seine Macht absolut und unteilbar aus, besitzt das Monopol, Gesetze zu erlassen und aufzuheben, ist oberster Kriegsherr, Lehnsherr und Richter, trifft oberste Finanzentscheidungen, lenkt dirigistisch die Wirtschaft, setzt die Staatskirche durch und ernennt alle Minister und Beamten < **unser Ting**

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

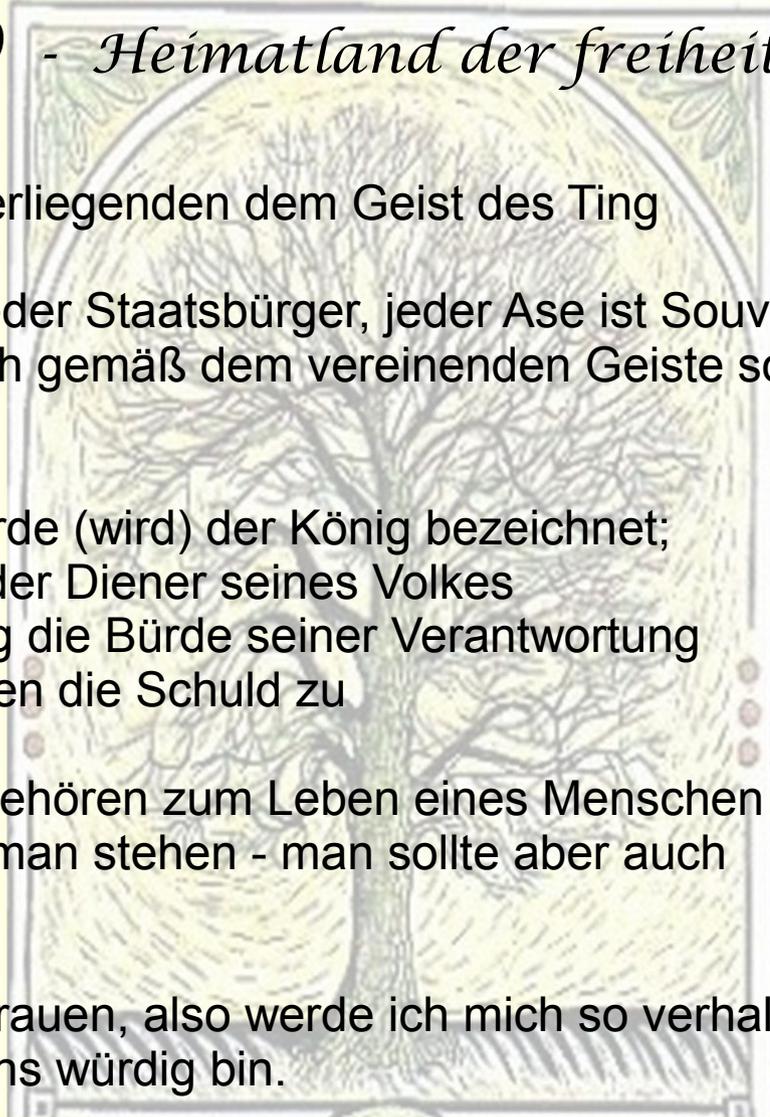
Alle Handlungen unterliegenden dem Geist des Ting

Jeder Angehöriger, jeder Staatsbürger, jeder Ase ist Souverän daher hat er sich auch gemäß dem vereinigenden Geiste so zu verhalten

Als der Souverän wurde (wird) der König bezeichnet;  
ein wahrer König ist der Diener seines Volkes  
Dieser nimmt freiwillig die Bürde seiner Verantwortung  
und schiebt niemanden die Schuld zu

Irrtümer und Fehler gehören zum Leben eines Menschen  
dazu kann und muß man stehen - man sollte aber auch  
daraus lernen.

Ich wünsche mir Vertrauen, also werde ich mich so verhalten,  
daß ich des Vertrauens würdig bin.



# T I N G *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

## *TG und seine Bedeutung*

*Ting Genossenschaft*

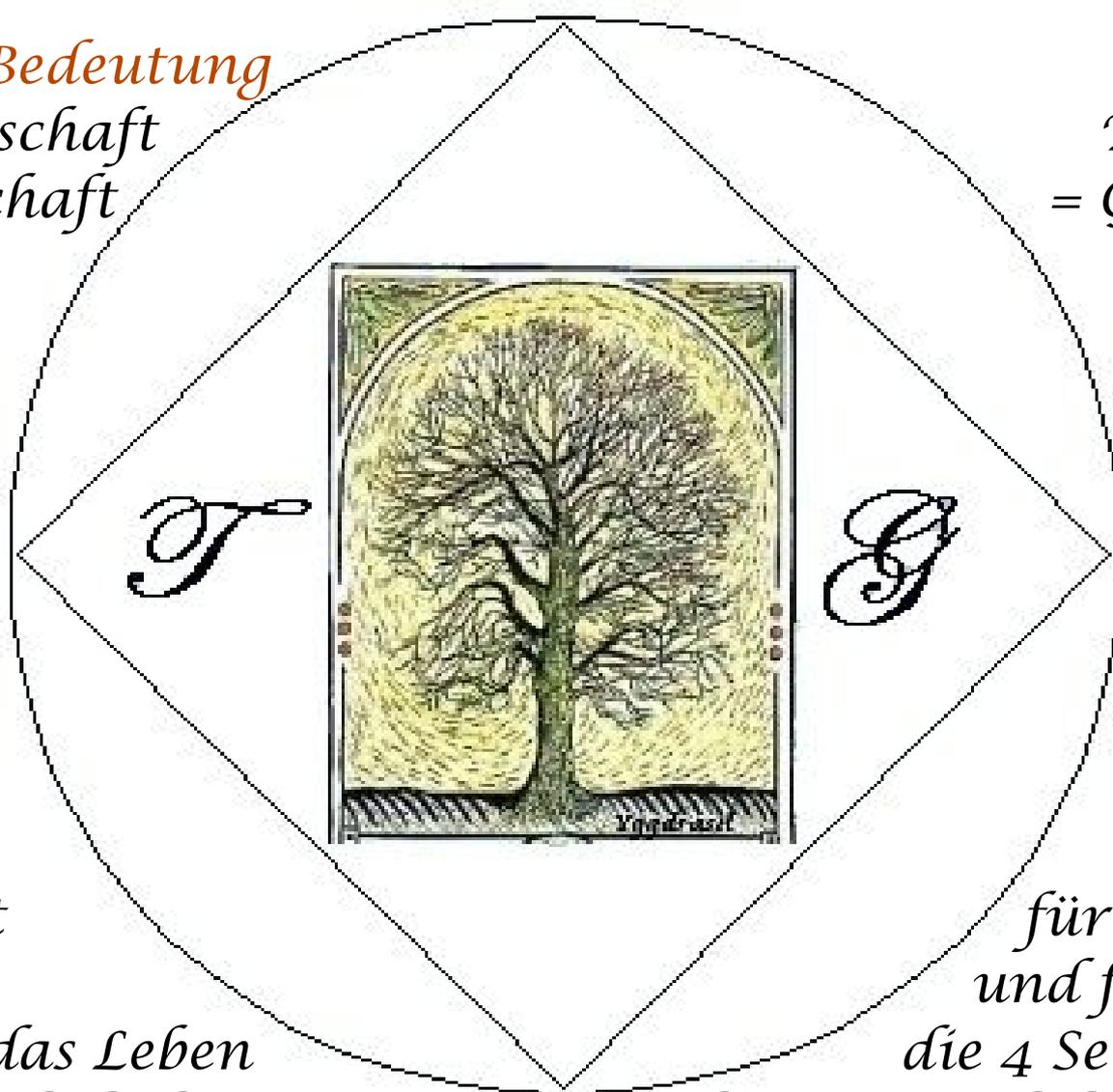
*Ting Gemeinschaft*

*Ting Glaube*

*Ting*

*Ting Geist  
= Geist des Ting*

*Treu Geber*



*der Kreis steht*

*Yggdrasil für das Leben  
welches alle wahrhaftigen Menschen aufnimmt und ihnen ein  
gemeinsames Schutzdach bietet*

*für die Harmonie  
und für den Erdball  
die 4 Seiten: ein Haus*

**T I N G** *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

# *Der Geist des Ting*

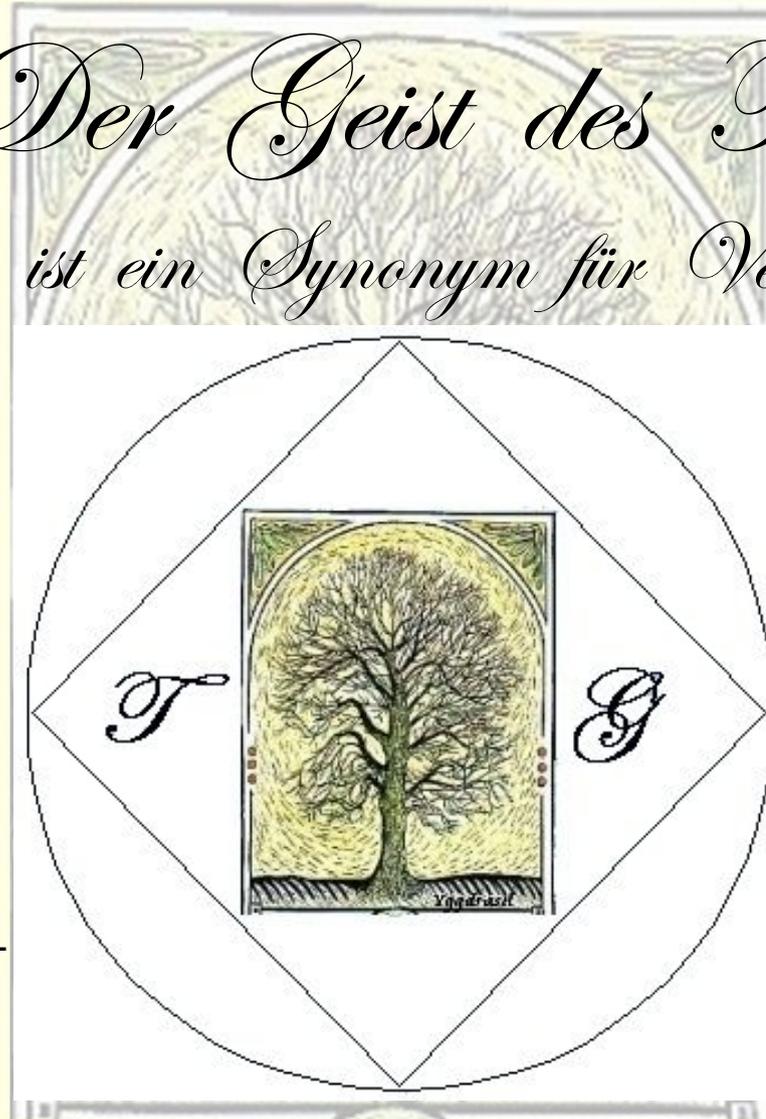
*Freiheit ist ein Synonym für Verantwortung*

**in der Ratsversammlung und  
im alltäglichen Miteinander**

Was Du nicht willst, das man  
Dir tu, das füge auch  
keinem Anderen zu

Was Du möchtest, das  
man Gutes Dir tue, das  
tue einem Anderen

Jeder hat sich so zu verhalten,  
daß Niemand mehr als unvermeid-  
lich belästigt oder behindert wird



**in allen Rechtsfragen  
gebunden an:**

Gerechtigkeit

Wahrheit

Ausgewogenheit

*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

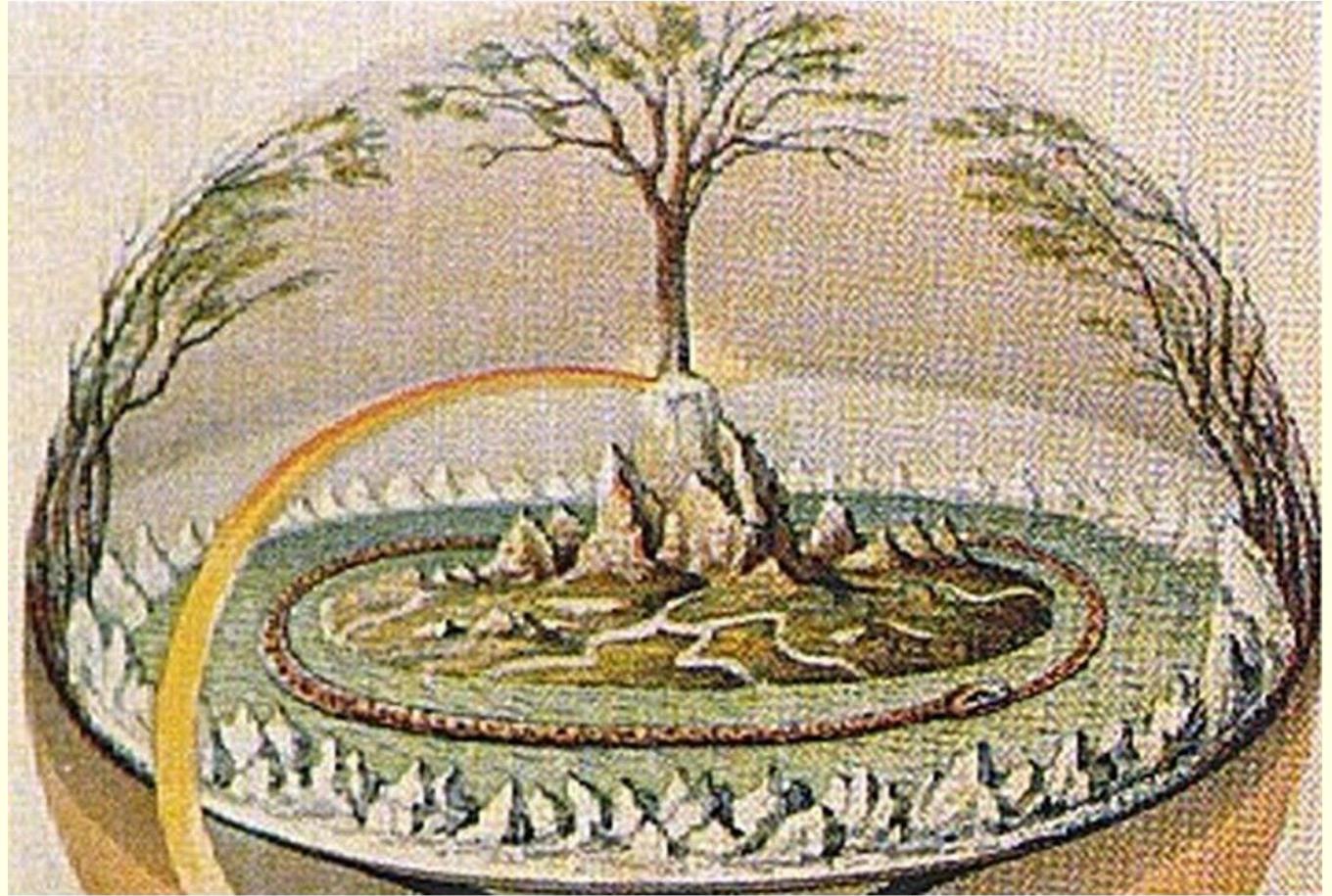
*die A S E N - Volk A S G A R D 's*

*Mit diesem Indigenat ( also der definierten Zugehörigkeit zu einer eigenen „Volksgruppe“ ) und dem Ablegen der Bezeichnungen Germane oder deutsch / Deutscher*

- wie aufgezeigt „dio“ / „diotuum“ / „dionost“ = „**Knechtschaft**“ / „Sklaventum“, „**Sklaverei**“, und „thiob“ = „Dieb“, „thior“ = „Tier“  
„diotliut“ = „heidnische = dumme Leute“ („Volk der Heiden“)  
thiudisko => „dius“ = „**(wildes) Tier**“, „thius“ = „**Hausklave**“.

*erinnern wir uns unseres Ursprungs und erhalten in dieser Erkenntnis unseren eigenen Namen zurück - wir beenden die Knechtschaft - da wir den Sklavennamen nicht mehr akzeptieren: nicht mehr in Unwissenheit nutzen / tragen*

*Asgard*



*Heimatland  
der freiheitsliebenden Asen*

**T I N G** *unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft*

**A S G A R D** - *Heimatland der freiheitsliebenden Asen*

Um dem gemeinsamen Geist des Ting, welcher nicht nur das tragende Element in der Ting Gemeinschaft sondern auch in *Asgard* und für alle Angehörige, alle *Asen*, alle Staatsbürger *Asgard*'s ist, bewußt sein ihm zustehendes Gewicht zu verleihen, schlage ich vor, daß wir uns gegenseitig ein Versprechen geben:

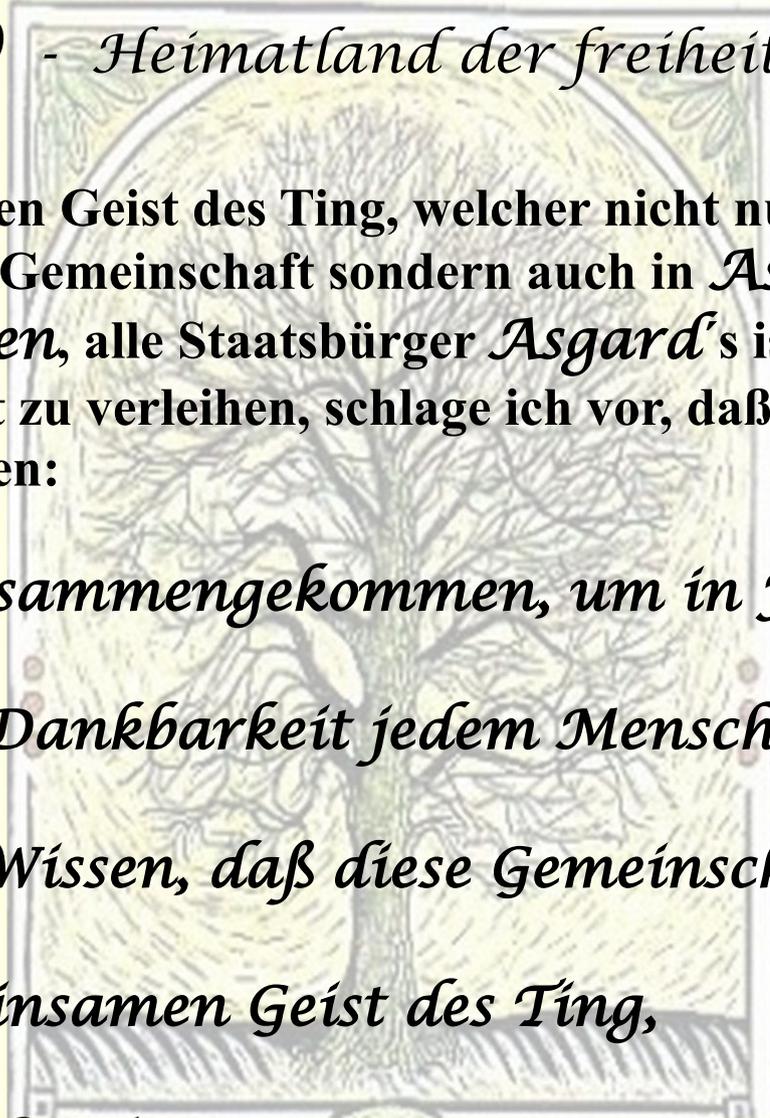
*wir sind hier zusammengekommen, um in Freude,*

*Vertrauen und Dankbarkeit jedem Menschen in die Augen*

*zu schauen, im Wissen, daß diese Gemeinschaft getragen ist,*

*durch den gemeinsamen Geist des Ting,*

*in diesem Geist des Ting:*



*T I N G* unsere Vergangenheit - die Lösung für unsere Zukunft

*A S G A R D* - Heimatland der freiheitsliebenden Asen

*ist jeder Eine / Einer unter Gleichen in vollkommener Gleichberechtigung, bei unserem Streben nach Einheit, einem Leben in Einklang und Harmonie*

*jeder ist eingebunden und mit jedem verbunden in gegenseitigem Beistand und Verbundenheit im Zeichen des Lebensbaumes Yggdrasil, der Weltenesche*

*Alle Eidgenossen, alle Angehörigen, alle Asen, alle Staatsbürger Asgard's haben dieses Versprechen auch gegenüber ihrem Staat und allen anderen Staatsangehörigen, insbesondere als Teil dieser staatliche Schutzgemeinschaft, gegeben*

